

WIFO ■ MONATSBERICHTE **12/2022**

- **Konjunktur trotz schlechter Stimmung**
- **Budgetvoranschlag zwischen COVID-19- und Anti-Teuerungsmaßnahmen**
- **Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft 2022**
- **Privatkonkurse in Österreich**

WIFO ■ MONATSBERICHTE

Mission Statement

Die Mission des WIFO ist es, durch den Brückenbau zwischen akademischer Grundlagenforschung und wirtschaftspolitischer Anwendung zur Lösung sozioökonomischer Herausforderungen beizutragen und sachliche Grundlagen für Entscheidungen in Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen. Die WIFO-Monatsberichte veröffentlichen Forschungsergebnisse des WIFO und Beiträge zur nationalen und internationalen Wirtschaftsentwicklung auf der Grundlage wissenschaftlich fundierter Analysen. Sie tragen damit zur Erfüllung dieser Mission bei.

Die in den Monatsberichten veröffentlichten Beiträge werden von den jeweiligen Autorinnen und Autoren gezeichnet. Beiträge von WIFO-Ökonominen und -Ökonomen entstehen unter Mitwirkung des Institutsteams; für den Inhalt ist das WIFO verantwortlich. Beiträge externer Autorinnen und Autoren repräsentieren nicht zwingend die Institutsmeinung.

Beiträge aus diesem Heft werden in die EconLit-Datenbank des "Journal of Economic Literature" aufgenommen.

Editorial Board

Univ.-Prof. Dr. Jesús Crespo Cuaresma, Wirtschaftsuniversität Wien

Univ.-Prof. Dr. Claudia Kemfert, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Univ.-Prof. Philipp Schmidt-Dengler, PhD, Universität Wien

Univ.-Prof. Dr. Jens Südekum, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Univ.-Prof. Dr. Andrea Weber, Central European University

Impressum

Herausgeber: Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD

Medieninhaber (Verleger) und Redaktion:
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
A-1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Telefon +43 1 798 26 01-0,
Fax +43 1 798 93 86, <https://www.wifo.ac.at>

Satz: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Druck: Medienfabrik Graz, Dreihackengasse 20,
A-8020 Graz

Chefredakteur: apl. Prof. Dr. Hans Pitlik

Lektorat: Mag. Christoph Lorenz, BA • **Technische
Redaktion:** Tamara Fellingner, Tatjana Weber

Kontakt: redaktion@wifo.ac.at

Preise 2022

Jahrgang (12 Hefte, Printversion): 270 € • Einzelheft (Printversion): 27,50 €

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger): Verein "Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung" • **Geschäftsführer:** Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD • **Vereinszweck:** Laufende Analyse der Wirtschaftsentwicklung im In- und Ausland, Untersuchung spezieller ökonomischer Problemstellungen nach dem Grundsatz der Objektivität auf wissenschaftlicher Basis, Veröffentlichung der Ergebnisse



95. Jahrgang, Heft 12/2022

787-793 ■ **Konjunktur trotz schlechter Stimmung**

Marcus Scheiblecker

Die enormen Preissteigerungen der letzten Monate und die damit verbundenen Reaktionen der Notenbanken hatten weltweit eine Stimmungseintrübung zur Folge: Private Haushalte wie Unternehmen schätzen die weitere Wirtschaftsentwicklung zunehmend pessimistisch ein. Dennoch kam es bislang noch zu keinem BIP-Rückgang, sondern lediglich zu einer Verlangsamung des Wachstums.

Economy Defies Poor Sentiment

794 ■ **Konjunkturberichterstattung: Methodische Hinweise und Kurzglossar**

795-807 ■ **Budgetvoranschlag zwischen COVID-19- und Anti-Teuerungsmaßnahmen.**

Bundesvoranschlag 2023 und Mittelfristiger Finanzrahmen 2023 bis 2026

Hans Pitlik, Margit Schratzenstaller

Die Rahmenbedingungen der Budgeterstellung sind auch im Herbst 2022 sehr schwierig. Dem Rückgang der COVID-19-bedingten Aufwendungen stehen erhebliche Mehrausgaben zur Abfederung der Effekte des anhaltenden Verbraucherpreisauftriebs, speziell des Anstiegs der Energiepreise, gegenüber. Zwar gehen sowohl das Maastricht-Defizit als auch die Schuldenquote mittelfristig zurück, dies ist jedoch wesentlich dem inflationsbedingt hohen BIP-Wachstum geschuldet. Das steigende Zinsniveau, der dringende Nachholbedarf im Verteidigungsbudget und die Investitionsbedarfe in wichtigen Zukunftsfeldern (Klimaschutz, Kinderbetreuung, Bildung und Qualifizierung) verstärken ebenso wie wachsende Ausgaben in demografiesensiblen Bereichen (Pflege, Gesundheit, Pensionen) die Dringlichkeit von Strukturreformen und Effizienzsteigerungen im öffentlichen Sektor.

Draft Budget between COVID-19 and Anti-inflation Measures. Draft Federal Budget 2023 and Medium-term Fiscal Framework 2023-2026

809-822 ■ **Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft 2022**

Michael Peneder, Benjamin Bittschi, Angela Köppl, Peter Mayerhofer, Thomas Url

Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit erfasst die Leistungsfähigkeit des Standortes Österreich unter Berücksichtigung wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Zielgrößen. Im Durchschnitt über 24 Indikatoren liegt Österreich knapp hinter dem oberen Drittel der europäischen Vergleichsländer und ist zuletzt weiter zurückgefallen. Mitverantwortlich waren u. a. Positionsverluste in den Bereichen Multifaktorproduktivität, Beschäftigung und Einkommensverteilung. Bei der regionalen Kohäsion erzielt Österreich weiterhin sehr hohe Werte. In anderen Bereichen, z. B. bei der Energieabhängigkeit oder den Umweltpatenten, konnte es sich relativ zu den anderen Ländern verbessern.

The WIFO Radar of Competitiveness for the Austrian Economy 2022

95. Jahrgang, Heft 12/2022

823-837 ■ **Privatkonkurse in Österreich.** Institutionen, Entwicklung und Charakteristika seit 1995

Stefan Angel, Philipp Warum

Der Privatkonkurs bietet überschuldeten Personen die Möglichkeit, eine Restschuldbefreiung zu erlangen. Von 1995 bis Ende 2021 wurden in Österreich insgesamt etwa 197.000 Privatkonkursanträge gestellt. Die jährliche Zahl der Anträge stieg bis Ende der 2000er-Jahre kontinuierlich an. Seither lassen sich größere Sprünge in den Fallzahlen beobachten, vor allem im Zusammenhang mit Reformen und Veränderungen der politischen Rahmenbedingungen, wie etwa in der COVID-19-Krise. In der Analyse zeigen sich auch Zusammenhänge mit der Konjunktur und der Bevölkerungsdichte, wobei die Konkursquoten vor allem in urbanen Gebieten hoch sind. Zur Untersuchung detaillierter kausaler Zusammenhänge sowie der Auswirkungen der rezenten Teuerungswelle sind jedoch vertiefende Analysen erforderlich.

Support Measures for Companies to Cushion High Energy Costs

839-851 ■ **Kennzahlen zur Wirtschaftslage**

Economic Indicators

Redaktionsschluss für das vorliegende Heft: 19. 12. 2022 • Die einzelnen Beiträge berücksichtigen Informationen und Rahmenbedingungen bis zu dem jeweils angegebenen Datum.

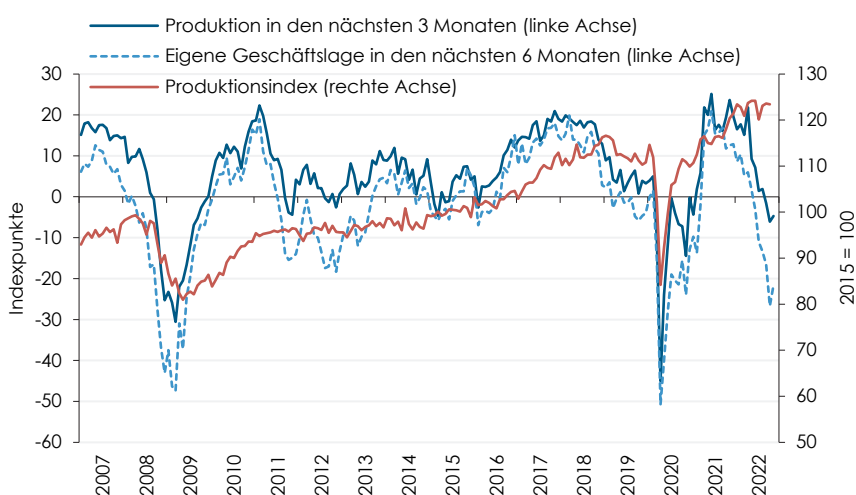
Konjunktur trotz schlechter Stimmung

Marcus Scheiblecker

- Der kräftige Anstieg der Inflation und die Zinsschritte der Notenbanken lassen private Haushalte wie Unternehmen bereits seit einigen Monaten zunehmend pessimistisch in die Zukunft blicken.
- Bislang zeigt sich die Wirtschaftsdynamik in den USA und im Euro-Raum erstaunlich robust.
- Wichtige Rohstoffe haben sich auf den internationalen Märkten nicht weiter verteuert oder sogar verbilligt. Dies sollte die Inflationserwartungen dämpfen und die Stimmung heben.
- Die Abwertung des Euro gegenüber dem Dollar kam Ende September zum Erliegen; seither hat der Euro wieder etwas an Wert gewonnen. Dies wird zu einer Entspannung bei den Importpreisen führen.
- Österreichs BIP stieg im III. Quartal um 0,2% gegenüber der Vorperiode. Der WWI weist für die ersten beiden Dezemberwochen noch anhaltend kräftige Vorjahreswachstumsraten aus. Hierin dürfte sich jedoch der im Dezember 2021 aufreichte Lockdown niederschlagen. Auch der Industrieproduktionsindex zeigt bislang noch keine deutliche Verschlechterung.
- Die Beschäftigung wurde im November neuerlich ausgeweitet. Der zu Jahresbeginn 2022 beobachtete spürbare Rückgang der Arbeitslosigkeit setzte sich zuletzt fort und auch die Zahl der offenen Stellen nahm weiter zu (beides saisonbereinigt).

Produktion und unternehmerische Erwartungen in der Industrie

Saisonbereinigt



"Der bereits seit einigen Monaten beobachtete Pessimismus hinsichtlich der künftigen Wirtschaftsentwicklung spiegelt sich bislang noch kaum in den Produktionsdaten."

Seit Mitte 2022 haben sich die Erwartungen zur künftigen Geschäftslage deutlich verschlechtert; dies gilt sowohl für den dreimonatigen als auch für den sechsmonatigen Ausblick. Die Industrieproduktion stagniert allerdings auf hohem Niveau (Q: Statistik Austria, WIFO-Konjunkturtest).

Konjunktur trotz schlechter Stimmung

Marcus Scheiblecker

Konjunktur trotz schlechter Stimmung

Die enormen Preissteigerungen der letzten Monate und die damit verbundenen Reaktionen der Notenbanken hatten weltweit eine Stimmungseintrübung zur Folge: Private Haushalte wie Unternehmen schätzen die weitere Wirtschaftsentwicklung zunehmend pessimistisch ein. Dennoch kam es bislang noch zu keinem BIP-Rückgang, sondern lediglich zu einer Verlangsamung des Wachstums.

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturbericht, Konjunkturprognose

Der Konjunkturbericht entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des WIFO. Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <https://www.wifo.ac.at/wwadocs/form/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>.

Wissenschaftliche Assistenz: Astrid Czaloun (astrid.czaloun@wifo.ac.at), Christine Kaufmann (christine.kaufmann@wifo.ac.at), Martha Steiner (martha.steiner@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 19. 12. 2022

Kontakt: Marcus Scheiblecker (marcus.scheiblecker@wifo.ac.at)

Economy Defies Poor Sentiment

The enormous price increases of the last few months and the associated reactions of the central banks have led to a deterioration in sentiment worldwide: private households as well as companies are increasingly pessimistic about the future development of the economy. Nevertheless, there has not yet been a decline in GDP, but only a slowdown in growth.

Der seit über einem Jahr beobachtete starke Anstieg der Rohstoffpreise hat deutliche Spuren in der Inflationsrate hinterlassen. Ab dem Sommer 2022 reagierten die Zentralbanken weltweit und erhöhten kräftig die Leitzinssätze, wobei sie weitere Erhöhungen in Aussicht stellten. Die hohe Inflation verringerte die real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte und führte zu einer spürbaren Verschlechterung des Konsumklimas in den USA und Europa. Laut Umfragen planen die Konsumentinnen und Konsumenten deutliche Einschnitte bei ihren Ausgaben für Konsumgüter (ohne Energie). Dies sollte die konjunkturelle Dynamik vielerorts bremsen.

Österreichs Wirtschaft wuchs im III. Quartal um 0,2% gegenüber dem Vorquartal – etwas stärker als in der Schnellschätzung des WIFO errechnet und etwa gleich stark wie im Durchschnitt des Euro-Raumes, aber schwächer als im 1. Halbjahr 2022.

Vorlaufindikatoren deuten weiterhin auf eine erhebliche Wachstumsabschwächung hin. Vor allem die Warenproduktion, die üblicherweise sensibel auf konjunkturelle Impulse reagiert, erwartet einen deutlichen Nachfragerückgang aufgrund eines Einbruchs der Auslandsaufträge.

Die Inflationsrate (laut VPI), die im Oktober einen historischen Höchstwert von 11% erreicht hatte, sank im November leicht auf 10,6%.

Auf dem Arbeitsmarkt hielt die positive Entwicklung trotz der Stimmungseintrübung in den Unternehmen an. Auch im November konnte die Beschäftigung ausgeweitet werden, während die Arbeitslosigkeit weiter sank. Zudem registrierte das AMS erneut mehr offene Stellen als im Vormonat (saisonbereinigt).

1. Einbruch der internationalen Konjunktur blieb bisher aus

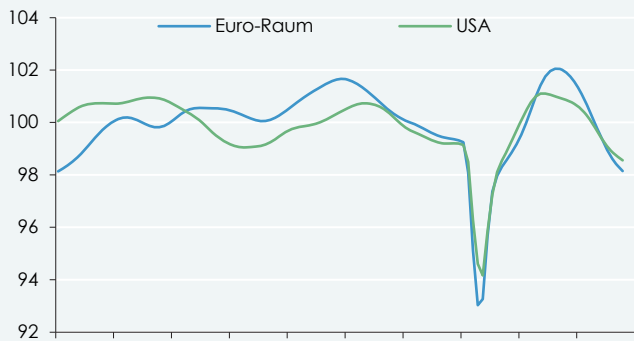
Die auf den scharfen Anstieg der Inflation folgende geldpolitische Straffung ließ die Konjunkturerwartungen von privaten Haushalten wie Unternehmen weltweit einbrechen. Der Pessimismus der Unternehmen fußt weniger auf bereits beobachteten Auftragsrückgängen als vielmehr auf der Kenntnis ökonomischer Zusammenhänge. So reduziert ein unerwarteter Inflationsanstieg die

real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte und damit die Nachfrage. Dies belastet die Umsätze der Unternehmen. Zusätzlich sinken durch höhere Vorleistungskosten die Gewinne, die Kapitalrentabilität und in weiterer Folge die Investitionsnachfrage. Letztere leidet auch unter der Erhöhung der Leitzinssätze, die die Finanzierungskosten für Investitionen verteuert.

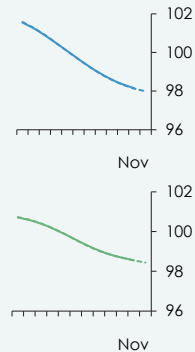
Abbildung 1: Internationale Konjunktur

Saisonbereinigt, 2015 = 100, gleitende Dreimonatsdurchschnitte

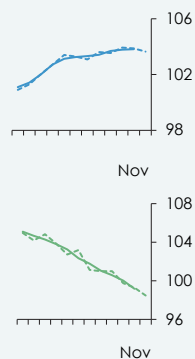
Leading indicators – Amplitude



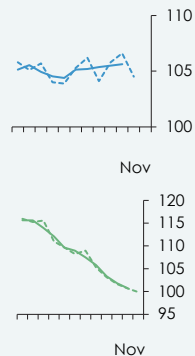
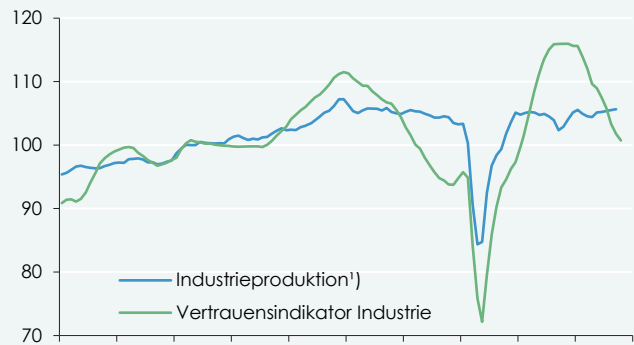
Entwicklung in den letzten 12 Monaten



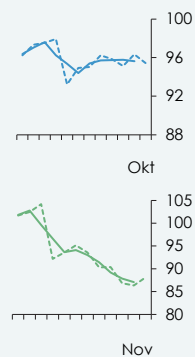
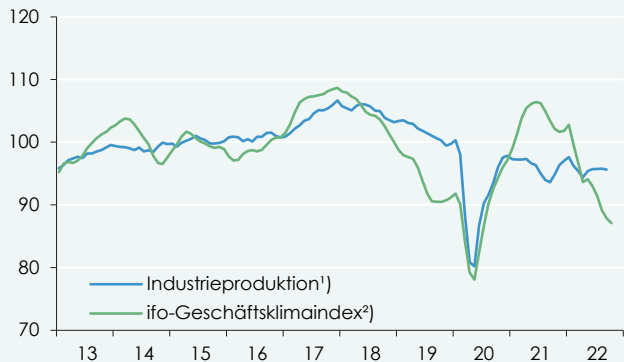
USA



Euro-Raum



Deutschland



Q: Europäische Kommission, Deutsche Bundesbank, ISM (Institute for Supply ManagementTM), ifo (Institut für Wirtschaftsforschung), OECD. – ¹) Produzierender Bereich. – ²) Verarbeitendes Gewerbe.

Der Theorie entsprechend folgte in der Vergangenheit auf eine deutliche Straffung der Geldpolitik üblicherweise ein Konjunkturrückgang. Die allgemeine Erwartung einer Verschlechterung der Wirtschaftslage dämpft die Investitionsbereitschaft und ist daher dazu angetan, die Wirtschaft tatsächlich zu belasten. Weiters ist unbestreitbar, dass eine Verringerung der real verfügbaren Einkommen durch hohe Inflation zwangsläufig die realen Konsumausgaben dämpft – sofern die Haushalte nicht ihre Sparquote senken.

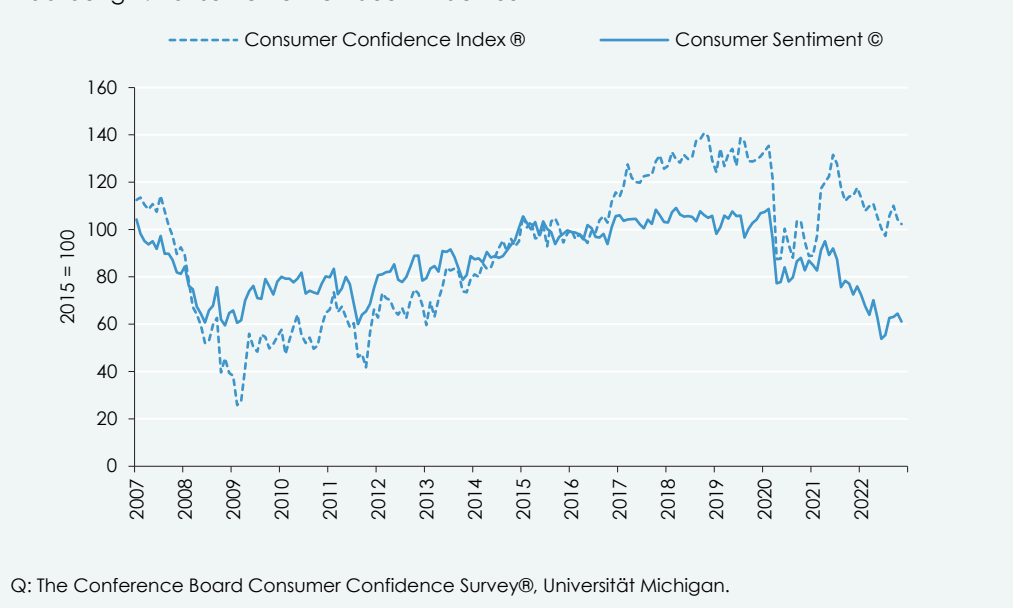
Schwer bestimmbar ist jedoch, wann diese Mechanismen einsetzen und wie stark sie wirken. Bislang scheint die pessimistische Stimmung noch nicht die Realwirtschaft erfasst zu haben. Zudem dürfte sich das jüngst beobachtete Nachlassen des Preisauftriebs positiv auf das Verbrauchervertrauen ausgewirkt haben. Außerdem erweisen sich die Arbeitsmärkte in vielen Ländern äußerst robust: Die Arbeitslosigkeit ist vielerorts nach wie vor

gering und die Unternehmen sind weiter bereit, Arbeitskräfte aufzunehmen. Dies könnte mit der anstehenden Pensionierungswelle von "Baby-Boomern" zusammenhängen.

1.1 Bessere Wirtschaftslage in den USA bei schwächerem Preisauftrieb

Nachdem die Wirtschaftsleistung in den USA in den ersten beiden Quartalen 2022 jeweils leicht gesunken war, konnte im III. Quartal wieder ein Zuwachs verbucht werden (+0,6% gegenüber der Vorperiode). Das Wachstum des privaten Konsums blieb zwar auch im III. Quartal schwach; dies ist jedoch als Erfolg zu werten, da das Verbrauchervertrauen ab Mitte 2021 eingebrochen war (sowohl laut Conference Board als auch laut Universität Michigan; Abbildung 2). In den letzten vier Monaten haben sich die Indizes allerdings nicht weiter verschlechtert, sondern tendenziell verbessert.

Abbildung 2: Konsumentenvertrauen in den USA



Angesichts des geringen Verbrauchervertrauens entwickelt sich der private Konsum in den USA sehr robust.

Im Gegensatz zum Euro-Raum zeigt sich in den USA bereits seit einigen Monaten eine Entspannung an der Preisfront. Im Vorjahresvergleich kam der Preisauftrieb laut VPI bereits im Juli zum Erliegen. In den folgenden Monaten kam es zwar neuerlich zu leichten Anstiegen gegenüber den Vormonaten, die auf Vorjahresvergleichen basierende Inflationsrate sank jedoch deutlich (von 9,1% im Juni 2022 auf 7,1% im November). Ursächlich für die Entspannung war der Rückgang der Rohstoffpreise, während sich die Kerninflation bis September weiter beschleunigte. Im Oktober und November war jedoch auch die Kerninflation wieder rückläufig.

Auch die Industriekonjunktur in den USA ist bislang günstig. Obwohl der entsprechende ISM-Einkaufsmanagerindex seit März dieses

Jahres merklich sinkt, konnte die Produktion bis Oktober ausgeweitet werden.

1.2 Euro-Raum: Abschwächung des Wirtschaftswachstums im III. Quartal

In der EU und im Euro-Raum war die Wirtschaft im II. Quartal 2022 noch um 0,7% bzw. 0,8% gewachsen; im III. Quartal ließ die Dynamik allerdings nach (+0,4% bzw. +0,3%). Angesichts der Tatsache, dass der Konjunkturfest für den Euro-Raum bereits zu Jahresbeginn auf eine bevorstehende Konjunkturabschwächung hingedeutet hatte, verlief das III. Quartal durchaus positiv. Im Euro-Raum wiesen vor allem große Länder wie Deutschland (+0,4%) und Italien (+0,5%) solide Wachstumsraten auf. Spanien und Frankreich lagen mit einem Anstieg von 0,2% im Durchschnitt. Unterdurchschnittlich

schnitten vor allem kleinere Länder wie Slowenien (-1,4%) und Tschechien (-0,2%) ab.

Die üblicherweise stark konjunkturreaktive Industrieproduktion zeigte im Euro-Raum bis in den September noch keinerlei Anzeichen einer Abkehr vom leicht aufwärtsgerichteten Wachstumspfad.

Wie in den USA kommt die pessimistische Einschätzung der zukünftigen Lage vor allem in den Konsumentenumfragen zum Ausdruck. Das Verbrauchervertrauen im Euro-Raum sank ab Mitte 2021 infolge des verstärkten Preisdrucks. Mit Ausbruch des Ukraine-Krieges beschleunigte sich der Rückgang weiter. Üblicherweise reagiert die in Umfragen erfasste Konsumentenstimmung sehr stark auf Krisenereignisse, die individuellen Kaufentscheidungen erweisen sich jedoch als wesentlich robuster.

Im Gegensatz zu den USA zeigte sich im Euro-Raum auch im Oktober noch keine nachhaltige Verlangsamung des Preisauftriebs bei Konsumgütern. Während die Inflationsrate in den USA bereits im Juni 2022 ihren Höhepunkt erreichte (9,1%), stieg jene im Euro-Raum noch bis Oktober ungebremst auf 10,6% an. Einen qualitativen Unterschied stellen jedoch die Ursachen des Inflationsanstiegs dar. In den USA trugen die Energiepreise im Oktober und November kaum mehr zur Inflation bei. Haupttreiber sind dort die Dienstleistungen, womit die Ursache der Teuerung eher in der Binnenwirtschaft liegt. Dies deutet auf eine Verfestigung der Inflation – ablesbar auch an der höheren Kerninflationsrate – und erfordert eine straffere Geldpolitik.

Im Euro-Raum hingegen hat der Preisauftrieb eher außenwirtschaftliche Ursachen. Hier

waren im Oktober und November die hohen Energiepreise – insbesondere für Erdgas (und damit auch Strom) sowie für Erdölprodukte – für fast die Hälfte der Inflation verantwortlich. Der im Vergleich zum Dollar schwache Euro verteuerte importierte Energierohstoffe zusätzlich.

Der für den europäischen Raum relevante Gaspreisindex (Dutch TTF Natural Gas), der im August einen Tageshöchstwert von rund 340 € je MWh erreicht hatte, sank im Oktober auf rund 100 € je MWh. Auch der Rohölpreis (Brent) ging jüngst von über 120 \$ je Barrel im Juni auf unter 80 \$ zurück. Zugleich erholte sich der Euro wieder gegenüber dem Dollar und legte in den letzten 3 Monaten um über 6% zu. Zwar liegen die Rohstoffpreise auf Euro-Basis nach wie vor deutlich über ihren Vorjahresniveaus, jedoch ist im Vormonatsvergleich seit einigen Monaten ein Preisrückgang zu beobachten. Dies sollte die Inflation in naher Zukunft bremsen.

Die vorlaufenden Indikatoren für den Euro-Raum deuten auf eine weitere Konjunkturabschwächung hin, allerdings nicht in dem Ausmaß wie Konsumenten- und Unternehmensumfragen. Der Pessimismus der Unternehmen speist sich vor allem aus negativen Erwartungen angesichts der sehr hohen Inflationsrate und der drastischen Reaktion der EZB. In den letzten 3 Monaten hat die EZB den Leitzinssatz um insgesamt 250 Basispunkte erhöht. Allerdings ist das derzeitige Leitzinsniveau von 2,5% sowohl im historischen Vergleich als auch angesichts der herrschenden Inflation niedrig. In den Jahren 2001 und 2008 lagen die Leitzinssätze bei über 4%, obwohl die Inflationsrate damals unter 4% betrug.

Während der Preisauftrieb in den USA vor allem auf inländische Dienstleistungen zurückzuführen ist, sind im Euro-Raum Importgüter die wichtigsten Preistreiber.

2. Österreichs Wirtschaft wächst mit nachlassender Dynamik

In Österreich stieg das BIP im III. Quartal gemäß der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) um 0,2% gegenüber der Vorperiode. Damit wurde die Wirtschaftsleistung auch nach der Jahresmitte neuerlich ausgeweitet. Zwar fiel das Wachstum deutlich schwächer aus als in den Vorquartalen (I. Quartal +1,2%, II. Quartal +1,9%), allerdings konnte die heimische Volkswirtschaft trotz ungünstiger Rahmenbedingungen weiter zulegen.

2.1 Heimische Warenherstellung spürt Konjunkturabschwächung

Die Wertschöpfung in der konjunkturreaktiven Warenherstellung schrumpfte im III. Quartal um 1,4% gegenüber dem Vorquartal. Es war dies der erste Rückgang seit dem Produktionseinbruch zu Beginn der COVID-19-Krise im II. Quartal 2020. Ab dem III. Quartal 2020 hatte die Wertschöpfung

durch Aufholeffekte und eine Verbesserung der Konjunktur stetig zugenommen.

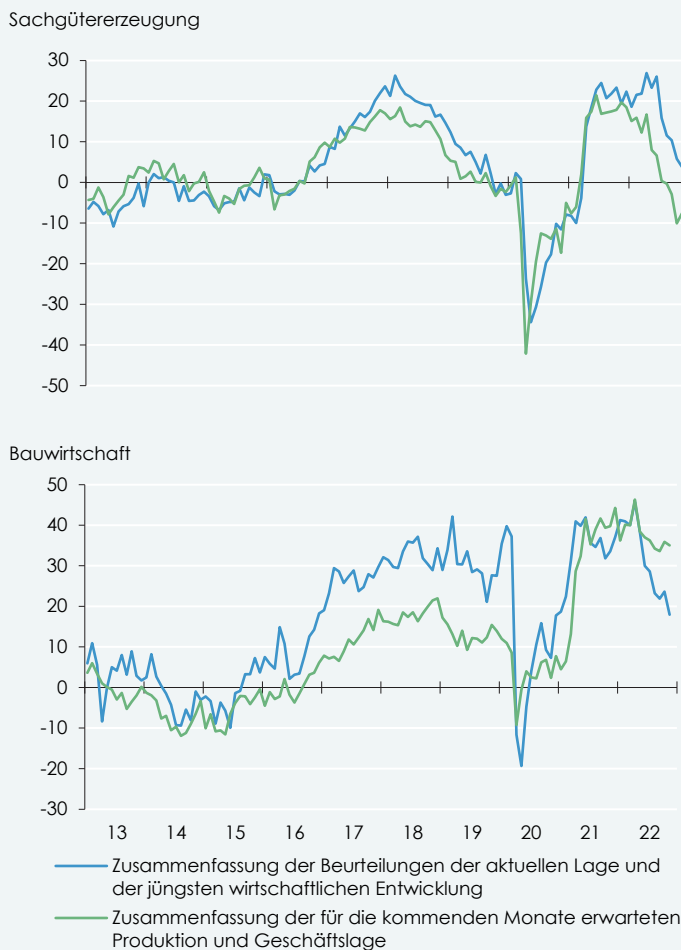
Die Konjunkturerwartungen fallen bereits seit dem Frühjahr 2022 international zunehmend skeptisch aus. Dies schlug sich nunmehr erstmals in den Produktionsdaten nieder. Das schwierigere Umfeld spiegelt sich auch in den Ergebnissen des WIFO-Konjunkturtests: Die aktuelle Wirtschaftslage wurde im November in der Warenherstellung erneut schlechter eingeschätzt als in den Vormonaten, wobei insbesondere die schwache Nachfrage aus dem Ausland als Problem gesehen wurde.

Für die nächsten Monate erwarten die heimischen Sachgüterproduzenten einen weiteren deutlichen Nachfragerückgang. Die Auftragserwartungen haben sich seit der letzten Umfrage allerdings nicht mehr weiter verschlechtert.

Österreichs Wirtschaft ist im III. Quartal 2022 neuerlich gewachsen, wenn auch schwächer als in den Vorquartalen.

Abbildung 3: **Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests**

Indizes der aktuellen Lagebeurteilung und der unternehmerischen Erwartungen, saisonbereinigt



Q: WIFO-Konjunkturtest. Angaben in Indexpunkten (Prozentpunkten) zwischen +100 und -100. Werte über 0 zeigen insgesamt positive, Werte unter 0 negative Erwartungen an.

2.2 Leichter Rückgang der Inflationsrate im November

Der VPI, der seit Jahresbeginn – mit Ausnahme von August – Monat für Monat kräftig gestiegen war, gab im November leicht auf 10,6% nach (Oktober 11%). Hierfür dürften vor allem die im Vorjahresvergleich etwas rückläufigen Energiepreise verantwortlich sein. Zudem erstarkte der Euro leicht gegenüber dem Dollar, was den Import verbilligt.

2.3 Arbeitsmarkt entwickelt sich robust

Die Abschwächung der Konjunktur und die trüberen Aussichten wirkten sich bislang noch nicht negativ auf dem Arbeitsmarkt aus. Die Unternehmen stellen nach wie vor

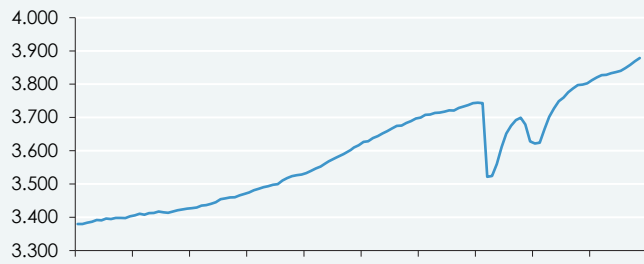
neue Arbeitskräfte ein, wodurch die dynamische Beschäftigungsentwicklung anhält. Die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten war im November neuerlich um 2,2% höher als im Vorjahr. Auch die um saisonale Einflüsse bereinigten Werte zeigen ein anhaltend hohes Beschäftigungswachstum (Oktober und November +0,3% gegenüber dem Vormonat).

Die Zahl der beim AMS arbeitslos vorgemerkten Personen, die seit dem Frühjahr stagniert hatte, sank im November deutlich (-3,2%; saisonbereinigt). Zugleich legte die Zahl der offenen Stellen saisonbereinigt kräftig zu (+4,4%).

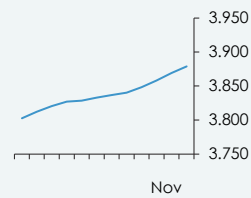
Der heimische Arbeitsmarkt erweist sich bisher als überaus robust. Die Unternehmen stellen trotz der eingetrübten Aussichten vermehrt Arbeitskräfte ein.

Abbildung 4: **Wirtschaftspolitische Eckdaten**

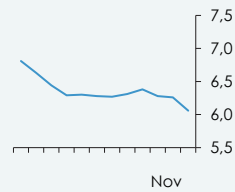
Unselbständig aktiv Beschäftigte¹⁾, in 1.000, saisonbereinigt



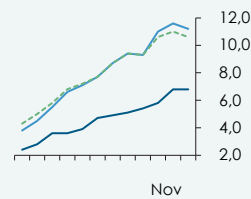
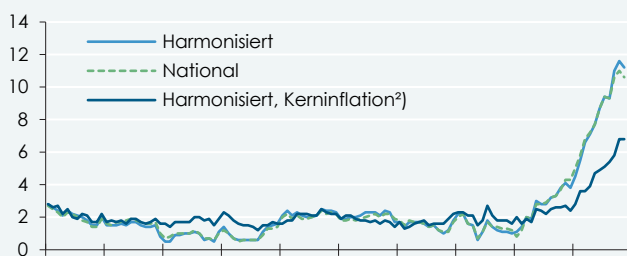
Entwicklung in den letzten 12 Monaten



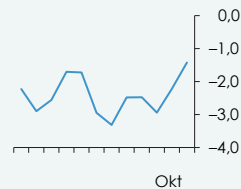
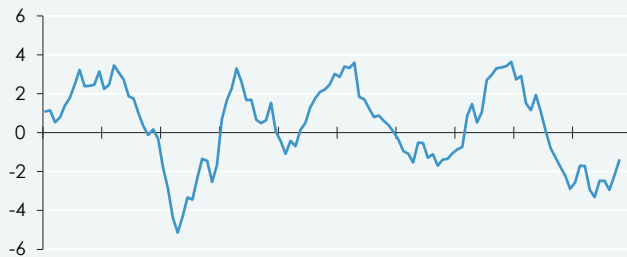
Arbeitslosenquote, in % der unselbständigen Erwerbspersonen, saisonbereinigt



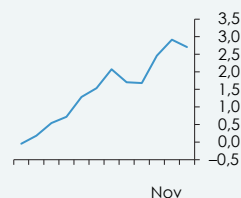
Inflationsrate, in %



Effektiver Wechselkurs, real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Sekundärmarkttrendite für 10-jährige Bundesanleihen, in %



Q: Arbeitsmarktservice Österreich, Dachverband der Sozialversicherungsträger, OeNB, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – 1) Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung. – 2) Gesamtindex ohne Energie, Lebensmittel, Alkohol und Tabak.

Methodische Hinweise und Kurzglossar

Die laufende Konjunkturberichterstattung gehört zu den wichtigsten Produkten des WIFO. Um die Lesbarkeit zu erleichtern, werden ausführliche Erläuterungen zu Definitionen und Fachbegriffen nach Möglichkeit nicht im analytischen Teil gebracht, sondern im vorliegenden Glossar zusammengefasst.

Rückfragen: astrid.czaloun@wifo.ac.at, christine.kaufmann@wifo.ac.at, martha.steiner@wifo.ac.at

Periodenvergleiche

Zeitreihenvergleiche gegenüber der Vorperiode, z. B. dem Vorquartal, werden um jahreszeitlich bedingte Effekte bereinigt. Dies schließt auch die Effekte ein, die durch eine unterschiedliche Zahl von Arbeitstagen in der Periode ausgelöst werden (etwa Ostern).

Die Formulierung "veränderte sich gegenüber dem Vorjahr . . ." beschreibt hingegen eine Veränderung gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres und bezieht sich auf unbereinigte Zeitreihen.

Die Analyse der saison- und arbeitstägig bereinigten Entwicklung liefert genauere Informationen über den aktuellen Konjunkturverlauf und zeigt Wendepunkte früher an. Die Daten unterliegen allerdings zusätzlichen Revisionen, da die Saisonbereinigung auf statistischen Methoden beruht.

Wachstumsüberhang

Der Wachstumsüberhang bezeichnet den Effekt der Dynamik im unterjährigen Verlauf (in saisonbereinigten Zahlen) des vorangegangenen Jahres (t_0) auf die Veränderungsrate des Folgejahres (t_1). Er ist definiert als die Jahresveränderungsrate des Jahres t_1 , wenn das BIP im Jahr t_1 auf dem Niveau des IV. Quartals des Jahres t_0 (in saisonbereinigten Zahlen) bleibt.

Durchschnittliche Veränderungsrate

Die Zeitangabe bezieht sich auf Anfangs- und Endwert der Berechnungsperiode: Demnach beinhaltet die durchschnittliche Rate 2005/2010 als 1. Veränderungsrate jene von 2005 auf 2006, als letzte jene von 2009 auf 2010.

Reale und nominelle Größen

Die ausgewiesenen Werte sind grundsätzlich real, also um Preiseffekte bereinigt, zu verstehen. Werden Werte nominell ausgewiesen (z. B. Außenhandelsstatistik), so wird dies eigens angeführt.

Produzierender Bereich

Diese Abgrenzung schließt die NACE-2008-Abschnitte B, C und D (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Herstellung von Waren, Energieversorgung) ein und wird hier im internationalen Vergleich verwendet.

Inflation, VPI und HVPI

Die Inflationsrate misst die Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr. Der Verbraucherpreisindex (VPI) ist ein Maßstab für die nationale Inflation. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) ist die Grundlage für die vergleichbare Messung der Inflation in der EU und für die Bewertung der Preis-

stabilität innerhalb der Euro-Zone (siehe auch <http://www.statistik.at/>).

Die Kerninflation als Indikator der Geldpolitik ist nicht eindeutig definiert. Das WIFO folgt der gängigen Praxis, für die Kerninflation die Inflationsrate ohne die Gütergruppen unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie zu verwenden. So werden über 87% der im österreichischen Warenkorb für den Verbraucherpreisindex (VPI 2020) enthaltenen Güter und Dienstleistungen in die Berechnung der Kerninflation einbezogen.

WIFO-Konjunkturtest und WIFO-Investitionsbefragung

Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung von rund 1.700 österreichischen Unternehmen zur Einschätzung ihrer aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Lage. Die WIFO-Investitionsbefragung ist eine halbjährliche Befragung von Unternehmen zu ihrer Investitionstätigkeit im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests (<https://www.konjunkturtest.at>). Die Indikatoren sind Salden zwischen dem Anteil der positiven und jenem der negativen Meldungen an der Gesamtzahl der befragten Unternehmen gewichtet nach Beschäftigten.

Arbeitslosenquote

Österreichische Definition: Anteil der zur Arbeitsvermittlung registrierten Personen am Arbeitskräfteangebot der Unselbständigen. Das Arbeitskräfteangebot ist die Summe aus Arbeitslosenbestand und unselbständig Beschäftigten (gemessen in Standardbeschäftigungsverhältnissen). Datenbasis: Registrierungen bei AMS und Dachverband der Sozialversicherungsträger.

Definition gemäß ILO und Eurostat: Als arbeitslos gelten Personen, die nicht erwerbstätig sind und aktiv einen Arbeitsplatz suchen. Als erwerbstätig zählt, wer in der Referenzwoche mindestens 1 Stunde selbständig oder unselbständig gearbeitet hat. Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, und Lehrlinge zählen zu den Erwerbstätigen, nicht hingegen Präsenz- und Zivil-diener. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen (Arbeitslose plus Erwerbstätige). Datenbasis: Umfragedaten von privaten Haushalten (Mikrozensus).

Begriffe im Zusammenhang mit der österreichischen Definition der Arbeitslosenquote

Personen in Schulungen: Personen, die sich zum Stichtag in AMS-Schulungsmaßnahmen befinden. Für die Berechnung der Arbeitslosenquote wird ihre Zahl weder im Nenner noch im Zähler berücksichtigt.

Unselbständig aktiv Beschäftigte: Zu den "unselbständig Beschäftigten" zählen auch Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. Zieht man deren Zahl ab, so erhält man die Zahl der "unselbständig aktiv Beschäftigten".

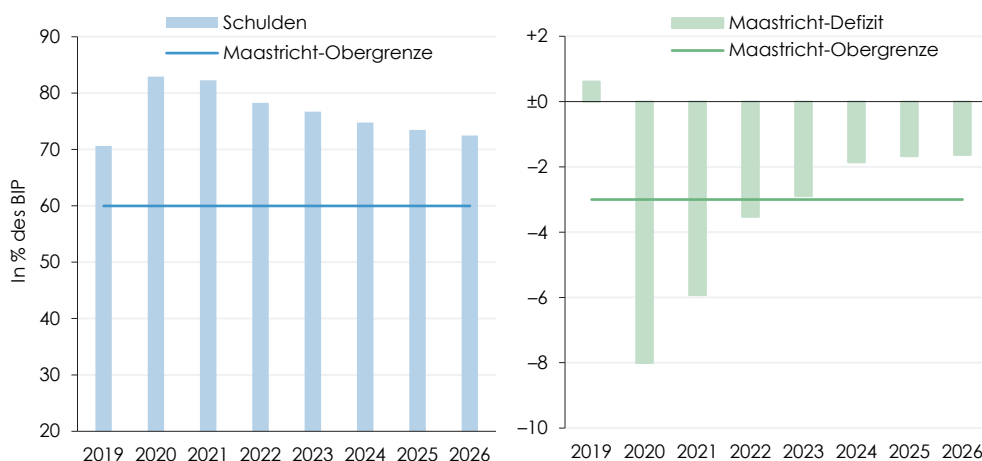
Budgetvoranschlag zwischen COVID-19- und Anti-Teuerungsmaßnahmen

Bundesvoranschlag 2023 und Mittelfristiger Finanzrahmen 2023 bis 2026

Hans Pitlik, Margit Schratzenstaller

- Die Budgeterstellung 2023 basiert auf deutlich verschlechterten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen.
- Bis 2026 sinkt das Maastricht-Defizit auf 1,6% des BIP, die Schuldenquote auf 72,5% des BIP.
- Der Bundesvoranschlag 2023 sieht 4,8 Mrd. € an Ausgaben mit intendierter produktiver Wirkung auf Klima und Umwelt vor.
- Die geplanten Erhöhungen der Verteidigungsausgaben sollen einen langjährigen Investitionsrückstau auflösen. Die Ausgaben erreichen jedoch bis 2026 in keinem Jahr den angestrebten Zielwert von 1% des BIP.
- Das Auslaufen der Niedrigzinsphase führt zu einer Erhöhung der Zinsausgaben von 1% des BIP 2022 auf 1,5% 2026.
- Die Pensionsausgaben des Bundes steigen bis 2026 auf 28% der Bundesausgaben bzw. 6% des BIP.
- Die Anti-Teuerungsmaßnahmen des Bundes belaufen sich 2022 bis 2026 auf knapp 41 Mrd. €.

Entwicklung der gesamtstaatlichen Schulden- und Defizitquote



"Der inflationsgetriebene starke Anstieg des nominalen BIP führt bis 2026 zu deutlich geringeren Schulden- und Defizitquoten. Strukturelle Reformen im öffentlichen Sektor sind vordringlich, um Spielraum für dringend erforderliche Zukunftsinvestitionen zu gewinnen."

Die Schulden- und Defizitquoten sinken bis 2026 merklich. Dies ist dem inflationsbedingt starken Wachstum des nominalen BIP zuzuschreiben (Q: Bundesministerium für Finanzen (2022a), Statistik Austria).

Budgetvoranschlag zwischen COVID-19- und Anti-Teuerungsmaßnahmen

Bundesvoranschlag 2023 und Mittelfristiger Finanzrahmen 2023 bis 2026

Hans Pitlik, Margit Schratzenstaller

Budgetvoranschlag zwischen COVID-19- und Anti-Teuerungsmaßnahmen. Bundesvoranschlag 2023 und Mittelfristiger Finanzrahmen 2023 bis 2026

Die Rahmenbedingungen der Budgeterstellung sind auch im Herbst 2022 sehr schwierig. Dem Rückgang der COVID-19-bedingten Aufwendungen stehen erhebliche Mehrausgaben zur Abfederung der Effekte des anhaltenden Verbraucherpreisauftriebs, speziell des Anstiegs der Energiepreise, gegenüber. Zwar gehen sowohl das Maastricht-Defizit als auch die Schuldenquote mittelfristig zurück, dies ist jedoch wesentlich dem inflationsbedingt hohen BIP-Wachstum geschuldet. Das steigende Zinsniveau, der dringende Nachholbedarf im Verteidigungsbudget und die Investitionsbedarfe in wichtigen Zukunftsfeldern (Klimaschutz, Kinderbetreuung, Bildung und Qualifizierung) verstärken ebenso wie wachsende Ausgaben in demografiesensiblen Bereichen (Pflege, Gesundheit, Pensionen) die Dringlichkeit von Strukturformen und Effizienzsteigerungen im öffentlichen Sektor.

JEL-Codes: E62, H12, H20, H62, H68 • **Keywords:** COVID-19, Energiekrise, Maastricht-Defizit, Verschuldung, Krisenmanagement, Budgetpolitik, Bundesbudget, Verteidigungsausgaben

Begutachtung: Simon Loretz • **Wissenschaftliche Assistenz:** Cornelia Schobert (cornelia.schobert@wifo.ac.at), Andrea Sutrich (andrea.sutrich@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 12. 12. 2022

Kontakt: Hans Pitlik (hans.pitlik@wifo.ac.at), Margit Schratzenstaller (margit.schratzenstaller@wifo.ac.at)

Draft Budget between COVID-19 and Anti-inflation Measures. Draft Federal Budget 2023 and Medium-term Fiscal Framework 2023-2026

Also in autumn 2022, economic conditions for preparing the draft budget are very difficult. The decline in COVID-19 related expenditures is offset by considerable additional expenditures to cushion the effects of the continuing increase in consumer prices, especially energy prices. Although the Maastricht deficit and debt ratios are declining over the medium term, this is largely due to the high inflation-driven nominal GDP growth. The rising interest rate level, the urgent need to catch up in the defence budget and the investment needs in important future-oriented areas (climate protection, childcare, education and qualification) as well as rising expenditures in areas influenced by demographic developments (long-term care, health, pensions) increase the urgency of structural reforms and efficiency enhancements in the public sector.

1. Rahmenbedingungen der Budgeterstellung

Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Budgeterstellung haben sich deutlich verschlechtert.

Die Rahmenbedingungen der Budgeterstellung sind auch im Herbst 2022 sehr schwierig. Der Bundesvoranschlag (BVA) 2023 ist das vierte "Krisenbudget" in Folge und ist – wenn auch deutlich weniger als die drei vorhergehenden BVA – von der COVID-19-Krise geprägt; hinzu kommt die stark gestiegene Inflation im Allgemeinen und bei den Energiepreisen im Besonderen. Gegenüber der im Oktober 2021 erstellten mittelfristigen WIFO-Prognose haben sich die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die diesjährige Budgeterstellung deutlich verschlechtert. Der Überfall Russlands auf die Ukraine hat den bereits 2021 beobachteten Anstieg der Inflation weiter verstärkt. Nach einer Verteuerung der Verbraucherpreise um 2,8% (2021) rechnet das WIFO in seiner rezenten, dem BVA 2023 sowie dem Bundesfinanzrahmen (BFR) zugrunde liegenden mittelfristigen Prognose (Baumgartner et al., 2022) für 2022

mit einer Inflationsrate von 8,3%. Der Preisauftrieb bleibt auch 2023 lebhaft (6,5%) und geht erst in den Folgejahren allmählich bis auf 2,5% (2026) zurück (Übersicht 1). Das reale Wirtschaftswachstum wird nach den kräftigen Zuwächsen 2021 (+4,6%) und 2022 (+4,8%) im Jahr 2023 stagnieren und bis 2026 mit etwa 1% p. a. schwach bleiben. Das in den letzten Jahren schwungvolle Beschäftigungswachstum (2021 +2,5%, 2022 +2,7%) wird 2023 auf 0,5% abnehmen und auch in den Folgejahren unter 1% p. a. liegen. Allerdings wird die Arbeitslosenquote, die 2022 auf 6,4% sinkt (2021: 8%), 2023 nur geringfügig auf 6,7% steigen und in den darauffolgenden Jahren auf diesem Niveau verharren. Insgesamt steuert die österreichische Wirtschaft somit auf eine Stagflation zu, die sich auf unterschiedlichen Ebenen auch auf die öffentlichen Haushalte auswirkt.

Übersicht 1: Wirtschaftliche Eckdaten

	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise Rate	Lohn- und Gehaltssumme, brutto, nominell		Unselbständig aktiv Beschäftigte	Arbeitslose In 1.000	Arbeitslosenquote			
	Real Veränderung gegen das Vorjahr in %	Nominell Veränderung gegen das Vorjahr in %	Nominell Mrd. €		Insgesamt Veränderung gegen das Vorjahr in %	Pro Kopf			Veränderung gegen das Vorjahr in %	In % der unselbständigen Erwerbspersonen	In % der Erwerbspersonen laut Eurostat	
Mittelfristige WIFO-Prognose Oktober 2021 (Basis für Bundesvoranschlag 2022 und Bundesfinanzrahmen 2022 bis 2025)												
2019	+ 1,5	+ 3,1	397,5	+ 1,5	+ 4,4	+ 2,9	+ 1,6	301,3	- 3,5	7,4	4,5	
2020	- 6,7	- 4,6	379,3	+ 1,4	- 0,4	+ 2,0	- 2,0	409,6	+ 35,9	9,9	5,4	
2021	+ 4,4	+ 6,6	404,5	+ 2,8	+ 4,1	+ 1,8	+ 2,3	337,6	- 17,6	8,2	.	
2022	+ 4,8	+ 7,4	434,6	+ 3,0	+ 5,3	+ 3,1	+ 1,9	307,6	- 8,9	7,4	.	
2023	+ 2,3	+ 4,3	453,1	+ 2,0	+ 4,1	+ 2,6	+ 1,5	288,3	- 6,3	6,8	.	
2024	+ 1,9	+ 4,0	471,2	+ 2,0	+ 3,9	+ 2,6	+ 1,3	279,7	- 3,0	6,6	.	
2025	+ 1,7	+ 3,6	488,0	+ 1,9	+ 3,4	+ 2,3	+ 1,2	277,0	- 1,0	6,4	.	
Mittelfristige WIFO-Prognose Oktober 2022 (Basis für Bundesvoranschlag 2023 und Bundesfinanzrahmen 2023 bis 2026)												
2021	+ 4,6	+ 6,6	406,1	+ 2,8	+ 4,8	+ 2,5	+ 2,5	331,7	- 19,0	8,0	6,2	
2022	+ 4,8	+ 11,1	451,3	+ 8,3	+ 6,6	+ 3,7	+ 2,7	266,7	- 19,6	6,4	4,6	
2023	+ 0,2	+ 6,0	478,3	+ 6,5	+ 7,5	+ 6,9	+ 0,5	281,7	+ 5,6	6,7	4,7	
2024	+ 1,0	+ 5,2	503,1	+ 3,8	+ 7,2	+ 6,5	+ 0,7	285,6	+ 1,4	6,7	4,7	
2025	+ 1,1	+ 4,2	524,0	+ 3,0	+ 5,0	+ 4,1	+ 0,8	285,2	- 0,2	6,7	4,7	
2026	+ 1,2	+ 3,7	543,6	+ 2,5	+ 3,9	+ 3,0	+ 0,9	280,2	- 1,8	6,5	4,6	

Q: WIFO.

2. Eckdaten der Budgetplanung im Überblick

Die Auszahlungen des Bundes steigen von 107,5 Mrd. € gemäß BVA 2022 auf 115,1 Mrd. €¹⁾ gemäß BVA 2023 (+7,1%), die Einnahmen des Bundes von 84,4 Mrd. € auf 98,1 Mrd. € (+16,2%; vgl. Übersicht 2). Wegen

der inflationsbedingt starken Einnahmendynamik verbessert sich der administrative Saldo des Bundes daher von -23,1 Mrd. € (BVA 2022) auf -17,0 Mrd. € (BVA 2023).

Die Auszahlungen des Bundes steigen von 107,5 Mrd. € 2022 auf 115,1 Mrd. € 2023, die Einnahmen von 84,4 Mrd. € auf 98,1 Mrd. €.

Übersicht 2: Der Bundeshaushalt im Überblick

	2021 Erfolg	2022 Bundes- voranschlag	2023 Bundes- voranschlags- entwurf	2024	2025	2026
	Mrd. €					
Einzahlungen	86,0	84,4	98,1	99,9	103,4	107,5
Auszahlungen	104,0	107,5	115,1	109,6	112,9	116,2
Administrativer Saldo	- 17,9	- 23,1	- 17,0	- 9,7	- 9,5	- 8,7
Maastricht-Saldo ¹⁾	- 22,0	- 17,2	- 14,9	- 10,1	- 9,4	- 9,4
Bruttosteueereinnahmen	95,7	98,1	108,1	114,7	119,3	124,2
Nettosteueereinnahmen	58,9	56,9	65,9	70,2	73,1	76,5
	In % des BIP					
Einzahlungen	21,2	18,7	20,5	19,9	19,7	19,8
Auszahlungen	25,6	23,8	24,1	21,8	21,5	21,4
Administrativer Saldo	- 4,4	- 5,1	- 3,6	- 1,9	- 1,8	- 1,6
Maastricht-Saldo ¹⁾	- 5,4	- 3,8	- 3,1	- 2,0	- 1,8	- 1,7
Bruttosteueereinnahmen	23,6	21,7	22,6	22,8	22,8	22,8
Nettosteueereinnahmen	14,5	12,6	13,8	14,0	14,0	14,1

Q: Bundesministerium für Finanzen (2022a, 2022b), Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. - ¹⁾ Bundessektor einschließlich sonstiger Einheiten.

¹⁾ Gemäß Bundesvoranschlagsentwurf 2023 und Budgetbericht vom Oktober 2022. Das am 18. November 2022 im Parlament beschlossene Budget 2023 weist um rund 75 Mio. € höhere Auszahlungen für Sportförderung und das in Ausarbeitung befindliche Medien-

paket sowie eine Überschreitungsermächtigung von 150 Mio. € für die Universitäten aus. Die Aufstockung des kommunalen Investitionspakets um 500 Mio. € auf 1 Mrd. € ist hier ebenfalls nicht enthalten.

Das Maastricht-Defizit unterschreitet ab 2023 wieder die Maastricht-Obergrenze von 3% des BIP und geht bis 2026 auf 1,6% des BIP zurück. Die Schuldenquote sinkt bis 2026 auf 72,5% des BIP.

Die Ausgabenquote des Gesamtstaates, die 2020 und 2021 historische Höchststände (56,7% bzw. 56% des BIP) erreichte, sinkt 2022 aufgrund eines BIP-Nenner-Effekts trotz des absoluten Anstiegs der Ausgaben deutlich auf 52,3% und erreicht 2023 51,8% (Übersicht 3). Da die Staatseinnahmen wegen der Inflation kräftig steigen, dürfte die Einnahmenquote – trotz der Einnahmefälle infolge der Steuerreform 2022/2024 und des BIP-Nenner-Effekts 2022 – nur relativ schwach zurückgehen (von 50% des BIP 2021 auf 48,8% 2022); bis 2026 steigt sie wieder leicht bis auf 49,5% des BIP. Die Abgabenquote wird durch die ökosoziale Steuerreform 2022/2024 nur vorübergehend gedämpft (von 43,3% des BIP 2021 auf 42,3% 2022). Bereits 2023 legt sie trotz der Einnahmefälle durch den Ausgleich der kalten Progression und die nächsten Stufen der Steuerreform²⁾ wieder auf 42,4% zu. Der Anstieg setzt sich in den Folgejahren kontinuierlich fort, sodass für 2026 eine Abgabenquote von 43,2% des BIP prognostiziert wird.

Entsprechend unterschreitet das gesamtstaatliche Maastricht-Defizit, das 2020 mit 8%

des BIP einen bisherigen Höchststand erreichte, ab 2023 wieder die Maastricht-Obergrenze von 3% des BIP und sinkt bis 2026 auf 1,6%. Die gesamtstaatliche Schuldenquote, die aufgrund der COVID-19-Krise 2020 auf 82,9% des BIP gestiegen und 2021 leicht auf 82,3% zurückgegangen war, dürfte 2022 auf 78,3% und 2023 weiter auf 76,7% sinken. Für die Folgejahre wird ein stetiger Rückgang bis auf 72,5% des BIP (2026) erwartet. Er beruht – bei steigendem absolutem Gesamtschuldenstand – auf einem inflationsbedingten BIP-Nenner-Effekt.

Die Zinsausgabenquote erreicht 2022 mit 1% des BIP einen neuen Tiefststand. Die Sekundärmarktrendite für 10-jährige österreichische Staatsanleihen, die 2020 und 2021 leicht negativ war, wird 2023 gemäß der mittelfristigen Prognose des WIFO (Baumgartner et al., 2022) auf 4,1% und 2024 weiter auf 5,3% steigen, um anschließend nur allmählich leicht zurückzugehen. Daher wird mit einem Anstieg der Zinsausgabenquote auf 1,5% des BIP bis 2026 gerechnet (vgl. Kapitel 3.3 für Details).

Übersicht 3: **Wichtige gesamtstaatliche Kennzahlen bis 2026**

	1995	2000	2005	2010	2015	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
	In % des BIP												
Ausgabenquote	55,8	51,0	51,2	52,8	51,1	48,6	56,7	56,0	52,3	51,8	51,1	51,1	51,1
Einnahmenquote	49,7	48,6	48,6	48,4	50,1	49,2	48,7	50,0	48,8	48,9	49,3	49,4	49,5
Abgabenquote ¹⁾	41,6	42,6	41,2	41,1	43,2	42,7	42,1	43,3	42,3	42,4	43,0	43,1	43,2
Maastricht-Saldo Gesamtstaat	- 6,1	- 2,4	- 2,5	- 4,4	- 1,0	+ 0,6	- 8,0	- 5,9	- 3,5	- 2,9	- 1,9	- 1,7	- 1,6
Bund	- 5,4	- 2,1	- 2,4	- 3,3	- 1,2	+ 0,4	- 7,2	- 5,4	- 3,8	- 3,1	- 2,0	- 1,8	- 1,7
Länder	+ 0,0	- 0,1	- 0,1	- 0,9	+ 0,1	+ 0,1	- 0,5	- 0,5	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	± 0,0	± 0,0
Gemeinden	- 0,7	- 0,1	- 0,0	- 0,5	- 0,0	- 0,0	- 0,3	- 0,1	± 0,0	± 0,0	± 0,0	± 0,0	± 0,0
Sozialversicherungsträger	- 0,1	- 0,1	- 0,0	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
Zinsausgabenquote	4,0	3,6	3,2	2,9	2,3	1,4	1,3	1,1	1,0	1,2	1,3	1,4	1,5
Primärsaldo	- 2,1	+ 1,2	+ 0,7	- 1,5	+ 1,3	+ 2,0	- 6,7	- 4,8	- 2,5	- 1,7	- 0,6	- 0,2	- 0,1
Struktureller Budgetsaldo	.	.	.	- 3,2	- 0,1	- 0,7	- 5,0	- 4,8	- 4,2	- 2,9	- 1,9	- 1,7	- 1,6
Maastricht-Schuldenstand	68,3	66,1	68,6	82,7	84,9	70,6	82,9	82,3	78,3	76,7	74,8	73,5	72,5

Q: Statistik Austria, ab 2022 Bundesministerium für Finanzen (2022a, 2022b). Rundungsdifferenzen. – ¹⁾ Indikator 2, daher ohne imputierte Sozialbeiträge.

3. Ausgewählte Aspekte der Ausgaben und Einnahmen des Bundes

Der BVA 2023 enthält eine Reihe ausgaben-seitiger Schwerpunkte, und auch die Einnahmenseite ist von diskretionären Maßnahmen geprägt. Er ist das vierte "Krisenbudget" in Folge: Zwar verlieren die COVID-19-Hilfsmaßnahmen weiter an Bedeutung – sie sind mit 2,7 Mrd. € budgetiert; 2022 waren es noch 6,6 Mrd. €. Dafür schlagen Unterstützungsmaßnahmen zur Abfederung der ökonomischen und sozialen Auswirkungen der hohen Inflation sowie des kräftigen Energiepreisanstiegs mit 8,4 Mrd. € zu Buche. Der Fokus liegt dabei stark auf finanziellen Entlastungsmaßnahmen, die sowohl bezüglich der privaten Haushalte als auch der Unternehmen (Böheim et al., 2022) nur begrenzt treffsicher

sind. Weitere ausgaben-seitige Akzente umfassen Mittel für eine Pflegereform – wobei eine umfassende Pflegereform, die im Rahmen des neuen Finanzausgleichs ab 2024 zu verankern wäre, noch aussteht. Hinzu kommt die geplante mittelfristige Aufstockung des Verteidigungsbudgets. Weiters werden die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit etwas erhöht; Österreich wendet allerdings mit etwa 0,3% des Bruttonationaleinkommens (Austrian Development Agency, 2022) nach wie vor weit weniger für Entwicklungszusammenarbeit auf als international vereinbart (0,7%).

²⁾ Vgl. Kettner et al. (2021) für eine detaillierte Darstellung der Maßnahmen der Steuerreform 2022/2024.

3.1 Klima- und umweltrelevante Ausgaben

Ein besonderer Schwerpunkt im Bundesbudget ist seit einigen Jahren der Klima- und Umweltschutz. Entsprechende Maßnahmen schlagen sich sowohl auf der Einnahmenseite (Umweltsteuern, Steuerausnahmen mit intendierten klima- und umweltpolitischen Lenkungseffekten) als auch auf der Ausgabenseite nieder. Eine Herausforderung ist die erschöpfende Erfassung relevanter Ausgaben unter Berücksichtigung sämtlicher Ressorts, aber auch im föderalen Gesamtzusammenhang. Seit dem Bundesbudget 2018/19 werden die Bundesvoranschläge von einer Beilage zum Klima- und Umweltschutz begleitet, die kontinuierlich erweitert wird (Bundesministerium für Finanzen, 2022d). Im Rahmen der laufenden "Green Budgeting"- und "Green Spending Review"-Aktivitäten auf Bundesebene wurde in Anlehnung an bestehende internationale Ansätze eine Methode zur Erfassung von Ausgaben im Bereich Umweltschutz und Klima entwickelt. Sie unterscheidet zunächst zwischen Ausgaben mit intendierter positiver Wirkung einerseits und solchen mit positiven (Neben-)Effekten bezüglich der Klima- und Umweltziele Österreichs andererseits. Dabei geht es in einem ersten Schritt um das Niveau der Treibhausgasemissionen in den vom EU-Emissionshandel nicht erfassten Sektoren. Im Rahmen dieses "Climate Tagging" werden Ausgaben mit einem intendiert produktiven Beitrag zur Senkung der Treibhausgasemissionen mit einem Green Budgeting Score von +2 versehen, Ausgaben mit positiven (Neben-)Effekten erhalten einen Punktwert von +1.

Auf Basis dieser Methode werden im BVA 2023 Ausgaben von insgesamt 4,846 Mrd. € mit intendiert produktiver Umwelt- bzw. Klimawirkung (Score +2) identifiziert (Übersicht 4) – dies entspricht fast dem Dreifachen des Wertes von 2021 (1,621 Mrd. €). Davon entfallen rund zwei Drittel (3,138 Mrd. €) auf das Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK) und weitere 20% auf das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft (BML). Der Rest von insgesamt 15% verteilt sich auf die Bundesministerien für Arbeit und Wirtschaft (BMAW), für Inneres (BML) sowie für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport (BMKÖS).

Hervorzuheben sind im BVA 2023 die neuen Mittel für die Transformation der Wirtschaft im Umfang von 0,9 Mrd. € sowie ein Zuschuss von 0,5 Mrd. € für die Gemeinden im Rahmen des Kommunalen Investitionsschutzgesetzes 2023, der für transformative klimapolitische Maßnahmen im Bereich Energie³⁾ eingesetzt werden soll. Zudem wurde ein Vorbelastungsgesetz verabschiedet, das der Klimaministerin die Begründung von Vorbelastungen bis 2030 erlaubt. Es ist die Basis für einen Finanzierungsrahmen für die Bedeckung der Förderungen zur Transformation der Industrie, die im Rahmen der gleichzeitig mit diesem Bundesgesetz vorgesehenen Änderungen des Umweltförderungsgesetzes (Artikel 2) eingeführt werden. Dieser Finanzierungsrahmen ist für den Zusagezeitraum bis 2030 mit höchstens 2,975 Mrd. € festgelegt.

Auf Grundlage eines "Green Budgeting"-Ansatzes werden im BVA 2023 Ausgaben von 4,8 Mrd. € mit intendierter positiver Wirkung auf Klima und Umwelt identifiziert.

Übersicht 4: **Auszahlungen des Bundes für Klima- und Umweltschutz nach Ressorts**

	2021	2022	2023	2021	2022	2023
	Mio. €			Anteile in %		
Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie	612,8	2.204,7	3.137,8	37,8	62,8	64,8
Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft	890,5	873,2	980,1	55,0	24,9	20,2
Bundesministerium Arbeit und Wirtschaft	112,9	424,3	715,8	7,0	12,1	14,8
Bundesministerium Bildung, Wissenschaft und Forschung	.	0,0	0,0	.	0,0	0,0
Bundesministerium für Inneres	4,3	4,2	4,5	0,3	0,1	0,1
Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlicher Dienst und Sport	.	2,5	7,4	.	0,1	0,2
Insgesamt	1.620,5	3.508,9	4.845,6	100,0	100,0	100,0
In % der Gesamtausgaben des Bundes	1,6	3,3	4,2			

Q: Bundesministerium für Finanzen (2022d), WIFO-Berechnungen.

In der Klima- und Umweltbeilage zum BVA 2023 werden die mit einem Score von +2 versehenen klima- und umweltrelevanten

Ausgaben des Bundes näher aufgegliedert. Der größte Anteil entfällt mit 1,932 Mrd. € oder knapp 40% auf die Untergliederung

³⁾ Die Mittel sollen für Investitionen in die Energieeffizienz, zum Einsatz und Umstieg auf erneuerbare Energieträger oder biogene Rohstoffe (Bioökonomie)

sowie für den Ausbau und die Dekarbonisierung von Fernwärme- und Fernkältesystemen eingesetzt werden.

(UG) 43 Klima, Umwelt und Energie, vor der UG 42 Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft mit 0,98 Mrd. € und der UG 41 Mobilität mit 0,967 Mrd. € (jeweils etwa 20%).

Die Aufschlüsselung nach Ressorts bzw. Untergliederungen gibt nur ein unpräzises Bild der funktionellen Aufteilung der Mittel. Zudem wäre eine Übersicht über die Ausgaben mit positiven (Neben-)Effekten (Score +1) von Interesse. Die im Rahmen der "Green Budgeting"-Aktivitäten entwickelten Erfassungssystematiken des Bundes sollten jedenfalls auch auf der Länder- und Gemeindeebene, gegebenenfalls in adaptierter Form, implementiert werden, um schließlich zu einer gesamtstaatlichen Summe klima- und umweltrelevanter Ausgaben zu gelangen⁴⁾.

3.2 Verteidigungsausgaben

Der völkerrechtswidrige Überfall Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 und die seither andauernden Kampfhandlungen stellen die sicherheitspolitische Architektur in ganz Europa auf den Prüfstand. Davon ist trotz seines Neutralitätsstatus auch Österreich betroffen. Eine Ausweitung der Investitionen in die öffentliche Sicherheit und die Stärkung der militärischen Kernkompetenzen des

Bundesheeres zählen daher ebenfalls zu den dringendsten budgetären Herausforderungen. In Abkehr von der jahrzehntelang geübten Praxis äußerst knapper, unterdotierter Budgets sind nun kräftige Aufstockungen im Verteidigungshaushalt geplant. Das begleitende Landesverteidigungs-Finanzierungsgesetz soll eine zeitlich über den Bundesfinanzrahmen hinausreichende Grundlage für die längerfristige Finanzierung des Bundesheeres bieten.

Im BVA 2023 und im BFR 2023-2026 sind entsprechend beträchtliche Budgetzuwächse in der UG 14 Militärische Angelegenheiten vorgesehen. Ausgehend von Ausgaben in Höhe von 2,68 Mrd. € im Jahr 2020 belief sich das Verteidigungsbudget 2021 auf 2,84 Mrd. €. Davon wurden 180,2 Mio. € aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds finanziert. Diese Mittel dienen primär der Unterstützung logistischer Maßnahmen durch das Bundesheer, das eine tragende Rolle bei der Bewältigung der jüngsten gesundheitspolitischen Herausforderungen eingenommen hat. Für das laufende Jahr 2022 war mit einer Reduktion der COVID-19-bedingten Aufgabenlasten auch ein leichter Rückgang der Auszahlungen auf 2,71 Mrd. € vorgesehen.

Übersicht 5: Verteidigungsausgaben

	2015	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
	Mrd. €							
Bundesheer								
Auszahlungen UG 14 insgesamt	1,96	2,68	2,84	2,71	3,32	3,71	4,19	4,70
Investitionen	0,19	0,43	0,45	0,43	0,71	.	.	.
	Anteil an den Gesamtausgaben des Bundes in %							
Bundesheer								
Auszahlungen UG 14 insgesamt	2,63	2,79	2,73	2,52	2,88	3,38	3,71	4,05
Investitionen	0,25	0,44	0,44	0,40	0,62	.	.	.
	Anteil am BIP in %							
Bundesheer								
Auszahlungen UG 14 insgesamt	0,57	0,70	0,70	0,60	0,69	0,74	0,80	0,87
Investitionen	0,05	0,11	0,11	0,10	0,15	.	.	.

Q: Bundesministerium für Finanzen, WIFO-Zusammenstellung. Auszahlungen Bundesheer UG 14 Militärische Angelegenheiten ohne Sport; Investitionen im Bundesfinanzrahmen 2023 bis 2026 nicht ausgewiesen.

Der BVA sieht für 2023 eine Erhöhung der Ausgaben in der UG 14 um 0,6 Mrd. € bzw. 22,3% auf 3,32 Mrd. € vor. Damit sollen vor allem höhere Investitionen in militärische Ausrüstungen (+283 Mio. €) finanziert werden, aber auch der laufende Sachaufwand wird gegenüber dem Vorjahr deutlich großzügiger budgetiert. In den Folgejahren sollen die Verteidigungsausgaben gemäß den Planungen des Bundesfinanzrahmens weiter kräftig steigen, wodurch 2026 ein Budgetvolumen

von 4,7 Mrd. € erreicht wird (+2,0 Mrd. € bzw. +73,3% gegenüber 2022).

Die tiefgreifend veränderten sicherheitsstrategischen Rahmenbedingungen haben offenbar auch einen Erwartungswandel hinsichtlich der Aufgaben des Bundesheeres begünstigt. Während das Augenmerk bislang auf die Ausstattung von Spezialtruppen für friedenssichernde internationale Missionen, die Katastrophenhilfe oder sicherheits-

⁴⁾ Für eine detailliertere Diskussion vgl. Köppl et al. (o. J.).

polizeiliche Assistenzeinsätze des Heeres im Inland gerichtet war, rücken jetzt wieder die "traditionellen" Aufgaben der militärischen Landesverteidigung in den Mittelpunkt. Hinzu kommen die Herausforderungen durch "nichtkonventionelle Bedrohungen", etwa in den Bereichen Cyber-Sicherheit und Terrorbekämpfung.

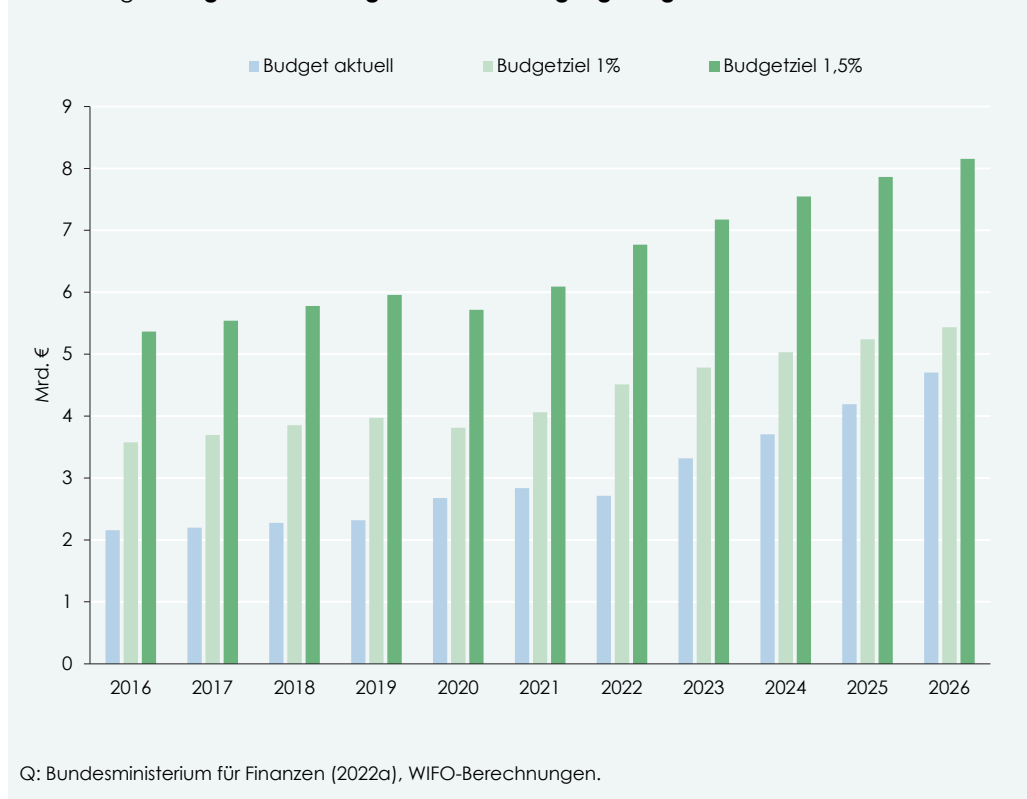
Die geplante Ressourcenaufstockung ist auch vor dem Hintergrund zu sehen, dass das Verteidigungsbudget in den vergangenen Jahren stets vergleichsweise niedrig dotiert war, wodurch die Einsatzfähigkeit des Bundesheeres in wesentlichen Kernbereichen der militärischen Landesverteidigung selbst nach eigener Einschätzung⁵⁾ erheblich beeinträchtigt ist. Seit dem Jahr 2000 ist das Heeresbudget (ohne Sport) in Relation zur Wirtschaftsleistung von 0,9% auf 0,6% (2022) gesunken. Dies hat nach Einschätzung von Expertinnen und Experten zu einer erheblichen Schwächung der Verteidigungsfähig-

keit des Bundesheeres geführt. Es besteht offenbar beträchtlicher Modernisierungsbedarf bei militärischen Ausrüstungen und Gerät, sodass ein nicht unerheblicher Anteil der zusätzlichen Mittel lediglich dem Abbau eines über viele Jahre aufgelaufenen Investitionsrückstaus dienen wird⁶⁾.

Der neue Budgetpfad sieht bis 2026 einen Anstieg der Verteidigungsausgaben auf knapp 0,9% des BIP vor. Das Militärbudget bleibt damit jedoch weiterhin unter dem politischen Zielwert von 1% des BIP. Um diesen Richtwert in allen Jahren zu erreichen, müssten 2023/2026 zusätzliche Budgetmittel in Höhe von kumuliert 4,6 Mrd. € aufgebracht werden. Wollte man hingegen schon jetzt das ambitioniertere Ziel von 1,5% des BIP erreichen, das politischen Ankündigungen zufolge ab dem Jahr 2027 verwirklicht werden soll, so bedürfte es zusätzlicher Mittel von 14,8 Mrd. €.

Die Aufstockung des Verteidigungsbudgets dient dem Abbau eines langjährigen Investitionsrückstaus. Der angestrebte Zielwert von 1% des BIP wird 2023/2026 jedoch in keinem Jahr erreicht.

Abbildung 1: Vergleich der budgetierten Verteidigungsausgaben mit Zielwerten



3.3 Finanzierungsausgaben

Zu den substantiell veränderten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Budgeterstellung zählt auch die Zinsentwicklung in Europa. Die im Zuge der Inflationsbekämpfung erfolgte Abkehr der EZB von der sehr lockeren Geldpolitik, einschließlich des

Auslaufens der Ankaufprogramme für Staatsanleihen, hat das Zinsumfeld beträchtlich verschlechtert. Dies wirkt sich naturgemäß auch auf die öffentlichen Haushalte aus.

Die Benchmark-Rendite für 10-jährige österreichische Bundesanleihen erreichte nach

⁵⁾ https://www.bundesheer.at/archiv/a2019/unserheer2030/pdf/zustandsbericht_unserheer2030.pdf.

⁶⁾ Auch in Deutschland ist eine kräftige Erhöhung im Verteidigungsbudget Ausdruck veränderter Einschätzungen der Sicherheitslage. Hinzu kommt das neu

einzurichtende Sondervermögen in Höhe von bis zu 100 Mrd. €, das ebenfalls dazu dienen soll, zusätzliche Investitionsbedarfe zu decken und die Verteidigungs- und Bündnisfähigkeit Deutschlands zu stärken.

Mit dem Auslaufen der Niedrigzinsphase nehmen die budgetären Belastungen durch Zinsausgaben wieder zu. Die Zinsausgabenquote steigt jedoch nur langsam von 1,0% des BIP (2022) auf 1,5% (2026).

ihrem Tiefstwert von –0,2% im Jahr 2020 bereits 2022 voraussichtlich 1,65% (im Jahresdurchschnitt). Für 2023 erwartet das WIFO eine Rendite von 4,1%, die bis 2025 weiter auf über 5% steigen dürfte. Mit dem erwarteten Rückgang der Inflation sollte auch die EZB ihre Geldpolitik wieder etwas lockern, so dass wieder eine leichte Entspannung bei den Zinsen eintreten sollte.

Zinsausgaben dienen als vergangenheitsbezogene Ausgaben keinen produktiven Zwecken und engen die budgetären Handlungsspielräume ein. Das niedrige Zinsniveau seit der Euro-Schuldenkrise trug allerdings nicht unerheblich zur Sanierung der öffentlichen Haushalte in Österreich bei. Die lange und nunmehr auslaufende Niedrigzinsphase ermöglichte eine Neuverschuldung zu

besonders günstigen Konditionen und führte trotz der krisenbedingt teils sehr hohen öffentlichen Defizite zu längerfristig sinkenden Zinsausgaben der öffentlichen Haushalte (Übersicht 6). 2023 wird der Zinsaufwand im gesamtstaatlichen Budget mit 5,7 Mrd. € erstmals seit über zehn Jahren wieder über jenem des Vorjahres (2022: 4,4 Mrd. €) liegen⁷⁾. Auch für die Folgejahre ist aufgrund der weiteren Normalisierung des allgemeinen Zinsniveaus ein deutlicher Anstieg der Zinszahlungen in den öffentlichen Haushalten zu erwarten. Für 2026 sieht der Mittelfristige Finanzrahmen Zinsausgaben von 8,3 Mrd. € vor. Da das nominelle BIP inflationsbedingt ebenfalls rasch wachsen dürfte, steigt die Zinsausgabenquote jedoch nur sehr langsam von 1,0% des BIP (2022) auf 1,5% (2026).

Übersicht 6: **Zinsausgaben von Bund und Gesamtstaat**

	2001	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
Mrd. €								
Gemäß ESVG 2010								
Gesamtstaatliche Zinsausgaben	8,0	5,0	4,5	4,4	5,7	6,5	7,5	8,4
Zinsausgaben des Bundes	7,3	4,9	4,4
Gemäß Bundesvoranschlag								
Auszahlungen UG 58 ¹⁾	6,5	3,7	3,2	4,3	8,7	8,0	8,5	8,3
In % des BIP								
Gemäß ESVG 2010								
Gesamtstaatliche Zinsausgaben	3,6	1,3	1,1	1,0	1,2	1,3	1,4	1,5
Zinsausgaben des Bundes	3,3	1,3	1,1
Gemäß Bundesvoranschlag								
Auszahlungen UG 58 ¹⁾	2,9	1,0	0,8	1,0	1,8	1,6	1,6	1,5
In %								
Sekundärmarktrendite ²⁾								
	5,1	– 0,2	– 0,1	1,7	4,1	5,3	5,2	4,3
Durchschnittliche Effektivverzinsung der ausstehenden Staatsschuld								
	5,6	1,8	1,4	1,3	1,5	1,8	.	.
In Jahren								
Durchschnittliche Restlaufzeit der Bundesanleihen ³⁾								
	5,7	10,1	10,6	10,8

Q: Bundesministerium für Finanzen (2022a), Statistik Austria, OeNB, Österreichische Bundesfinanzagentur, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Die Auszahlungen der UG 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge umfassen Aufwendungen für Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen. – ²⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). – ³⁾ Stand 31. 10. 2022.

Zu diesem sehr moderaten Anstieg der Zinsausgabenquote trägt auch ein vorausschauendes Schuldenmanagement der Österreichischen Bundesfinanzagentur bei, welche die Phase sinkender Kapitalmarktzinsen auch zu einer Umstrukturierung der Staatsschuldentitel hin zu langfristigen Laufzeiten genutzt hat. Belief sich die durchschnittliche Restlaufzeit österreichischer Staatsanleihen 2001 noch auf 5,7 Jahre, wird diese zu

Jahresende 2022 immerhin 10,8 Jahre betragen. Die durchschnittliche Effektivverzinsung der ausstehenden Staatsschuld ist in diesem Zeitraum von 5,6% auf 1,3% gesunken.

Auch wenn die Zinsbelastung des Staatshaushalts mittelfristig eher verhalten zunehmen dürfte, bestehen angesichts einer Staatsschuld in Höhe von 353,2 Mrd. € (2022) beträchtliche Risiken für die öffentlichen

⁷⁾ Im administrativen Finanzierungshaushalt wirken sich die steigenden Marktzinsen kurzfristig deutlich stärker aus. Im Bundesvoranschlagsentwurf 2023 werden Auszahlungen von 8,7 Mrd. € veranschlagt, was gegenüber dem Jahr 2022 mit geplanten Auszahlungen von 4,3 Mrd. € mehr als eine Verdoppelung darstellt. In dieser Kassenrechnung werden höhere

Emissionsdisagien, die bei der Aufstockung von niedrig verzinsten Anleihen entstehen, im vollen Umfang dem Emissionsjahr zugerechnet, während im Ergebnishaushalt und in der ESVG-Abgrenzung die Disagien gemäß dem Accrual-Prinzip auf die Laufzeit der Anleihe verteilt werden.

Haushalte. Die Kreditwürdigkeit Österreichs wird von den internationalen Rating-Agenturen derzeit zwar immer noch als sehr hoch eingeschätzt, allerdings haben zwei Agenturen den Rating-Ausblick im Zuge der europäischen Energieversorgungs Krise von stabil auf negativ gesenkt. Der Zinsabstand 10-jähriger österreichischer Staatsanleihen zu deutschen Bundesanleihen hat sich von 0,3 Prozentpunkten zu Jahresbeginn bis Oktober 2022 auf 0,7 Punkte vergrößert.

3.4 Pensionsausgaben

Die Dynamik der Pensionsausgaben des Bundes (Pensionen der Bundesbeamtinnen und -beamten sowie der Landeslehrerinnen und -lehrer, Zuschüsse des Bundes zur Pensionsversicherung und Ausgleichszulagen sowie Pensionsversicherungsbeiträge für Pensionsersatzzeiten) beschleunigt sich in den kommenden Jahren deutlich. Insgesamt werden sich die Ausgaben zwischen 2005 und 2023 fast verdoppeln (von 14,8 Mrd. € auf 27,9 Mrd. €). Ihr Anteil an den Gesamtausgaben des Bundes steigt in diesem Zeitraum von 22,5% auf 24,3%. In Relation zum BIP stagnieren sie bei 5,8%. 2026 werden

allein die Ausgaben für Pensionen⁸⁾ mit rund 32,5 Mrd. € 28% an den Gesamtausgaben des Bundes und 6% des BIP ausmachen⁹⁾].

Die Pensionsausgaben des Bundes umfassen erstens die Ausgaben für Pensionen der Bundesbeamtinnen und Bundesbeamten in der Hoheitsverwaltung und ausgegliederten Einheiten, bei Post und ÖBB, sowie der Landeslehrerinnen und -lehrer. Sie stiegen zwischen 2005 und 2021 von 6,7 Mrd. € auf 10,1 Mrd. €. Für die Jahre 2022 (10,5 Mrd. €) und 2023 (11,3 Mrd. €) sind weitere Anstiege budgetiert.

Eine noch gewichtigere Rolle spielen zweitens die Zuschüsse des Bundes zur Pensionsversicherung und Ausgleichszulagen. Die entsprechenden Ausgaben betragen 2005 in Summe 6,9 Mrd. € und erreichten 2021 12,1 Mrd. €. Für 2023 sind 13,8 Mrd. € budgetiert. Diese Dynamik wird getrieben vom Pensionseintritt geburtenstärkerer Jahrgänge. Die kräftigen Pensionsanpassungen während der COVID-19-Krise sowie aktuell im Zuge der hohen Teuerung spielen ebenfalls eine gewichtige Rolle.

Die Ausgaben für Pensionen sowie für Zuschüsse des Bundes und Ausgleichszulagen erreichen 2026 28% der Bundesausgaben und 6% des BIP.

Übersicht 7: Ausgaben des Bundes für Pensionen

	2005	2010	2015	2020	2021	2022	2023	2005/ 2021	2005/ 2022	2005/ 2023
	Mio. €							Durchschnittliche jährliche Veränderung in %		
Ausgaben brutto ¹⁾	14.849	18.902	21.314	23.456	25.256	25.165	27.949	+ 3,4	+ 3,2	+ 3,6
Pensionen Beamte und Beamtinnen	6.719	7.696	8.800	9.877	10.119	10.517	11.283	+ 2,6	+ 2,7	+ 2,9
Hoheitsverwaltung und ausgegliederte Unternehmen	2.956	3.371	3.953	4.490	4.625	4.830	5.193	+ 2,8	+ 2,9	+ 3,2
Landeslehrpersonal	915	1.118	1.579	2.052	2.151	2.310	2.523	+ 5,5	+ 5,6	+ 5,8
Postbeamte und -beamtinnen	1.134	1.166	1.207	1.270	1.268	1.277	1.335	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,9
ÖBB-Beamte und -Beamtinnen	1.714	2.041	2.061	2.065	2.075	2.100	2.232	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,5
Zuschüsse zur Pensionsversicherung	6.060	8.206	9.141	9.529	11.007	10.808	12.638	+ 3,8	+ 3,5	+ 4,2
Ausgleichszulagen	822	990	990	1.051	1.083	1.095	1.196	+ 1,7	+ 1,7	+ 2,1
Pensionsversicherungsbeiträge für Pensionsersatzzeiten	1.248	2.010	2.382	3.000	3.048	2.746	2.832	+ 5,7	+ 4,7	+ 4,7
Bereich Arbeit ²⁾	708	1.109	1.452	1.690	1.470	1.322	1.399	+ 4,7	+ 3,7	+ 3,9
Bereich Soziales ³⁾	40	65	91	147	168	181	202	+ 9,4	+ 9,3	+ 9,4
Bereich Familie ⁴⁾	500	836	839	1.163	1.409	1.243	1.232	+ 6,7	+ 5,5	+ 5,1
Einzahlungen (Pensionsbeiträge) Beamte und Beamtinnen	1.576	1.491	2.248	2.160	2.129	2.030	2.068	+ 1,9	+ 1,5	+ 1,5
Hoheitsverwaltung und ausgegliederte Unternehmen	876	849	1.330	1.373	1.381	1.309	1.361	+ 2,9	+ 2,4	+ 2,5
Landeslehrpersonal	232	211	235	174	167	157	155	- 2,0	- 2,3	- 2,2
Postbeamte und -beamtinnen	432	390	389	357	340	318	315	- 1,5	- 1,8	- 1,7
ÖBB-Beamte und -Beamtinnen	36	41	294	256	241	246	237	+ 12,6	+ 12,0	+ 11,0
Nettoausgaben für Pensionen	13.273	17.411	19.065	21.296	23.127	23.136	25.881	+ 3,5	+ 3,3	+ 3,8
	In %									
Bruttoausgaben für Pensionen in % der Gesamtausgaben	22,5	28,1	28,6	24,4	24,3	23,4	24,3			
Bruttoausgaben für Pensionen in % des BIP	5,8	6,4	6,2	6,2	6,2	5,6	5,8			
Nettoausgaben für Pensionen in % des BIP	5,2	5,9	5,5	5,6	5,7	5,1	5,4			

Q: Bundesministerium für Finanzen, WIFO-Berechnungen. Basis: Finanzierungsvoranschlag; bis einschließlich 2021: Erfolg, ab 2022: Bundesvoranschlag. – 1) Ohne Pflegegeld. – 2) Für Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Weiterbildungsgeld, Sondernotstandshilfe, Sonderunterstützung, Überbrückungshilfe. – 3) Für pflegende Angehörige sowie Pensionsbeiträge gemäß Nachtschwerarbeitsgesetz. – 4) Pensionsbeiträge für Kindererziehungszeiten, für Pflegepersonen Schwerstbehinderter sowie Wahl- und Pflegekinder und bei Inanspruchnahme des Familienzeitbonus.

⁸⁾ Die Pensionsbeiträge des Bundes für Pensionsersatzzeiten werden für die Jahre 2024 bis 2026 nicht separat ausgewiesen.

⁹⁾ Das soeben beschlossene neueste Gutachten der Pensionsreformkommission geht für die genannten

Posten von noch höheren Steigerungen aus und prognostiziert einen Anstieg der entsprechenden Bundesausgaben auf 37,9 Mrd. € (2027).

Zudem entrichtet der Bund in unterschiedlichen Untergliederungen Pensionsversicherungsbeiträge für Pensionsersatzzeiten. Dazu zählen insbesondere die vom Bund übernommenen Beiträge für Personen mit Arbeitslosengeld- und Notstandshilfebezug sowie für Kindererziehungszeiten. In Summe erreichten diese Beitragsleistungen 2005 1,2 Mrd. €; bis 2021 stiegen sie auf knapp über 3 Mrd. €. Für 2022 und 2023 sind, auch aufgrund des Rückgangs der Arbeitslosigkeit, mit 2,7 Mrd. € bzw. 2,8 Mrd. € geringere Beiträge budgetiert.

Die Nettoausgaben für Pensionen, die sich aus den Bruttoausgaben abzüglich der Pensionsbeiträge der Beamtinnen und Beamten ergeben, betragen 2023 voraussichtlich 25,9 Mrd. € bzw. 5,4% des BIP (2005: 13,3 Mrd. € bzw. 5,2% des BIP).

3.5 COVID-19-bezogene Ausgaben

Die Budgets der Jahre 2020 bis 2022 waren vor allem auf der Einnahmenseite, aber auch ausgabenseitig von der COVID-19-Krise geprägt. Ausweislich der Rechnungsabschlüsse des Bundes wurden 2020 COVID-

19-bezogene Ausgaben in Höhe von 14,4 Mrd. € getätigt, 2021 beliefen sich die Auszahlungen gar auf 19,0 Mrd. €.

Mit der allmählichen Entspannung der epidemiologischen Lage und der weitgehenden Überwindung der damit verbundenen gesamtwirtschaftlichen Friktionen gehen auch die im Bundeshaushalt geplanten Auszahlungen für die COVID-19-Krisenbewältigung deutlich zurück. Ende März 2022 sind mit dem Ausfallsbonus III und dem Verlustersatz III die letzten COVID-19-Hilfsmaßnahmen ausgelaufen, wobei rückwirkende Anträge auf einzelne, für die Vorjahre gewährte Unterstützungsleistungen noch länger gestellt werden konnten. Im BVA 2022 wurden COVID-19-assoziierte Auszahlungen von 6,6 Mrd. € veranschlagt. Im 1. Halbjahr wurden bereits 5,4 Mrd. € ausbezahlt, wobei auch von der COVID-19-Ermächtigung im Bundesfinanzgesetz 2022 Gebrauch gemacht wurde. Für 2023 sind noch COVID-19-bedingte Auszahlungen in Höhe von 2,7 Mrd. € vorgesehen. Für die Jahre 2023 bis 2026 sind nur mehr Auszahlungen von insgesamt 3,3 Mrd. € budgetiert.

Übersicht 8: COVID-19-Ausgaben gemäß ESVG und des Finanzierungshaushaltes des Bundes im Vergleich

	Bund und Sozialversicherungssektor gemäß ESVG				Finanzierungshaushalt des Bundes					Differenz zwischen ESVG und Budget
	2020	2021	1. Halbjahr 2022	2020 bis 1. Halbjahr 2022 Kumuliert	2020	2021	1. Halbjahr 2022	2020 bis 1. Halbjahr 2022 Kumuliert	2022 Bundesvoranschlag	2020 bis 1. Halbjahr 2022
	Mio. €				Mio. €					Mio. €
COVID-19-Ausgaben insgesamt	216.207	227.262	106.850	550.319	96.110	103.967	53.752	253.829	107.504	
Ausgaben ¹⁾	17.078	20.308	3.662	41.048	14.425	18.974	5.419	38.818	6.624	+ 2.230
Subventionen ¹⁾	12.301	12.228	1.602	26.131	9.731	11.403	2.145	23.279	2.551	+ 2.852
Kurzarbeit	6.059	3.136	364	9.559	5.489	3.703	552	9.744	963	- 185
Fixkostenzuschuss I, FKZ 800.000, Umsatzersatz, VE, AB, SV ¹⁾²⁾	6.242	9.092	1.238	16.572	4.242	7.701	1.593	13.535	1.589	+ 3.037
Monetäre Sozialleistungen	2.110	1.488	358	3.956	2.252	1.510	964	4.726		- 771
Härtefallfonds	895	1.278	242	2.415	1.032	1.268	114	2.414	0	+ 2
Weitere monetäre Sozialleistungen ³⁾	1.214	210	116	1.540	1.221	242	850	2.312		- 772
Sonstige Ausgaben ¹⁾⁴⁾	2.668	6.591	1.702	10.961	2.442	6.061	2.310	10.812	4.072	+ 149
	Anteile in %				Anteile in %					
COVID-19-Ausgaben insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	
Ausgaben ¹⁾	7,9	8,9	3,4	7,5	15,0	18,3	10,1	15,3		
Subventionen ¹⁾	5,7	5,4	1,5	4,7	10,1	11,0	4,0	9,2		
Kurzarbeit	2,8	1,4	0,3	1,7	5,7	3,6	1,0	3,8		
Fixkostenzuschuss I, FKZ 800.000, Umsatzersatz, VE, AB, SV ¹⁾²⁾	2,9	4,0	1,2	3,0	4,4	7,4	3,0	5,3		
Monetäre Sozialleistungen	1,0	0,7	0,3	0,7	2,3	1,5	1,8	1,9		
Härtefallfonds	0,4	0,6	0,2	0,4	1,1	1,2	0,2	1,0		
Weitere monetäre Sozialleistungen ³⁾	0,6	0,1	0,1	0,3	1,3	0,2	1,6	0,9		
Sonstige Ausgaben ¹⁾⁴⁾	1,2	2,9	1,6	2,0	2,5	5,8	4,3	4,3		

Q: Statistik Austria, Bundesministerium für Finanzen, WIFO-Zusammenstellung. ESVG . . . Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. – ¹⁾ Vorläufige Werte. – ²⁾ FKZ . . . Fixkostenzuschuss, VE . . . Verlustersatz, AB . . . Ausfallsbonus, SV . . . Schadensvergütungen. – ³⁾ Die weiteren monetären Sozialleistungen umfassen den Familienhärteausgleich, den Kinderbonus, die Einmalzahlung gemäß § 66 AIVG sowie den Künstler-Überbrückungsfonds. – ⁴⁾ In den sonstigen Ausgaben sind Vorleistungen und soziale Sachleistungen (z. B. COVID-19-Tests, COVID-19-Impfungen), laufende Transfers (z. B. NPO-Unterstützungsfonds) und Kapitaltransfers (z. B. Kommunalinvestitionsgesetz) enthalten.

Die Quantifizierung und die periodengerechte Zuordnung der COVID-19-Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen gemäß den Vorschriften des ESVG sind – auch aufgrund der Unsicherheiten im Zusammenhang mit der (nachträglichen) Antragstellung und Genehmigungspraxis – nicht unproblematisch. Wie Übersicht 8 zeigt, unterscheiden sich die COVID-19-Ausgaben von Bund und Sozialversicherung deutlich (um insgesamt 3 Mrd. €), je nachdem, ob die von Statistik Austria im Zuge der regelmäßigen Meldungen an die Europäische Kommission erstellte (vorläufige) Rechnung nach ESVG, oder die Auszahlungen gemäß Finanzierungshaushalt des Bundes herangezogen werden. Besonders augenfällig sind die Unterschiede bei jenen Leistungen, die auch noch rückwirkend beantragt werden konnten (Fixkostenzuschuss, Verlustersatz, Ausfallsbonus und Schadensvergütungen). Die tatsächliche Höhe der ausgabenseitigen Budgetbelastungen und ihre Wirkungen auf die öffentlichen Defizite und die Staatsschulden in den jeweiligen Jahren lassen sich daher vermutlich erst in einiger Zeit angeben.

3.6 Unterstützungsmaßnahmen zur Abfederung der Teuerung

Übersicht 9 enthält die Entlastungsmaßnahmen zur Abfederung der Effekte von Teuerung und Energiepreiskrise für private Haushalte und Unternehmen. Die Maßnahmen auf Bundesebene belaufen sich im Zeitraum 2022 bis 2026 auf insgesamt 40,7 Mrd. €. Davon sind 39,8 Mrd. € budgetwirksam, während die Aussetzung von Erneuerbaren-Förderpauschale sowie -beitrag (Entlastungswirkung insgesamt 0,9 Mrd. € für private Haushalte und Unternehmen) für das Jahr 2022 die öffentlichen Haushalte nicht belastet. Vom gesamten Entlastungsvolumen entfallen 35 Mrd. € auf die privaten Haushalte¹⁰⁾; diese gliedern sich wiederum in 12,5 Mrd. € für kurzfristige und 22,5 Mrd. € für langfristige strukturelle Maßnahmen. Die größte Einzelposition sind die Einnahmenausfälle aus dem Ausgleich der kalten Progression ab 2023 in Höhe von kumuliert 18,73 Mrd. €. Unternehmen sowie die Land- und Forstwirtschaft werden im Umfang von 5,6 Mrd. € entlastet, wovon 3,6 Mrd. € auf kurzfristige und 2 Mrd. € auf langfristig-strukturelle Maßnahmen entfallen¹¹⁾.

¹⁰⁾ Die Abgrenzung zwischen privaten Haushalten und Unternehmen ist etwas unscharf, da manche Maßnahmen, für die das Entlastungsvolumen nur aggregiert zur Verfügung steht, beide Gruppen entlasten (z. B. der Ausgleich der kalten Progression oder die Verschiebung der CO₂-Bepreisung).

Weitere Entlastungsmaßnahmen im Umfang von 0,6 Mrd. € (2022/23) werden von den Bundesländern gewährt (Übersicht 9).

3.7 Änderungen im Abgabensystem

Der BVA 2023 ist stark geprägt durch Änderungen im Steuer- und Abgabensystem. So schlagen sich erstens die nächsten Ausbaustufen der Steuerreform 2022/2024 in Minder-einnahmen bei Lohn- bzw. veranlagter Einkommensteuer nieder (Kettner et al., 2021): Der Steuersatz in der zweiten Tarifstufe sinkt von 32,5% auf 30%, jener in der dritten Tarifstufe von 42% auf 41%. Der Körperschaftsteuersatz wird in einem ersten Schritt von 25% auf 24% gesenkt. Zudem wird ein Investitionsfreibetrag mit Ökologisierungskomponente eingeführt: 10% der Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten können geltend gemacht werden, bei ökologischen Investitionen sind es 15%; dabei gilt eine Deckelung von 1 Mio. €. Die Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter wird von 800 € auf 1.000 € erhöht. Der CO₂-Preis steigt 2023 planmäßig (ausgehend von 30 € 2022), allerdings nicht wie vorgesehen auf 35 €, sondern nur auf 32,50 €, da aufgrund des starken Anstiegs der Energiepreise der Preisstabilitätsmechanismus greift: Laut diesem wird die für das Folgejahr vorgesehene Erhöhung (2023 +5 €) halbiert, wenn der Energiepreisindex in den ersten drei Quartalen des Vorjahres um mehr als 12,5% gestiegen ist. Die für 2023 mit 3,9 Mrd. € bezifferte Nettoentlastung durch die ökosoziale Steuerreform dürfte daher etwas höher ausfallen.

Auch die Anti-Teuerungspakete enthalten einige Maßnahmen, die das Steuer- und Abgabensystem betreffen und 2023 in Kraft treten (Übersicht 9). Die quantitativ bedeutendste ist der Ausgleich der kalten Progression, der 2023 für Mindereinnahmen von 1,5 Mrd. € sorgt. Die Senkung des Beitrags der Unternehmen zum Familienlastenausgleichsfonds ist bis 2026 mit einem Entlastungsvolumen von 1,5 Mrd. € verbunden, die Reduktion des Unfallversicherungsbeitrags verursacht bis 2026 Einnahmenausfälle von kumuliert 0,5 Mrd. €.

¹¹⁾ Mitte Dezember kündigte die Bundesregierung weitere Unterstützungsmaßnahmen für die privaten Haushalte im Umfang von 500 Mio. € für 2023 an (450 Mio. € für die Bundesländer zur Aufstockung von Heizkostenzuschüssen, 50 Mio. € zur Aufstockung des "Wohnschirms"), die hier noch nicht berücksichtigt sind.

Die hohe Belastung der öffentlichen Haushalte durch COVID-19-bezogene Ausgaben läuft allmählich aus. Das endgültige Volumen der Ausgaben ist immer noch schwer quantifizierbar.

Die Anti-Teuerungsmaßnahmen des Bundes belaufen sich 2022 bis 2026 auf insgesamt 40,7 Mrd. €, wovon 35 Mrd. € den privaten Haushalten und 5,6 Mrd. € den Unternehmen sowie der Land- und Forstwirtschaft zugutekommen.

Der BVA 2023 ist stark geprägt durch die nächste Ausbaustufe der ökosozialen Steuerreform sowie einige steuerliche Entlastungsmaßnahmen im Rahmen der Anti-Teuerungspakete des Bundes.

Übersicht 9: Entlastungs- und Anti-Teuerungsmaßnahmen von Bund und Bundesländern nach Zielgruppen

	2022	2023	2024	2025	2026	2022/ 2026
	Mio. €					
Insgesamt	8.222	9.423	6.409	7.787	9.446	41.287
Bund	7.629	9.381	6.409	7.787	9.446	40.652
Private Haushalte insgesamt	5.804	7.191	5.964	7.210	8.854	35.023
Kurzfristige Maßnahmen	5.804	5.290	1.241	174	10	12.519
Einmalzahlungen Entlastungspaket I	227	227
Einmalzahlungen Entlastungspaket III	205	205
Einmalzahlungen für Pensionist/inn/en und Ausgleichszulagenbezieher/innen	.	440	.	.	.	440
Einmaliger negativsteuerfähiger Teuerungsabsetzbetrag	.	1.000	.	.	.	60
Wohnschirm	5	15	15	15	10	1.000
Energiekostenausgleich	628	628
Aussetzung von Erneuerbaren-Förderpauschale und -Förderbeitrag ¹⁾)	400	400
Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen	15	15
Senkung der Elektrizitäts- und Erdgasabgabe ²⁾	274	229	- 103	.	.	400
Preissenkungen und Angebotserweiterungen im öffentlichen Verkehr	150	153	156	159	.	618
Erhöhung von Pendlerpauschale, -euro, -absetzbetrag	120	220	80	.	.	420
Erhöhung des Klima- und Anti-Teuerungsbonus	2.800	2.800
Einmalzahlung Familienbeihilfe	330	330
Vorziehen des Familienbonus Plus und des Kindermehrbetrags	100	200	.	.	.	300
Verschiebung Einführung CO ₂ -Bepreisung von Juli auf Oktober 2022	250	250
Steuer- und abgabenfreie Teuerungsprämie für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	300	300	.	.	.	600
Stromkostenzuschuss	.	2.733	1.093	.	.	3.826
Strukturelle, dauerhafte Maßnahmen	.	1.900	4.723	7.036	8.844	22.504
Abschaffung der kalten Progression ³⁾	.	1.480	3.850	5.900	7.500	18.730
Indexierung von Sozialleistungen	.	363	815	1.079	1.287	3.544
Familienleistungen ⁴⁾	.	253	574	769	931	2.528
Valorisierung Kinderabsetzbetrag	.	80	170	230	270	750
Kranken-, Reha-, Wiedereingliederungs- und Umschulungsgeld	.	22	36	26	18	101
Studienbeihilfe	.	7	35	54	68	165
Erhöhung Kindermehrbetrag	.	50	50	50	50	200
Steuerfreiheit E-Mobilität für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	.	8	8	8	8	30
Unternehmen sowie Land- und Forstwirtschaft insgesamt	1.825	2.190	445	577	592	5.629
Unternehmen insgesamt	1.715	2.033	432	567	582	5.329
Kurzfristige Maßnahmen	1.715	1.550	- 67	55	55	3.308
Aussetzung von Erneuerbaren-Förderpauschale und -Förderbeitrag ¹⁾)	500	500
Senkung der Elektrizitäts- und Erdgasabgabe ⁶⁾	325	272	- 122	.	.	475
Investitionsoffensive Energieunabhängigkeit	30	55	55	55	55	250
Unterstützung zum raschen Umstieg auf alternative dekarbonisierte Antriebsformen	60	60	.	.	.	120
Herabsetzung der Vorauszahlungen bei Einkommen- und Körperschaftsteuer	350	350
Strompreiskompensation	.	233	.	.	.	233
Energiekostenzuschuss	450	850	.	.	.	1.300
Einmalige Krankenversicherungsbeitragsgutschrift	.	80	.	.	.	80
Strukturelle, dauerhafte Maßnahmen	.	483	499	512	527	2.021
Senkung des FLAF-Beitrags	.	353	369	382	397	1.501
Senkung des Unfallversicherungsbeitragssatzes	.	130	130	130	130	520
Land- und Forstwirtschaft insgesamt	110	157	13	10	10	300
Kurzfristige Maßnahmen	110	147	3	0	0	260
Agrardiesel Kostenausgleich	.	27	3	.	.	30
Versorgungssicherungsbeitrag für die Landwirtschaft	110	110
Stromkostenzuschuss für die Land- und Forstwirtschaft	.	120	.	.	.	120
Strukturelle, dauerhafte Maßnahmen	0	10	10	10	10	40
Anhebung Pauschalierungsgrenzen der Land- und Forstwirtschaft	.	10	10	10	10	40
Bundesländer	593	42	.	.	.	635

Q: Bundesministerium für Finanzen, Budgetdienst, Bundeskanzleramt, Büro des Fiskalrats, WIFO-Recherche und -Zusammenstellung. – ¹⁾ Nicht im Bundesvoranschlag und Bundesfinanzrahmen abgebildet, da außerbudgetär. – ²⁾ Anteil der privaten Haushalte. – ³⁾ Zahlungswirksamkeit des vollen Progressionsausgleichs. – ⁴⁾ Familienbeihilfe, Mehrkindzuschlag, Kinderbetreuungsgeld, Familienzeitbonus. – ⁵⁾ Anteil der Unternehmen sowie Land- und Forstwirtschaft. – ⁶⁾ Ein kleinerer Teil des Entlastungsvolumens entfällt auf Unternehmen sowie Land- und Forstwirtschaft.

4. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Die rezenten wirtschafts-, gesundheits- sowie energiepolitischen Entwicklungen und die zur Abfederung ihrer negativen ökonomischen und sozialen Folgen ergriffenen Maßnahmen schränken die Budgetspielräume auch in den kommenden Jahren spürbar ein. Zudem ist mit der Normalisierung des Zinsniveaus auch mit einem mittelfristigen Anstieg der Zinsausgaben für die Staatsschuld zu rechnen. Aus budgetärer Sicht sind daher etwaige weitere Unterstützungsmaßnahmen für private Haushalte und Unternehmen deutlich treffsicherer und damit "budgetschonender" zu gestalten als die bisherigen Hilfsmaßnahmen. Gleichzeitig sind energische Schritte zur Forcierung der überfälligen Strukturreformen im öffentlichen Sektor erforderlich. Dazu zählen eine Föderalismusreform, eine Reform des Fördersystems, ein Abbau ineffizienter Strukturen im Bildungs- und Gesundheitssystem sowie Reformschritte im Pensionssystem (weitere Anhebung des effektiven Pensionsantrittsalters, Verzicht auf außertourliche Pensionserhö-

hungen). Viele dieser Reformen wären im Rahmen der bevorstehenden Finanzausgleichsverhandlungen anzugehen. Dies ist eine zentrale Voraussetzung dafür, um neben effizienteren Strukturen die nötigen Mittel im Bereich Sicherheit und in anderen strategisch wichtigen Zukunftsfeldern sicherzustellen (Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel, Kinderbetreuung, Bildung sowie Aus- und Weiterbildung – insbesondere im Bereich digitale und "grüne" Kompetenzen, Integration von Zugewanderten, Entwicklungszusammenarbeit). Nicht zuletzt sind zur Erreichung der Klimaziele weitere Schritte zur Ökologisierung des Abgabensystems, einschließlich des Abbaus ökologisch schädlicher Steuerausnahmen (z. B. des Dieselpriwilegs oder der Dienstwagenbesteuerung) erforderlich. Die Stärkung umweltbezogener Abgaben erhöht nicht nur die Anreize für private "grüne" Investitionen, sondern auch den budgetären Spielraum für eine weitere Senkung der nach wie vor hohen Abgaben auf Arbeit.

5. Literaturhinweise

- Austrian Development Agency (2022). *Öffentliche Entwicklungshilfeleistungen*. <https://www.entwicklung.at/ada/oeffentliche-entwicklungshilfeleistungen>.
- Baumgartner, J., Kaniowski, S., & Loretz, S. (2022). Energiepreisschock trübt auch mittelfristig die Wirtschaftsaussichten. *Mittelfristige Prognose 2023 bis 2027*. *WIFO-Monatsberichte*, 95(10), 643-661. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/69919>.
- Böheim, M., Huemer, U., Kettner, C., Kletzan-Slamanig, D., & Schratzenstaller, M. (2022). Unterstützungsmaßnahmen für Unternehmen zur Abfederung hoher Energiekosten. *WIFO Research Briefs*, (24). <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/69820>.
- Bundesministerium für Finanzen (2022a). *Budgetbericht 2023*.
- Bundesministerium für Finanzen (2022b). *Strategiebericht 2023-2026*.
- Bundesministerium für Finanzen (2022c). *Stabilitätsprogramm. Fortschreibung für die Jahre 2021 bis 2025*.
- Bundesministerium für Finanzen (2022d). *Klima und Umweltschutz. Übersicht gemäß § 42 Abs. 4 BHG 2013*.
- Kettner, C., Loretz, S., & Schratzenstaller, M. (2021). *Steuerreform 2022/2024 – Maßnahmenüberblick und erste Einschätzung*. *WIFO-Monatsberichte*, 94(11), 815-827. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/69182>.
- Köppl, A., Schleicher, S., & Schratzenstaller, M. (o. J.). *Klima- und umweltrelevante Ausgaben in Österreich*. *WIFO Working Paper* (mimeo).
- Statistik Austria (2022). *Einnahmen und Ausgaben des Staates. Quartalsdaten*. <https://statistik.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/einnahmen-und-ausgaben-des-staates> (abgerufen am 15. 11. 2022).

Die WIFO Research Briefs präsentieren kurze wirtschaftspolitische Diskussionsbeiträge sowie kurze Zusammenfassungen von Forschungsarbeiten des WIFO. Sie werden unter Einhaltung der Richtlinien der Österreichischen Agentur für wissenschaftliche Integrität (ÖAWI) zur Guten Wissenschaftlichen Praxis und der wissenschaftlichen Politikberatung verfasst und dienen der Erhöhung der nationalen und internationalen Sichtbarkeit der WIFO-Forschungsergebnisse.

26/2022 [Tourismusanalyse: Sommernachfrage 2022 beinahe auf Vorkrisenniveau, gute Buchungslage zu Winterbeginn](#)

Oliver Fritz, Anna Burton

Erstmals seit Ausbruch der COVID-19-Pandemie konnten touristische Aktivitäten in der Sommersaison 2022 wieder uneingeschränkt stattfinden, sodass die Nachfrage im Vergleich zum Vorjahr deutlich anstieg (Ankünfte +27,3%, Nächtigungen +17,2%). Mit 24 Mio. Ankünften und rund 78 Mio. Übernachtungen wurde schon fast wieder das Vorkrisenniveau des Sommers 2019 erreicht (Ankünfte –6,2%, Nächtigungen –1,4%). Die Aussichten für den Winter 2022/23 sind mit Teuerungswelle und Energieunsicherheiten wesentlich volatiler, jedoch vorsichtig optimistisch – eine gute Buchungslage zu Winterbeginn dürfte den Nächtigungsrückstand zur Saison 2018/19 auf schätzungsweise 5% reduzieren.

Dezember 2022 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/70470>

Frühere Ausgaben**25/2022 [WIFO-Inflationsprognose 2022/2024 vom Dezember 2022](#)**

Josef Baumgartner

Dezember 2022 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/70456>

24/2022 [Unterstützungsmaßnahmen für Unternehmen zur Abfederung hoher Energiekosten](#)

Michael Böheim, Ulrike Huemer, Claudia Kettner, Daniela Kletzan-Slamanig, Margit Schratzenstaller

Oktober 2022 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/69820>

23/2022 [Wie viel wird in Wissenskapital von österreichischen Unternehmen investiert? Evidenz von Mikrodaten](#)

Klaus Friesenbichler, Agnes Kügler (WIFO), Julia Schieber-Knöbl (STAT)

Oktober 2022 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/69814>

22/2022 [Tourismusanalyse: Erholung seit Jahresbeginn, aber ungünstige Vorzeichen für den Winter](#)

Oliver Fritz, Anna Burton

September 2022 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/69787>

21/2022 [Unternehmensproduktivität über Sektoren in Österreich. Erste Evidenz von Mikrodaten](#)

Klaus Friesenbichler, Agnes Kügler (WIFO), Julia Schieber-Knöbl (STAT)

September 2022 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/69784>

20/2022 [Besteuerung von Zufallsgewinnen. Konzeptionelle Überlegungen und Herausforderungen, europäische Initiativen und Implikationen für Österreich](#)

Michael Böheim, Michael Peneder, Margit Schratzenstaller

September 2022 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/69780>

19/2022 [Ordnungspolitische Leitlinien für ein Elektrizitätsgrundkontingent zum Fixpreis. Antworten auf 15 Fragen zum WIFO-Modell](#)

Gabriel Felbermayr, Michael Böheim, Claudia Kettner

August 2022 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/69763>

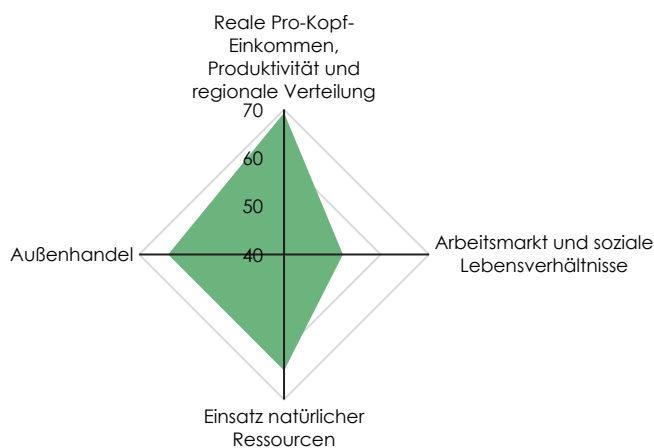
Kostenloser Download: https://www.wifo.ac.at/publikationen/wifo_research_briefs

Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft 2022

Michael Peneder, Benjamin Bittschi, Angela Köppl, Peter Mayerhofer, Thomas Url

- Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit gibt es erstmals auch auf der WIFO-Website als interaktive grafische Anwendung mit der Möglichkeit zur individuellen Auswahl z. B. der Zeiträume oder der Vergleichsländer.
- Im Schatten der COVID-19-Krise fiel Österreich im Durchschnitt über alle Indikatoren um 4,3 Prozentpunkte auf einen Prozentrang von 61,6 zurück.
- Mit mittleren Prozenträngen von 52,2 bzw. 64,0 liegt Österreich in den Dimensionen "Arbeitsmarkt und soziale Lebensverhältnisse" sowie "Einsatz natürlicher Ressourcen" nur im europäischen Mittelfeld.
- Auch im Außenhandel zählt Österreich mit einem mittleren Prozentrang von 64,0 nicht zum oberen Drittel. Noch am besten schneidet es bei den Pro-Kopf-Einkommen und deren regionaler Verteilung ab (Prozentrang 69,3).
- Das diesjährige Schwerpunktthema beleuchtet Unterschiede in der ökonomischen Dimension der Wettbewerbsfähigkeit auf regionaler Ebene.

Österreichs Position in vier Dimensionen der Wettbewerbsfähigkeit



"Mit einem mittleren Prozentrang von 61,6 fiel Österreich weiter hinter das obere Drittel der europäischen Vergleichsländer zurück."

Der Prozentrang gibt für jede Kennzahl den Anteil aller Länder mit gleichen oder ungünstigeren Werten als Österreich an der Grundgesamtheit der rund 30 europäischen Vergleichsländer an. Nur im Bereich Realeinkommen, Produktivität und regionale Verteilung gehört Österreich zum oberen Drittel (Q: WIFO).

Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft 2022

Michael Peneder, Benjamin Bittschi, Angela Köppl, Peter Mayerhofer, Thomas Url

Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft 2022

Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit erfasst die Leistungsfähigkeit des Standortes Österreich unter Berücksichtigung wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Zielgrößen. Im Durchschnitt über 24 Indikatoren liegt Österreich knapp hinter dem oberen Drittel der europäischen Vergleichsländer und ist zuletzt weiter zurückgefallen. Mitverantwortlich waren u. a. Positionsverluste in den Bereichen Multifaktorproduktivität, Beschäftigung und Einkommensverteilung. Bei der regionalen Kohäsion erzielt Österreich weiterhin sehr hohe Werte. In anderen Bereichen, z. B. bei der Energieabhängigkeit oder den Umweltpatenten, konnte es sich relativ zu den anderen Ländern verbessern.

JEL-Codes: E22, E23, E24, O52 • **Keywords:** Wettbewerbsfähigkeit, Standortqualität, Produktivität, soziale Lebensverhältnisse, Ressourceneffizienz

Der vorliegende Beitrag beruht auf der forschungsbereichsübergreifenden Zusammenarbeit im Rahmen der WIFO-Themenplattform "Wettbewerbsfähigkeit": https://www.wifo.ac.at/themen/wettbewerbsfaehigkeit/themenplattform_wettbewerbsfaehigkeit.

Begutachtung: Stefan Ederer • **Wissenschaftliche Assistenz:** Anna Albert (anna.albert@wifo.ac.at), Ursula Glauninger (ursula.glauninger@wifo.ac.at), Susanne Markytan (susanne.markytan@wifo.ac.at), Maria Riegler (maria.riegler@wifo.ac.at), Tim Slickers (tim.slickers@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 25. 11. 2022

Kontakt: Michael Peneder (michael.peneder@wifo.ac.at), Benjamin Bittschi (benjamin.bittschi@wifo.ac.at), Angela Köppl (angela.koeppl@wifo.ac.at), Peter Mayerhofer (peter.mayerhofer@wifo.ac.at), Thomas Url (thomas.url@wifo.ac.at)

The WIFO Radar of Competitiveness for the Austrian Economy 2022

The WIFO radar of competitiveness measures the performance of Austria using 24 selected indicators related to economic, social and ecological goals: on average across 24 indicators, Austria is just behind the top third of European countries and has recently fallen further behind. This was partly due to a drop in the rankings for multifactor productivity and the indicators for employment and income distribution. Austria continues to achieve very high scores in regional cohesion. In other areas, such as energy dependency and environmental patents, it has improved relative to the other countries.

1. Einleitung

Unter Wettbewerbsfähigkeit versteht das WIFO die Fähigkeit einer Volkswirtschaft, nachhaltig hohe Realeinkommen zu gewährleisten und die sozialen und ökologischen Lebensverhältnisse fortlaufend zu verbessern.

Das "WIFO-Radar" der Wettbewerbsfähigkeit bietet ein regelmäßiges Monitoring der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft (Peneder et al., 2020). Es beruht auf einer Auswahl volkswirtschaftlicher Kennzahlen, die vier unterschiedliche Dimensionen der Wettbewerbsfähigkeit abbilden: Erstens die realen Einkommen, die Produktivität und die regionale Verteilung, zweitens den Arbeitsmarkt und die sozialen Lebensverhältnisse, drittens den Einsatz natürlicher Ressourcen und viertens den Außenhandel (siehe Kasten "Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit").

Die Definitionen der Indikatoren, die Datenquellen, die Anzahl der Vergleichsländer und das letztverfügbare Jahr der jeweiligen Datenreihe werden in Übersicht 1 zusammen-

gefasst. Die Ergebnisse zu den Hauptindikatoren werden in Abbildung 1 dargestellt, jene zu spezifischen Teilaspekten in Abbildung 2. In der Mehrzahl der Indikatoren beziehen sich die aktuellsten Daten auf die Jahre 2020 oder 2021 und spiegeln demnach häufig die Auswirkungen der COVID-19-Krise. Veränderungen gegenüber den Vorperioden müssen daher entsprechend vorsichtig interpretiert werden. Für ein umfassenderes Bild bietet die Website der WIFO-Themenplattform "Wettbewerbsfähigkeit" erstmals die Möglichkeit zur interaktiven Nutzung des WIFO-Radars: Interessierte können dabei online und entsprechend der jeweiligen Fragestellung gezielt Abfragen vornehmen und z. B. die Zeiträume oder die Auswahl der Vergleichsländer anpassen¹⁾.

¹⁾ Siehe https://www.wifo.ac.at/themen/wettbewerbsfaehigkeit/themenplattform_wettbewerbsfaehigkeit.

Übersicht 1: Ausgewählte Kennzahlen der Wettbewerbsfähigkeit

	Definition	Quelle	Letztverfügbares Jahr ¹	Zahl der Länder ¹⁾
Hauptindikatoren				
Wirtschaftsleistung	BIP real pro Kopf, in € zu Preisen von 2015	WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond	2021	31
Arbeitsproduktivität	BIP je Arbeitsstunde, nominell, EU 27 = 100 ²⁾	Eurostat	2021	30
Multifaktorproduktivität	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten, Zweijahresdurchschnitt	TED – Total Economy Database, Conference Board	2021	31
Energieintensität	Endenergieeinsatz je Einheit des BIP, PJ je Mrd. €, zu Preisen von 2015	IEA World Energy Balances; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond	2020	31
CO ₂ -Intensität	CO ₂ -Emissionen je Einheit des BIP, kt je Mrd. €, zu Preisen von 2015	UNFCCC GHG Data Interface; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond	2020	31
Anteil erneuerbarer Energieträger	Anteil erneuerbarer Energieträger am energetischen Endverbrauch in % ³⁾	Eurostat	2020	30
Armutsgefährdungsquote	Anteil der Personen mit höchstens 60% des medianen Äquivalenzeinkommens in %, nach Sozialleistungen ⁴⁾	Eurostat	2021	29
Arbeitslosenquote	Anteil der Arbeitslosen an den 15- bis 64-jährigen Erwerbspersonen in % ⁵⁾	Eurostat	2021	30
Beschäftigungsquote	Anteil der Beschäftigten an allen 15- bis 64-Jährigen ⁵⁾	Eurostat	2021	30
Einkommensverteilung	Quotient der verfügbaren Einkommen der 20% der Bevölkerung mit dem höchsten zu den 20% mit dem niedrigsten verfügbaren Einkommen ⁶⁾	Eurostat	2021	29
Regionale Kohäsion	Variationskoeffizient des Bruttoregionalproduktes pro Kopf zu Kaufkraftparitäten nach NUTS-3-Regionen ⁷⁾	ARDECO – Annual Regional Database of the European Commission	2019	25
Leistungsbilanzsaldo	Leistungsbilanzsaldo in % des BIP ⁸⁾	Eurostat	2021	30
Ergänzende Indikatoren				
Pro-Kopf-Einkommen (kaufkraftbereinigt)	BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten, zu Preisen von 2021	Conference Board, TED – Total Economy Database	2021	31
BIP pro Kopf Metropolregionen	Bruttoregionalprodukt pro Kopf zu Kaufkraftparitäten für die Metropolregionen der EU ⁷⁾	ARDECO – Annual Regional Database of the European Commission	2019	25
BIP pro Kopf Nicht-Metropolregionen	Bruttoregionalprodukt pro Kopf zu Kaufkraftparitäten für die Nicht-Metropolregionen der EU ⁷⁾	ARDECO – Annual Regional Database of the European Commission	2019	25
Beschäftigungsquote in Vollzeitäquivalenten	Anteil der Beschäftigten in Vollzeitäquivalenten an allen 15- bis 64-Jährigen in % ⁵⁾	Eurostat, Labour Force Survey, Sonderauswertung	2021	30
Gender-Gap Beschäftigung	Differenz der Beschäftigungsquote zwischen Männern und Frauen (25- bis 44-Jährige, Vollzeitäquivalente) in Prozentpunkten ⁵⁾	Eurostat, Labour Force Survey, Sonderauswertung	2021	30
NEET-Quote	Anteil der nicht Erwerbstätigen, die an keiner Aus- oder Weiterbildung teilnehmen, an allen 18- bis 24-Jährigen in % ⁹⁾	Eurostat	2021	30
Weiterbildung	Anteil der Personen, die an einer Aus- oder Weiterbildung teilnehmen, an allen 25- bis 64-Jährigen in % ⁵⁾	Eurostat	2021	30
Energieabhängigkeit	Anteil der Nettoenergieimporte am Bruttoinlandsverbrauch an Energie in % ⁹⁾	Eurostat; IEA	2020	30
Modal Split Gütertransport	Verhältnis des Gütertransportes mit der Bahn in t-km zu jenem auf der Straße ¹⁰⁾	Eurostat	2020	30
Umweltpatente	Anteil umwelt- und klimarelevanter Patentanträge an allen Patentanträgen beim European Patent Office (EPO; Durchschnitt der letzten 3 Jahre) in %	Patstat, OECD-Definition	2019	31
Marktanteil Warenexport	Marktanteil am weltweiten Warenexport in %	WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond	2021	31
Marktanteil Tourismusexport	Marktanteil am weltweiten Export von Reiseverkehrsdienstleistungen (ohne Personentransporte) in %	Macrobond, WIFO-Berechnungen	2021	31

Q: WIFO-Darstellung. – ¹⁾ EU 27, Schweiz, Island, Norwegen, Vereinigtes Königreich. – ²⁾ Ohne Vereinigtes Königreich; Belgien, Schweiz: aktuellster Wert 2020. – ³⁾ Ohne Schweiz; Vereinigtes Königreich: aktuellster Wert 2020. – ⁴⁾ Ohne Island, Vereinigtes Königreich; Norwegen, Schweiz: aktuellster Wert 2020. – ⁵⁾ Ohne Vereinigtes Königreich. – ⁶⁾ Ohne Island, Vereinigtes Königreich; Slowakei, Norwegen, Schweiz: aktuellster Wert 2020. – ⁷⁾ Ohne Zypern, Malta, Luxemburg, Island, Vereinigtes Königreich. – ⁸⁾ Ohne Vereinigtes Königreich; Schweiz: aktuellster Wert 2020. – ⁹⁾ Ohne Norwegen. – ¹⁰⁾ Ohne Island.

Das diesjährige Schwerpunktthema widmet sich Unterschieden in den ökonomischen Kernindikatoren der Wettbewerbsfähigkeit zwischen den österreichischen Regionen.

Weiterführende aktuelle Analysen des WIFO zu ausgewählten Aspekten der Wettbewerbsfähigkeit finden sich in der Publikationsliste der Themenplattform²⁾.

Der Prozentrang ist der Anteil aller Länder mit gleichen oder ungünstigeren Werten als Österreich.

²⁾ Rezente Arbeiten sind etwa Bärenthaler-Sieber et al. (2022), Bittschi und Meyer (2022), Christen et al. (2022), Fritz et al. (2022), Glauninger et al. (2022), Huemer

(2022), Kettner et al. (2022), Peneder und Charos (2022), Pitlik und Schratzenstaller (2022) sowie Rein- staller et al. (2022).

Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit

Das WIFO-Radar bietet eine kurz gefasste Einordnung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft im Vergleich mit rund 30 europäischen Ländern, über vier Zeitperioden und für 24 Leistungsindikatoren. Um die in unterschiedlichen Einheiten gemessenen Indikatoren vergleichbar zu machen, wird für jede Kennzahl nur die relative Position Österreichs ausgewiesen und auf einen **Prozentrang** normiert¹⁾. Diese Werte sind, anders als einfache Rangzahlen, auch dann vergleichbar, wenn nicht für alle Indikatoren Beobachtungen für die gleiche Zahl an Vergleichsländern zur Verfügung stehen. Zusätzlich benennt der Prozentrang unmittelbar die relative Lage in einer Verteilung und erlaubt die einfache Bildung von Mittelwerten zur Aggregation der Ergebnisse.

Der Prozentrang gibt für jede Kennzahl den Anteil der Länder mit gleichen oder ungünstigeren Werten als Österreich an der Grundgesamtheit der Vergleichsländer an. Alle Indikatoren werden dafür so definiert, dass die in der Betrachtung der Wettbewerbsfähigkeit günstigsten Werte auf dem Strahl außen liegen und einem Prozentrang von 100 entsprechen. Je niedriger Österreichs Prozentrang, desto ungünstiger ist die relative Platzierung. So bedeutet z. B. ein Prozentrang von 60, dass 60% aller Länder in der Vergleichsgruppe gleich gut oder schlechter und 40% besser abschneiden als Österreich. Zusätzlich zu diesem Vergleich über die Länder für das jeweils letztverfügbare Jahr t bildet das WIFO-Radar auch die relative Lage Österreichs zu den Zeitpunkten $t-1$, $t-3$ und $t-10$ ab. Dies ermöglicht einen kurz-, mittel- und langfristigen Vergleich.

1) Die Abbildungen 1 und 2 zeigen die Prozentränge für 24 Kennzahlen, während in der Dimension Außenhandel ein weiterer Indikator (bzw. eine Gruppe verwandter Kennzahlen) aufgrund der spezifischen Messmethode getrennt dargestellt wird.

2. Indikatoren und Ergebnisse

2.1 Reale Einkommen, Produktivität und regionale Verteilung

Als gesamtwirtschaftlicher Indikator der **Wirtschaftsleistung** eines Landes misst das reale BIP pro Kopf den materiellen Wohlstand einer Gesellschaft. Im letztverfügbaren Jahr 2021 war das reale BIP pro Kopf in 67,7% der 31 Vergleichsländer gleich hoch oder niedriger als in Österreich (Abbildung 1). Österreich befand sich somit noch im oberen Drittel der Verteilung, büßte jedoch gegenüber dem Vorjahr 3,3 Prozentpunkte und im Zehnjahresvergleich 6,5 Prozentpunkte ein.

Bemisst man das BIP pro Kopf in einheitlichen Kaufkraftstandards, so erhält man einen Indikator der durchschnittlichen Kaufkraft im Sinne der realen **Pro-Kopf-Einkommen**. Österreich erzielte einen Prozentrang von 74,2 und zählte somit auch hier zum oberen Drittel der 31 europäischen Vergleichsländer (Abbildung 2). Wie beim realen BIP pro Kopf ist Österreichs Position über die Zeit relativ stabil, wobei sie sich zuletzt um einen Rang auf Rang 9 verbesserte.

Das nominelle BIP je Arbeitsstunde ist ein Maß der **Arbeitsproduktivität**. In diesem Indikator fiel Österreich im Jahr 2021 um zwei Ränge zurück. Angesichts eines Prozentrangs von 63,3 erzielten mehr als ein Drittel (36,7%) der Vergleichsländer ein höheres Arbeitsproduktivitätswachstum als Österreich.

Noch schwächer entwickelte sich die **Multi-faktorproduktivität**. Sie drückt die technische Effizienz von Volkswirtschaften aus und ergibt

sich als Restgröße, nachdem der Beitrag aller Inputfaktoren von der realen Wertschöpfung abgezogen wurde³⁾. Diese Kennzahl ist über die Zeit sehr volatil und wird im Nachhinein oft deutlich revidiert. In der COVID-19-Krise führten Produktionsbeschränkungen und der Rückgang der Nachfrage in fast allen europäischen Ländern zu einer Abnahme der Multifaktorproduktivität. Im Jahr 2020 konnte sich Österreich mit einem Prozentrang von 51,6 noch im europäischen Mittelfeld halten. 2021 fiel es jedoch trotz eines schwach positiven Wachstums vom 16. auf den 27. Rang unter 31 Ländern zurück (Prozentrang 16,1). In Bezug auf diese Kennzahl überwindet Österreich die wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Krise offenbar langsamer als andere europäische Länder.

Die regionale Streuung der kaufkraftbereinigten Pro-Kopf-Einkommen innerhalb der Länder dient als Indikator für die **regionale Kohäsion** (Abbildung 1). Hier lag Österreich 2019 (letzter verfügbare Daten) mit einem Prozentrang von 84,0 kurzfristig unverändert im obersten Fünftel einer von Finnland und Schweden angeführten Reihung⁴⁾. Positionsgewinne gegenüber der Situation vor 3 bzw. 10 Jahren (Prozentrang von 80,0 bzw. 72,0) lassen darauf schließen, dass der regionale Ausgleich in Österreich mittelfristig besser gelungen ist als im europäischen Durchschnitt. Das Schwerpunktthema (Kapitel 3) geht darauf näher ein.

Wie bereits ein grober Vergleich der **Pro-Kopf-Einkommen** zwischen **Metropolregionen** und **Nicht-Metropolregionen**⁵⁾ zeigt, ist

In Bezug auf die Multifaktorproduktivität überwindet Österreich die COVID-19-Krise langsamer als andere europäische Länder.

³⁾ Zur Messung der Multifaktorproduktivität anhand österreichischer Unternehmensdaten siehe z. B. Peneder und Prettnner (2021).

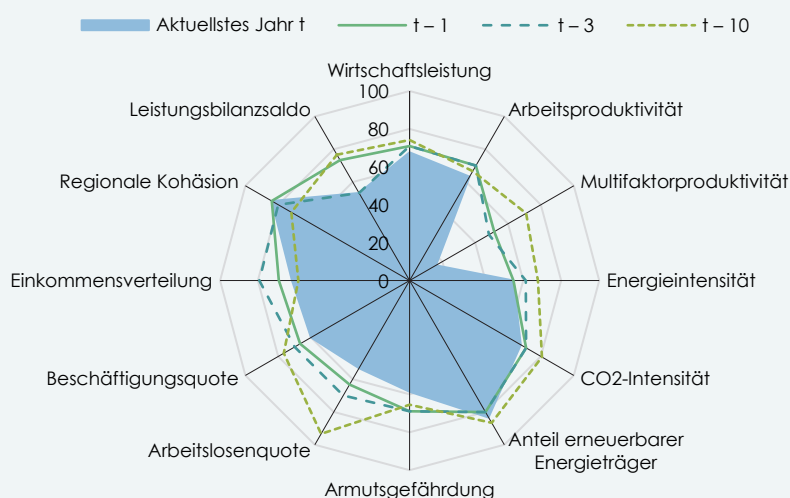
⁴⁾ Nach dem Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus der EU beruht die Analyse auf Daten zu 1.188 NUTS-3-Regionen in 25 Ländern. In Österreich werden 35 NUTS-3-Regionen unterschieden.

⁵⁾ Als Metropolregionen definiert Eurostat (2019) alle Stadtregionen in funktionaler Abgrenzung mit einer Bevölkerungszahl von mehr als 250.000 im Agglomerationsraum. In den betrachteten europäischen

der Konvergenzprozess in Österreich der günstigeren Entwicklung in den Nicht-Metropolregionen geschuldet (Abbildung 2). Während sich das kaufkraftbereinigte Brutto regionalprodukt (BRP) pro Kopf in den heimischen Metropolregionen mittelfristig schwächer entwickelte als in den urbanen Räumen der Vergleichsländer (Prozentrang 2019: 84,0, 2009: 88,0), verbesserte sich die

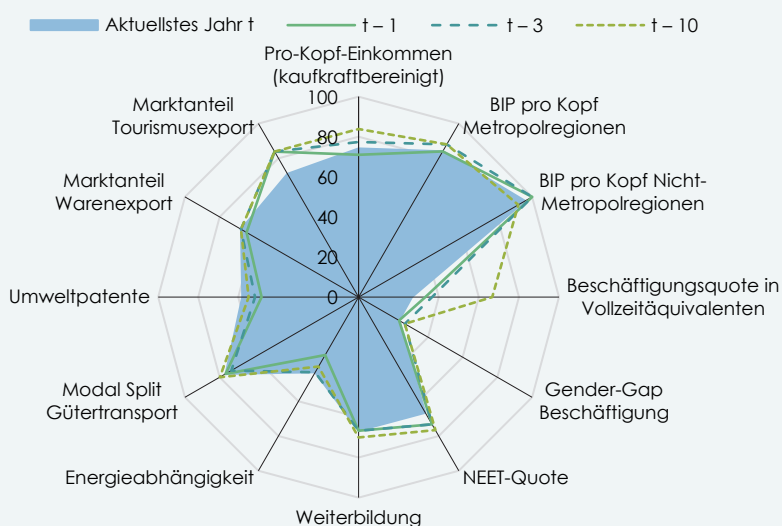
Position der österreichischen Nicht-Metropolregionen spürbar (2019: 96,0, gegenüber 92,0 im Jahr 2009). 2019 war das BRP pro Kopf nur in den irischen Nicht-Metropolregionen höher als hierzulande; mit Blick auf die Metropolregionen lagen neben Irland auch Norwegen, Belgien und die Niederlande vor Österreich.

Abbildung 1: Österreichs Wettbewerbsfähigkeit im europäischen Vergleich – Prozentrang der Hauptindikatoren



Q: WIFO. Zur Definition der Indikatoren siehe Übersicht 1. Alle Indikatoren wurden so gereiht, dass ein höherer Prozentrang einer höheren Wettbewerbsfähigkeit entspricht.

Abbildung 2: Österreichs Wettbewerbsfähigkeit im europäischen Vergleich – Prozentrang der ergänzenden Indikatoren



Q: WIFO. Zur Definition der Indikatoren siehe Übersicht 1. Alle Indikatoren wurden so gereiht, dass ein höherer Prozentrang einer höheren Wettbewerbsfähigkeit entspricht.

Ländern finden sich nach dieser Definition 254 Metropolregionen, darunter die 5 österreichischen Stadtregionen Wien, Graz, Linz, Salzburg und Innsbruck. Die Nicht-Metropolregionen umfassen alle anderen

Regionen, also sowohl industriell geprägte Regionen außerhalb der Agglomerationsräume als auch den ländlichen Raum.

2.2 Arbeitsmarkt und soziale Lebensverhältnisse

Der Einsatz des Faktors Arbeit und das Arbeitsvolumen bestimmen mit dem Kapitaleinsatz und der Produktivität die Höhe der Pro-Kopf-Einkommen. Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist in einer Wettbewerbsbetrachtung von Bedeutung, da sie über die Ausschöpfung der verfügbaren Ressourcen an Arbeitskräften in einer Volkswirtschaft Auskunft gibt. Zudem geben Kennzahlen der Erwerbsbeteiligung Aufschluss über die gesellschaftliche Teilhabe und die Verbreitung sozialer Risiken. Bei der **Arbeitslosenquote**⁶⁾ und der **Beschäftigungsquote** liegt Österreich mit Prozenträngen von 53,3 bzw. 60,0 (2021) nur im europäischen Durchschnitt und deutlich hinter dem Spitzenfeld. Im Fall der Arbeitslosenquote (2021: 6,3%) liegt Österreich einerseits hinter vielen mittel- und osteuropäischen Ländern, in denen sie wesentlich niedriger ist – auch aufgrund einer raschen Alterung der Erwerbsbevölkerung und der Abwanderung von Arbeitskräften. Andererseits verzeichneten 2021 auch westeuropäische Länder, wie z. B. Dänemark oder die Schweiz, die in den Jahren davor ähnliche Arbeitslosenquoten wie Österreich ausgewiesen hatten, niedrigere Werte. Die Beschäftigungsquote stagnierte in Österreich im Jahr 2021 auf dem Niveau des Vorjahres (72,4%). Wenn das Ausmaß der Erwerbsbeteiligung den Präferenzen der Beschäftigten entspricht, lassen sich aus höheren Beschäftigungsquoten nicht automatisch wohlfahrtsökonomische Verbesserungen ableiten. Allerdings besteht, wie auch die weiteren Indikatoren zeigen, ein Zusammenhang zwischen Beschäftigung, gesellschaftlicher Teilhabe und Armutsgefährdung. Insofern erleichtert eine hohe Beschäftigungsquote Verbesserungen bei anderen Sozialindikatoren. Im europäischen Vergleich erreichte Österreich 2021 bei der Arbeitslosenquote nur noch den 15. Rang und bei der Beschäftigungsquote den 13. Rang. Dies impliziert in beiden Fällen eine erneute leichte Verschlechterung gegenüber dem Vorjahr. Im langfristigen Vergleich ist Österreich deutlich zurückgefallen (2011: Rang 3 bzw. Rang 8). Trotz eines starken Wirtschaftswachstums nach der COVID-19-Krise gelang Österreich bei diesen Indikatoren somit keine Trendumkehr wie in anderen europäischen Ländern.

Neben der Beschäftigungs- und der Arbeitslosenquote geben weitere Indikatoren Auskunft über das Ausmaß und die Verteilung der Erwerbsbeteiligung. Gemessen an der **Beschäftigungsquote in Vollzeitäquivalenten**⁷⁾ liegt Österreich mit einem Prozentrang von 26,7 (2021) nur an 23. Stelle von 30 Vergleichsländern. Dieses schwache

Abschneiden ist durch die hohe Teilzeitquote in Österreich zu erklären. In den letzten 10 Jahren ergab sich bei diesem Indikator ein erheblicher Positionsverlust (vom 11. auf den 23. Rang). Österreichs Beschäftigungsquote in Vollzeitäquivalenten stagniert seit über 20 Jahren (2000 bzw. 2021: 62,6%), während die Vollzeitbeschäftigung in den meisten anderen europäischen Ländern stetig zugenommen hat. Zwar stagnierten die Quoten auch in einigen skandinavischen Ländern (Dänemark, Island, Norwegen) langfristig, allerdings auf deutlich höherem Niveau als in Österreich. Andere europäische Länder mit ebenfalls niedrigen Quoten, die diese in den letzten 20 Jahren nicht wesentlich steigern konnten, sind lediglich Belgien, Griechenland und Rumänien.

Der Indikator zum **Gender-Gap der Beschäftigungsquote** der 25- bis 44-Jährigen (in Vollzeitäquivalenten) spiegelt für Österreich einen ausgeprägten Unterschied zwischen dem Erwerbsverhalten der Männer und Frauen wider (Prozentrang 23,3). 2021 war die arbeitszeitbereinigte Beschäftigungsquote der Frauen im Haupterwerbsalter hierzulande um 20,4 Prozentpunkte niedriger als jene der Männer. Ähnlich groß waren die Unterschiede in Deutschland, den Niederlanden und der Schweiz. Deutlich geringer war der Gender-Gap dagegen in den skandinavischen Ländern, aber auch in den meisten Ländern Mittel- und Osteuropas.

Vor allem längerfristig tragen der soziale Ausgleich, der Schutz vor Armut und insbesondere die Teilhabe an Bildung zu einem leistungsfähigen Wirtschafts- und Lebensstandort bei. Allerdings verlor Österreich bei der Armutsgefährdung und der Einkommensverteilung zuletzt deutlich an Boden. Insbesondere die **Armutsgefährdungsquote**, die als relatives Armutsmaß auch mit der Ungleichheit der Einkommensverteilung zusammenhängt, war 2021 merklich höher als im Vorjahr. Mit 14,7% (nach 13,9% 2020) war sie nach einer vorübergehenden Verbesserung wieder gleich hoch wie 2010 nach der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise. Auch gemessen am Prozentrang (2021: 58,6) kam es zu einer deutlichen Verschlechterung (2011: 65,5, 2018 69,0). Im internationalen Vergleich lag Österreich 2021 auf dem 13. Rang unter 29 Vergleichsländern. Besonders niedrig ist die Armutsgefährdungsquote in einigen nördlichen Ländern (Finnland, Dänemark) und in Ostmitteleuropa (Tschechien, Slowakei, Slowenien).

Die Arbeitsmarktindikatoren zeigen in den letzten 10 Jahren eine stetige Verschlechterung der relativen Position Österreichs innerhalb Europas.

⁶⁾ Da alle Indikatoren so gereiht wurden, dass ein höherer Prozentrang einer höheren Wettbewerbsfähigkeit entspricht, bedeuten eine hohe Beschäftigungsquote und eine niedrige Arbeitslosenquote jeweils einen hohen Prozentrang.

⁷⁾ Das Vollzeitäquivalent wird von Eurostat anhand der durchschnittlichen Arbeitszeit einer vollzeitbeschäftigten Person definiert. Es ist deshalb keine fixe Größe, sondern variiert je nach Land und Zeitpunkt.

Der Indikator der **Einkommensverteilung** – als Quotient zwischen dem verfügbaren Einkommen des Quintils der Bevölkerung mit dem höchsten und jenem des Quintils mit dem niedrigsten Einkommen – ergibt für Österreich einen Prozentrang von 62,1 und den 12. Rang unter 29 Vergleichsländern. Abgesehen von kleineren Schwankungen stagnierte diese Kennzahl in den letzten 10 Jahren. Allerdings gelangen einigen Ländern bei diesem Indikator Verbesserungen, wodurch sich die Position Österreichs in den letzten Jahren kontinuierlich verschlechterte. Die immer noch vergleichsweise solide Positionierung rührt daher, dass die meisten südeuropäischen sowie die mittel- und osteuropäischen Länder schlechter platziert sind als Österreich. Häufig herangezogene Vergleichsländer ("Peers") in Skandinavien oder die Benelux-Länder liegen bei diesem Indikator dagegen sämtlich vor Österreich.

Bildungsindikatoren decken einen wichtigen Aspekt der sozialen Teilhabe ab und bestimmen maßgeblich die künftige Wettbewerbsfähigkeit. Die **NEET-Quote** ist der Anteil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen (15 bis 29 Jahre), die sich zum Erhebungszeitpunkt nicht in Ausbildung, Beschäftigung oder Schulung befanden (not in employment, education or training – NEET). Sie lag in Österreich während der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise bei über 9% und ging bis 2019 auf 8,3% zurück. Die COVID-19-Krise führte jedoch im Jahr 2020 zu einem deutlichen Anstieg auf 9,5%. 2021 verharrte die NEET-Quote auf ähnlich hohem Niveau (9,4%). Der Prozentrang (2020: 73,3, 2021: 66,7) und die Position Österreichs (2020: 9, 2021: 11) verschlechterten sich. Vielen Vergleichsländern gelang 2021 eine deutliche Senkung der NEET-Quote, wodurch insbesondere Dänemark (2020: 10,2%, 2021: 8,3%) und Finnland (2020: 10,3%, 2021: 9,3%) zuletzt bessere Werte aufwiesen als Österreich.

Während sich Bildungsdefizite jüngerer Kohorten vor allem in der Zukunft auswirken, kann die Teilnahme der erwachsenen Bevölkerung (25 bis 64 Jahre) an Bildung und **Weiterbildung** als Indikator der Qualifikation der derzeit Erwerbstätigen dienen. Die COVID-19-Krise und die damit verbundenen Lockdown-Maßnahmen führten im Jahr 2020 zu einem Rückgang der Weiterbildungsquote von 14,7% (2019) auf 11,7%. 2021 erholte sich die Quote deutlich und erreichte mit 14,6% wieder annähernd das Vorkrisenniveau. Diese Steigerung gelang neben Österreich allerdings auch vielen Vergleichsländern, wodurch sich keine Positionsverbesserung ergab. Der Prozentrang und die Position Österreichs (66,7 bzw. Rang 11) blieben 2021 gegenüber dem Vorjahr unverändert. Im langjährigen Vergleich ist die Position bei diesem Indikator ebenfalls stabil (2011: Prozentrang 70,0 bzw. Rang 10).

2.3 Einsatz natürlicher Ressourcen

Der Ukraine-Krieg zeigt, wie entscheidend eine sichere und ausreichende Energieversorgung für eine Volkswirtschaft ist. Je niedriger die **Energieintensität**, desto produktiver wird Energie eingesetzt. Neben der Wirtschaftsstruktur eines Landes beeinflussen auch die Klima- und Witterungsverhältnisse die Energieintensität. In besonders heißen Sommer steigt der Energiebedarf für Kühlung, während jener für die Wärmeerzeugung wesentlich von den Außentemperaturen im Winter abhängt. Dem Ziel einer langfristigen Reduktion der Energieintensität kam im Jahr 2020 nur eine Minderheit der Vergleichsländer näher. Nur sieben Länder konnten sie leicht verringern. In 13 Ländern blieb die Energieintensität gleich, in elf Ländern – darunter Österreich – nahm der Energieeinsatz je BIP-Einheit sogar leicht zu. Die schon länger beobachteten großen Niveauunterschiede zwischen den Ländern blieben somit auch 2020 bestehen. Am höchsten – und sogar noch höher als im Vorjahr – war die Energieintensität 2020 in Bulgarien (8,3 PJ je Mrd. € BIP). Im Vergleich dazu setzte die Schweiz nur 1,1 PJ zur Produktion einer Mrd. € BIP ein und war damit auch 2020 das europäische Land mit der geringsten Energieintensität.

Österreich konnte 2020 zwar den 15. Rang halten, langfristig verfestigt sich damit jedoch eine Position im unteren Mittelfeld der Vergleichsländer. Gemessen am Prozentrang verschlechterte sich Österreich im Zehnjahresvergleich deutlich (2010: 67,7, 2020: 54,8). Die Schweiz führt auch langfristig die Rangfolge an, vor Irland, das sich insbesondere im Zehnjahresabstand beachtlich verbesserte (von 87,1 2010 auf 96,8 2020).

Die **CO₂-Intensität**, definiert als Emissionsausstoß je BIP-Einheit, ist neben der Entwicklung der absoluten Emissionsmengen ein gesamtwirtschaftliches Produktivitätsmaß, das strukturelle Veränderungen in Hinblick auf die Bedeutung fossiler Energieträger in einer Volkswirtschaft abbildet. Der Einsatz fossiler Energieträger ist die wesentlichste Ursache von CO₂-Emissionen und damit ein entscheidender Bestimmungsfaktor der CO₂-Intensität. Eine Verringerung der CO₂-Intensität kann zum einen durch eine Reduktion des absoluten Energieverbrauchs erzielt werden und zum anderen durch eine Verschiebung im Energiemix zugunsten erneuerbarer Energieträger.

Österreich erreichte 2020 einen Prozentrang von 67,7 und verschlechterte sich damit gegenüber dem Vorjahr. Es zählt zwar nach wie vor zum oberen Drittel der Vergleichsländer, ist jedoch im Zehnjahresvergleich deutlich zurückgefallen. Hatte Österreich 2010 noch den 7. Rang unter 31 Ländern

Die Indikatoren zur **Armutgefährdung und Einkommensverteilung verschlechterten sich 2021 gegenüber dem Vorjahr. Österreich liegt hier nur noch im europäischen Mittelfeld.**

Österreich zählt gemessen am **Energieeinsatz je BIP-Einheit zur oberen Hälfte der Vergleichsländer, hat hierin jedoch längerfristig an Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt.**

eingenommen, so verlor es bis 2020 vier Ränge. Gemessen am Prozentrang emittierten 2010 noch 80,6% der Vergleichsländer mehr oder gleich viel CO₂ je Mrd. € BIP wie Österreich. Zwar sank die ausgestoßene CO₂-Menge je BIP-Einheit von 220 t (2010) auf 178 t (2020), dies ist jedoch im Wesentlichen durch die COVID-19-Pandemie erklärbar. Vor dem Hintergrund der nationalen wie europäischen Klimaziele besteht somit dringender Handlungsbedarf. Am geringsten war die CO₂-Intensität 2020 wie bereits in den Jahren zuvor in der Schweiz, vor Schweden und Irland. Auf dem letzten Rang fand sich Bulgarien, hinter Polen und Tschechien. Der Abstand zwischen dem erst- und den letztplatzierten Land blieb auch 2020 sehr groß. Die Schweiz stieß je Mrd. € BIP etwa 51,3 t CO₂ aus, Bulgarien dagegen 746,1 t (Polen 606,3 t, Tschechien 501,7 t).

Erneuerbare Energieträger kommen einerseits für die Bereitstellung von Wärme und andererseits für die Erzeugung von Elektrizität zum Einsatz. Österreichs Topografie ist für die Elektrizitätserzeugung günstig, wie sich am traditionell hohen Anteil der Wasserkraft zeigt. Dazu kamen in der jüngeren Vergangenheit Photovoltaik, Windenergie und Elektrizität aus Biomasse. In Österreich betrug der **Anteil erneuerbarer Energieträger** am gesamten energetischen Endverbrauch (Elektrizitäts- und Wärmeezeugung) 2020 36,6%. Damit zählte Österreich zum obersten Fünftel von 30 Vergleichsländern und verbesserte sich im Vergleich zu 2019 leicht. Gemessen am Prozentrang wiesen 83,3% der Vergleichsländer einen gleich hohen oder geringeren Anteil erneuerbarer Energieträger auf als Österreich. Der längerfristige Vergleich zeigt dennoch einen Verlust an Wettbewerbsfähigkeit. Island verzeichnete 2020, wie bereits in den Jahren zuvor, den höchsten Anteil erneuerbarer Energieträger am energetischen Endverbrauch, nicht zuletzt durch die Nutzung der dort verfügbaren Geothermie. Norwegen deckt seinen Energieverbrauch zu drei Viertel aus erneuerbaren Quellen und erreichte zuletzt einen Prozentrang von 96,7, gefolgt von Schweden mit einem Prozentrang von 93,3.

Österreich ist bei fossilen Energieträgern in erheblichem Maß auf Importe angewiesen. Auch im Handel mit Elektrizität ist Österreich seit 2001 Nettoimporteur. Wie stark eine Volkswirtschaft von Energieimporten abhängt, misst der Indikator **Energieabhängigkeit**⁸⁾, der die Nettoimporte als Anteil am Bruttoinlandsverbrauch ausdrückt. Um die Abhängigkeit von Energieimporten zu verringern, sind zwei Hebel zielführend: Erstens, ein Fokus auf Energiedienstleistungen und Effizienz in einem System, das Leistungen mit einem geringeren Energiebedarf bereitstellt,

⁸⁾ Norwegen nimmt hier als wesentlicher Exporteur von Erdöl und Erdgas eine Sonderstellung ein und wurde deshalb als Ausreißer im Ländervergleich nicht berücksichtigt.

und zweitens, eine Substitution importierter Energieträger durch heimische.

Unter den 31 Vergleichsländern zählte Österreich 2020 zu den Ländern mit einer relativ hohen Importabhängigkeit, wobei sich seine Position gegenüber dem Vorjahr verbesserte. Waren 2019 etwa ein Drittel der Vergleichsländer gleich stark oder noch stärker von Energieimporten abhängig als Österreich, waren es im Jahr 2020 etwa 42%. Auch im langfristigen Vergleich zeigt sich eine Verbesserung der Position (Prozentrang 2010: 38,7 bzw. 2020: 41,9).

Der Verkehr verursacht neben Treibhausgasemissionen auch weitere externe Effekte wie Luftverschmutzung, Lärm oder Staus. Der Gütertransport erfolgt hauptsächlich auf der Schiene, der Straße und dem Wasserweg, wobei sich die externen Effekte nach Transportart unterscheiden. Der Schienengüterverkehr schneidet hierbei besser ab als der Straßengüterverkehr⁹⁾. Dennoch wird der Großteil der Güter mit dem LKW transportiert. Als Indikator für die länderspezifische Bedeutung umweltschonenden Gütertransportes dient daher der **Modal Split auf dem Landweg**, also das Verhältnis des Schienengüterverkehrs zum übrigen Gütertransport auf der Straße.

Österreich hat gemessen an diesem Indikator im Zeitverlauf an Wettbewerbsfähigkeit verloren: Hatte es 2010 noch einen Prozentrang von 80,0 erreicht, lag der Wert 2020 nur mehr bei 76,7. Dies entspricht einem Verlust von einem Rang (von Rang 7 auf Rang 8) in der Gruppe von 30 Vergleichsländern. Litauen schnitt 2020 beim Modal Split am besten ab und verdrängte Lettland 2020 von Rang 1. Auf der dritten Position lag mit Estland ebenfalls ein baltisches Land. Am schwächsten schnitten 2020 Länder ohne Bahninfrastruktur, wie Malta und Zypern, ab. Auch Irland und Griechenland verfügen über keine nennenswerten Gütertransporte auf der Schiene.

Der Anteil der **Patentanträge für Umwelttechnologien** an den gesamten Patentanträgen eines Landes beim Europäischen Patentamt dient als Indikator für den Erfolg eines Landes in diesem Bereich. Die Abgrenzung der Umweltpatente folgt seit 2021 der neuen OECD-Definition: neben Technologien zur Minderung von Emissionen werden auch solche zur Anpassung an den Klimawandel berücksichtigt. Ebenfalls enthalten sind IKT-Patente mit Umweltrelevanz. Da gerade bei kleinen Ländern der Indikator von Jahr zu Jahr stark schwanken kann, wird ein Dreijahresdurchschnitt herangezogen. Österreich verbesserte sich gemäß diesem Indikator am aktuellen Rand und lag zuletzt im

⁹⁾ Der Straßengüterverkehr verursachte 2020 rund 40% der Gesamtemissionen des Verkehrs.

oberen Mittelfeld der Vergleichsländer (Prozentrang 58,1, 2009: 54,8). Führend war 2019 Dänemark.

2.4 Außenhandel

Die dynamische Erholung von der COVID-19-Krise spiegelte sich 2021 auch in den Außenhandelsdaten: Sowohl die Exporte als auch die Importe übertrafen deutlich die Vergleichswerte von 2019. Vor allem die Güterimporte legten kräftig zu, da die Ausrüstungsinvestitionen merklich ausgeweitet wurden und sich die Energieimporte verteuerten. Der Dienstleistungshandel erreichte 2021 noch nicht das Vorkrisenniveau. COVID-19-bedingte Beschränkungen dämpften weiter die Reiseverkehrsexporte, während sich die Reiseverkehrsimporte leicht erholten. In Summe schrumpfte der **Leistungsbilanzsaldo** 2021 auf 0,4% des BIP. Damit entsprach er zwar eher dem wirtschaftspolitisch angestrebten Zustand einer ausgeglichenen Außenhandelsposition; mit einem Prozentrang von 53,3 blieb Österreich jedoch deutlich hinter dem Vorjahreswert und auch hinter dem langfristigen Vergleichswert von 2011 zurück (Abbildung 1). Da diese Verschiebung eher auf der Konjunktur und der Pandemie beruhte, ist es jedoch noch zu früh, um daraus eine Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft abzuleiten.

Besonders starke Veränderungen im Leistungsbilanzsaldo verzeichneten 2021 Norwegen (von 1,1% auf 14,9% des BIP) und Irland (von -6,8% auf 14,2% des BIP) bzw. – in entgegengesetzter Richtung – Litauen (von 7,3% auf 1,1% des BIP) und Lettland (von 2,6% auf -4,2% des BIP). In der Rangfolge wurde Österreich von Spanien, Finnland, Kroatien, Irland, der Schweiz und Norwegen überholt und fiel auf Rang 15 zurück.

Die unterschiedlichen Reaktionen von Warenhandel und internationalem Reiseverkehr auf die COVID-19-Pandemie sind auch an der Verschiebung der weltweiten Marktanteile Österreichs erkennbar. Während der **Marktanteil** Österreichs am weltweiten **Warenexport** (in rund 180 Länder) nur geringfügig abnahm (2021 -0,1 Prozentpunkt gegenüber dem Vorjahr), gab der Marktanteil an den weltweiten Tourismusexporten deutlich nach (-1 Prozentpunkt). Ersterer liegt längerfristig bei rund 1%, wobei er sich in den letzten Jahren tendenziell verschlechterte. Die Verbesserung im Vorjahresvergleich ging zu Lasten Irlands, das von Rang 11 verdrängt wurde. Der Rückgang des österreichischen **Marktanteils** an den weltweiten **Tourismusexporten** (in rund 170 Länder) war vor allem durch das schwache I. Quartal geprägt –

damals hatten die Lockdowns zu einer schlechten Auslastung im Wintertourismus geführt. Dementsprechend konnte die Schweiz 2021 Österreich im Ranking überholen. Ebenso profitierten Griechenland, Kroatien und Portugal von der verstärkten Nachfrage nach näher gelegenen Reisezielen und zogen ebenfalls an Österreich vorbei. Mit dem 10. Rang unter 31 europäischen Vergleichsländern brach auch der Prozentrang im Vorjahresvergleich ein (Abbildung 2).

Kurzfristig beeinflussen Wechselkursschwankungen zwischen dem Euro und der Landeswährung der Handelspartner die Preise österreichischer Exporte in ausländischer Währung und damit die preisliche Wettbewerbsfähigkeit. Eine Aufwertung des Euro erhöht tendenziell die Exportpreise, während eine Abwertung die österreichischen Exportpreise im Ausland tendenziell senkt. Die Weitergabe von Wechselkursschwankungen in die Exportpreise hängt jedoch vom Wettbewerbsdruck auf dem Auslandsmarkt und von der Preiselastizität der Auslandsnachfrage ab. Mittelfristig überlagert die Dynamik in den Lohn- und Preisbildungsprozessen zweier Handelspartner die kurzfristigen bilateralen Wechselkurseffekte; sie werden in den **real-effektiven Wechselkursindizes** zusammenfassend dargestellt. Übersicht 2 zeigt für Österreich die Entwicklung des mit dem harmonisierten Verbraucherpreisindex bzw. den Lohnstückkosten deflationierten Gesamtindex sowie des Teilindex für Industriewaren (deflationiert mit den Verbraucher- bzw. den Produzentenpreisen)¹⁰.

Zur Entwicklung der preislichen Wettbewerbsposition Österreichs zeigte sich 2021 kein einheitliches Bild. Die real-effektiven Indizes auf Grundlage des Verbraucherpreisindex deuten auf eine abermalige Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit, obwohl die Inflationsrate gemessen am harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) in Österreich niedriger war als bei den Handelspartnern. Gleichzeitig war die Dynamik der Lohnstückkosten oder der Produzentenpreise in Österreich im Vergleich zum Ausland noch schwächer als jene des HVPI, sodass sich die real-effektive Aufwertung in eine Abwertung wandelt, wenn die Preisvariable ausgetauscht wird (Übersicht 2). Allerdings verzerrte der in Österreich intensive Einsatz der Kurzarbeit die Entwicklung der relativen Lohnstückkosten. Im langfristigen Vergleich (2011/2021) wertete der Gesamtindex um durchschnittlich rund 0,4% pro Jahr auf. Nur unter Berücksichtigung der Produzentenpreise bleibt der real-effektive Wechselkurs langfristig nahezu stabil.

Österreichs Marktanteil am weltweiten Warenexport sank 2021 kaum. Der Anteil am weltweiten Tourismusmarkt schrumpfte dagegen deutlich.

2021 zeigte sich ein uneinheitliches Bild zur Entwicklung der preislichen Wettbewerbsposition Österreichs.

¹⁰ Das WIFO berechnet in Zusammenarbeit mit der OeNB real-effektive Wechselkursindizes. Die Eigenschaften, die Konstruktion sowie die Vor- und Nachteile dieser Indizes, die sich nach der Art der Handelsströme und nach den betrachteten Preis- bzw.

Kostenindizes unterscheiden, werden in Url et al. (2021) näher beschrieben. Aufgrund der spezifischen Messmethode werden die Wechselkursindizes getrennt dargestellt (Übersicht 2) und nicht als Prozentrang ausgewiesen.

Übersicht 2: Real-effektive Wechselkursindizes für Österreich im Vergleich

	2020/2021	2018/2021	2011/2021
	Durchschnittliche jährliche Veränderung in %		
Gesamtindex			
Deflationiert mit harmonisierten Verbraucherpreisindizes	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,4
Deflationiert mit Lohnstückkosten	- 0,9	+ 0,5	+ 0,4
Industriewarenindex			
Deflationiert mit harmonisierten Verbraucherpreisindizes	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3
Deflationiert mit Produzentenpreisindizes	- 0,2	- 0,1	- 0,1
Deflationiert mit Produzentenpreisindizes	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,4

Q: WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond.

3. Schwerpunktthema: Regionale Disparitäten im ökonomischen Entwicklungsniveau in Österreich – Stand, Entwicklung, Einflussfaktoren

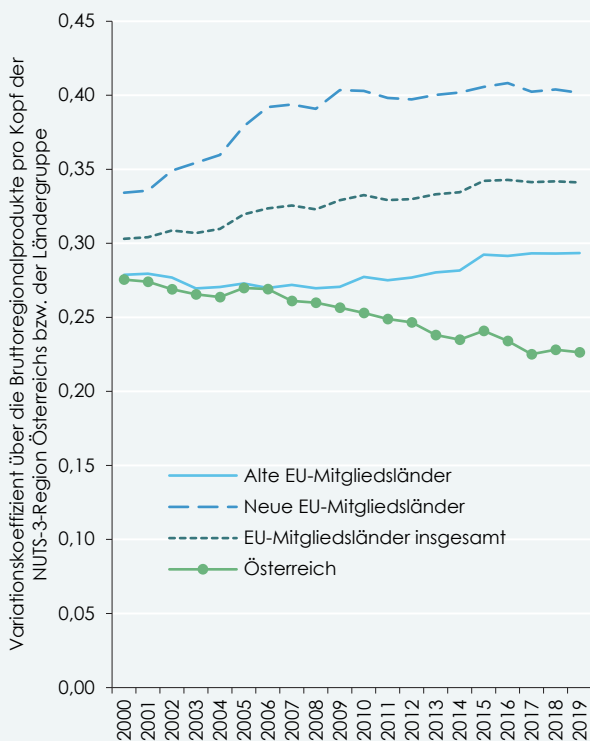
In Hinblick auf die regionale Kohäsion ist Österreich nach den Ergebnissen des WIFO-Radars mit einem Prozentrang im obersten Fünftel der Vergleichsländer besonders

günstig positioniert (Abbildung 1). Das diesjährige Schwerpunktthema fragt nach den Hintergründen dieses Erfolgs.

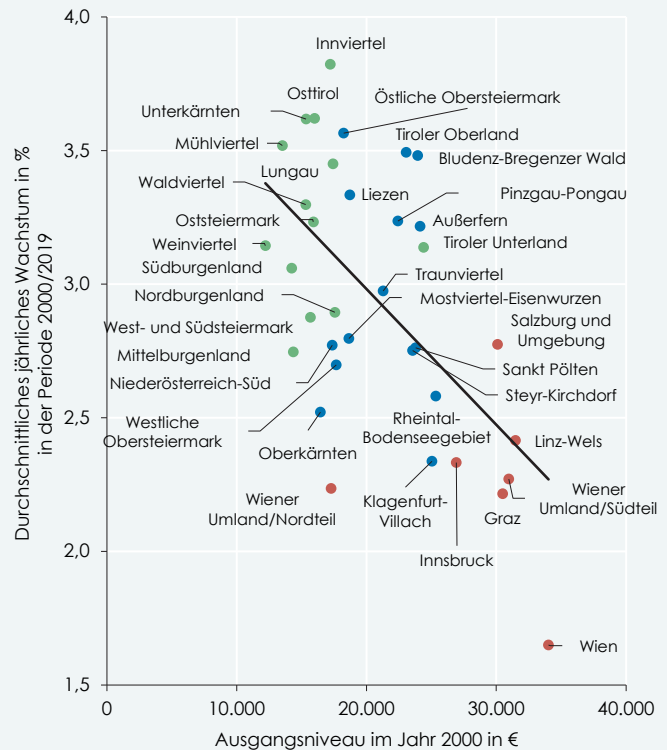
Abbildung 3: Regionale Ausgleichsprozesse in Österreich

Bruttoregionalprodukt pro Kopf zu Kaufkraftparitäten auf NUTS-3-Ebene, 2000 bis 2019

σ -Konvergenz



β -Konvergenz



Q: ARDECO-Datenbank (Europäische Kommission, Joint Research Centre); WIFO-Berechnungen. Alte EU-Mitgliedsländer . . . EU 14 (Stand 2020), ohne Luxemburg, einschließlich Norwegen. Neue EU-Mitgliedsländer . . . Beitrittsländer ab 2004 ohne Zypern und Malta. Rote Punkte . . . Metropolregionen, blaue Punkte . . . sachkapitalintensive Nicht-Metropolregionen, grüne Punkte . . . ländliche Regionen.

Grundlage dafür ist ein spürbarer Rückgang regionaler Disparitäten seit der Jahrtausendwende – ein Trend, der in dieser Form in nur wenigen Vergleichsländern zu beobachten

war (Abbildung 3, linke Grafik¹¹). So nahm die regionale Streuung des kaufkraftbereinigten Bruttoregionalproduktes pro Kopf in der Periode 2000/2019 innerhalb der 25 Ver-

¹¹) Insgesamt nahm der Variationskoeffizient der regionalen Pro-Kopf-Einkommen auf NUTS-3-Ebene in der Periode 2000/2019 in nur 7 der 25 europäischen

Vergleichsländer ab. Dabei war der Rückgang nur in Norwegen, Finnland und Portugal stärker als in Österreich.

gleichsländer im Durchschnitt keineswegs ab, sondern spürbar zu. Dies war im Jahrzehnt bis 2010 auf Polarisierungstendenzen innerhalb der neuen EU-Mitgliedsländer zurückzuführen, später aber auf zunehmende Disparitäten innerhalb der alten EU-Mitgliedsländer (einschließlich Norwegen). In Österreich nahmen die Unterschiede im Bruttoregionalprodukt pro Kopf zu Kaufkraftparitäten in der Beobachtungsperiode dagegen weitgehend kontinuierlich um insgesamt 18% ab.

Dieser Rückgang der Streuung zwischen den heimischen NUTS-3-Regionen – in der Ökonomie als σ -Konvergenz bezeichnet – war vorrangig die Folge eines kräftigeren Pro-Kopf-Wachstums in Regionen mit zunächst geringem ökonomischem Entwicklungsniveau (" β -Konvergenz"). So zeigt Abbildung 3 (rechte Grafik) einen klar negativen Zusammenhang zwischen dem Ausgangsniveau der österreichischen Regionen (Bruttoregionalprodukt pro Kopf im Jahr 2000; x-Achse) und dessen Entwicklung bis 2019 (y-Achse). Dieser Zusammenhang erweist sich auch in ökonomischen Querschnitts- und Panelregressionen als statistisch signifikant (vgl. etwa

Mayerhofer et al., 2020). Auffällig sind die Unterschiede nach Regionstypen – also zwischen NUTS-3-Metropolregionen (rot), sachkapitalintensiven Nicht-Metropolregionen (vor allem intensive Industrie- und Tourismusregionen; blau) sowie den ländlichen Regionen (grün). Die heimischen Metropolregionen haben sich seit der Jahrtausendwende schwächer entwickelt als vergleichbare Regionen in anderen europäischen Ländern (Abbildung 2)¹². Die regionale Konvergenz in Österreich war also sowohl dem Aufholprozess der Nicht-Metropolregionen als auch einer schwachen Dynamik in den Metropolregionen geschuldet.

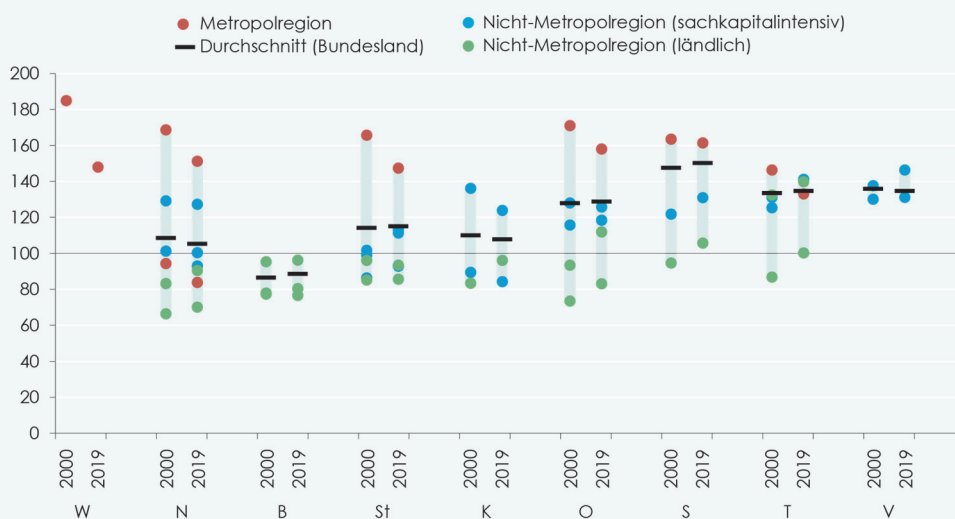
Die günstige Position Österreichs hinsichtlich der regionalen Kohäsion ist somit das Ergebnis markanter Angleichungsprozesse seit der Jahrtausendwende, die freilich auch durch eine schwache Entwicklung der heimischen Großstadtreionen zustande kamen. Dies lässt auch Abbildung 4 klar erkennen, in der die ökonomischen Entwicklungsniveaus der heimischen NUTS-3-Regionen nach Bundesländern dem Durchschnitt der europäischen Vergleichsländer gegenübergestellt werden.

Regionale Disparitäten im ökonomischen Entwicklungsniveau haben in Österreich seit der Jahrtausendwende – anders als in den meisten europäischen Vergleichsländern – spürbar abgenommen.

Konvergenzprozesse resultierten in Österreich aus Aufholprozessen entwicklungschwacher Regionen, aber auch aus einer im europäischen Vergleich schwachen Dynamik in den Metropolregionen.

Abbildung 4: **Unterschiede im ökonomischen Entwicklungsniveau innerhalb Österreichs**

Bruttoregionalprodukt pro Kopf zu Kaufkraftparitäten, 35 NUTS-3-Regionen in den 9 Bundesländern; Durchschnitt der 25 europäischen Länder = 100



Q: ARDECO-Datenbank (Europäische Kommission, Joint Research Centre), WIFO-Berechnungen. 25 europäische Länder . . . EU 27 (Stand 2020), ohne Luxemburg, Zypern und Malta, einschließlich Norwegen.

Demnach nahm in der Periode 2000/2019 die Bandbreite der kleinräumigen Pro-Kopf-Einkommen in allen größeren Flächenbundesländern teils erheblich ab. Dazu trugen fast durchgängig Nachholprozesse anfänglich entwicklungschwacher Regionen, aber auch deutliche Positionsverluste der führen-

den Regionen bei. So betrug das kaufkraftbereinigte Bruttoregionalprodukt pro Kopf in Wien 2019 nur mehr 148,0% des Durchschnitts der europäischen Vergleichsländer (2009: 184,8%, –36,8 Prozentpunkte). Für Graz (–18,2 Prozentpunkte), das Wiener Umland (Südteil –17,0 Prozentpunkte, Nord-

¹²) In der Periode 2000/2019 verringerte sich das kaufkraftbereinigte BRP pro Kopf in den heimischen Metropolregionen von 154,6% auf 136,3% des (gewichteten)

Durchschnitts der europäischen Vergleichsländer, während es in den Nicht-Metropolregionen von 107,7% auf 112,7% zunahm.

teil –10,0 Prozentpunkte), Innsbruck (–13,2 Prozentpunkte) und Linz-Wels (–13,1 Prozentpunkte) zeigen sich ähnliche Positionsverluste. Im Gegensatz dazu konnten 16 der 35 heimischen NUTS-3-Regionen und 5 der 9 Bundesländer ihre relative Position gegenüber den Vergleichsländern langfristig halten oder verbessern – eine Entwicklung, die angesichts markanter Aufholprozesse in den neuen EU-Mitgliedsländern als Erfolg zu werten ist. In Summe sind Österreichs Regionen im europäischen Vergleich unverändert gut positioniert; zuletzt lagen 22 der 35 NUTS-3-Regionen und acht der neun Bundesländer über dem europäischen Durchschnitt.

Trotz Aufholprozessen in den neuen EU-Mitgliedsländern sind Österreichs Regionen im europäischen Vergleich gemessen am BIP pro Kopf unverändert gut positioniert.

Regionale Disparitäten im ökonomischen Entwicklungsniveau legen ebenso wie deren Bestimmungsgründe regionsspezifische Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit nahe.

Freilich bestehen trotz der Konvergenzprozesse auch in Österreich noch erhebliche – und gemessen an der Landesgröße durchaus markante – Disparitäten im ökonomischen Entwicklungsniveau. So betrug das Verhältnis im kaufkraftbereinigten Bruttoregionalprodukt pro Kopf zwischen der stärksten und der schwächsten NUTS-2-Region zuletzt immerhin 1,7 : 1 (Salzburg : Burgenland), auf NUTS-3-Ebene gar 2,3 : 1 (Salzburg und Umgebung : Weinviertel). Damit wird auch weiterhin eine regional inklusive Weiterentwicklung anzustreben sein, zumal auch die großen Herausforderungen für Wirtschaft und Gesellschaft – Globalisierung, Digitalisierung und ökologische Transformation – regional unterschiedlich wirken dürften (vgl. etwa Dauth et al., 2016; Firgo et al., 2018; OECD, 2022). Dies spricht für eine Wirtschaftspolitik, die eine hohe Wettbewerbsfähigkeit durch Optimierung der Standortbedingungen in **allen** Regionen anstrebt. Eine solche Politik wird regionsspezifisch aufzusetzen sein, weil die Determinanten, die die Position der einzelnen Regionen in der Standorthierarchie bestimmen, stark heterogen sind. Dies zeigt Übersicht 3, in welcher die Abweichung des ökonomischen Entwicklungsniveaus der Bundesländer zum gewichteten Durchschnitt der Vergleichsländer auf Basis einer von der OECD (2012) vorgeschlagenen und hier erweiterten Methodik auf ihre wesentlichen Bestimmungsfaktoren zurückgeführt wird¹³).

Österreichs BIP pro Kopf (zu Wechselkursen) war 2019 um 40,3% höher als im Durchschnitt

der Vergleichsländer. Immerhin 29 Prozentpunkte dieses Vorsprungs waren der vergleichsweise hohen gesamtwirtschaftlichen Effizienz (Arbeitsproduktivität) zuzuschreiben. Auch Vorteile in der Arbeitsmarktlage (gemessen an der Beschäftigungsquote; Beitrag +6,5 Prozentpunkte) und eine (noch) günstigere Altersstruktur (gemessen am Anteil der erwerbsfähigen Personen an der Bevölkerung; +3,9 Prozentpunkte) leisteten relevante Beiträge. Dagegen wirkten sich die Erwerbsbeteiligung (Erwerbsquote; +1,5 Prozentpunkte) und die Attraktivität als Arbeitsmarktzentrum (Nettopendelquote; Beitrag –1,6 Prozentpunkte) nur schwach positiv bzw. dämpfend aus.

Gemessen am Bruttoregionalprodukt pro Kopf lagen 2019 alle Bundesländer bis auf das Burgenland (–2,3%) über dem Durchschnitt der 25 Vergleichsländer, wobei die positiven Abweichungen zwischen 17% (Niederösterreich) und über 50% (Salzburg, Wien und Vorarlberg) schwankten. Die höhere Arbeitsproduktivität wirkt sich in allen Regionen positiv aus, wobei das Ausmaß des Beitrags stark variiert (zwischen 44,2 Prozentpunkten in Vorarlberg und 8,5 Prozentpunkten im Burgenland). Die regionalen Unterschiede in der Attraktivität als Arbeitsmarktzentrum wirken sehr heterogen. So sind 17,6 Prozentpunkte des Vorsprungs Wiens gegenüber dem europäischen Durchschnitt auf eine hohe Nettopendelquote zurückzuführen, die vor allem zu Lasten der übrigen Ostregion geht (Niederösterreich –17,6 Prozentpunkte, Burgenland –16,0 Prozentpunkte). In Vorarlberg (–8,8 Prozentpunkte) verringern dagegen attraktive Arbeitsplätze im nahen Ausland (Schweiz, Liechtenstein) den Vorsprung. Eine günstige Arbeitsmarktlage trägt in allen Bundesländern positiv zum Gesamtergebnis bei, in Wien ist ihr Effekt allerdings schwach. Der erhebliche Bevölkerungsdruck in der Bundeshauptstadt verbessert zwar die Altersstruktur, dämpft jedoch die Erwerbsbeteiligung. Ansonsten ziehen gerade jene Regionen kaum Vorteile aus einer höheren Erwerbsbeteiligung, in denen die erwerbsfähige Kohorte gemessen an der Bevölkerung vergleichsweise klein ist.

¹³ Diese Komponentenzersetzung macht sich zunutze, dass die Abweichung des realen Bruttoregionalproduktes je Einwohnerin und Einwohner (zu Wechselkursen) einer Region vom Durchschnitt einer Vergleichsgruppe in der Form
$$\Delta \ln \left(\frac{BRP^{(AO)}}{BEV^{(WO)}} \right) = \Delta \ln \left(\frac{BRP^{(AO)}}{EWT^{(AO)}} \right) + \Delta \ln \left(\frac{EWT^{(AO)}}{EWT^{(WO)}} \right) + \Delta \ln \left(\frac{EWT^{(WO)}}{EWP^{(WO)}} \right) + \Delta \ln \left(\frac{EWP^{(WO)}}{BEV_{15-65}^{(WO)}} \right) + \Delta \ln \left(\frac{BEV_{15-65}^{(WO)}}{BEV^{(WO)}} \right)$$
 auf Unterschiede in der Arbeitsproduktivität (als Maß für die gesamtwirtschaftliche Effizienz; 1. Term rechts des Gleichheitszeichens), in der Nettopendelquote (als Maß für die Attraktivität als Arbeitsmarktzentrum; 2. Term), der

Beschäftigungsquote (als Maß für die Arbeitsmarktlage; 3. Term), der Erwerbsquote (als Maß für die Erwerbsbeteiligung; 4. Term) und im Anteil der erwerbsfähigen Personen an der Bevölkerung (5. Term) zurückgeführt werden kann. Dabei bezeichnet *BRP* das (reale) Bruttoregionalprodukt, *EWT* die Zahl der Erwerbstätigen, *EWP* die Zahl der Erwerbspersonen, *BEV₁₅₋₆₅* die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter und *BEV* die Bevölkerungszahl. *(AO)* bzw. *(WO)* geben an, ob die jeweilige Kenngröße am Arbeits- bzw. Wohnort gemessen wird.

Übersicht 3: Bestimmungsfaktoren der Abweichung des Brutto regionalproduktes der Bundesländer vom Durchschnitt der europäischen Vergleichsländer 2019

Ergebnis einer Komponentenerlegung des Brutto regionalproduktes pro Kopf zu Wechselkursen (real, zu Preisen von 2015), NUTS-2-Regionen von 25 europäischen Ländern

	Brutto regionalprodukt pro Kopf, real			Gesamtwirtschaftliche Effizienz	Attraktivität als Arbeitsmarktzentrum	Arbeitsmarktlage	Erwerbsbeteiligung	Altersstruktur
	Prozentrang	In €	Abweichung vom Durchschnitt der Vergleichsländer in %					
Salzburg	92,3	50.184	+ 67,2	+ 40,7	+ 7,5	+ 9,4	+ 5,5	+ 4,1
Wien	91,5	49.530	+ 65,0	+ 42,4	+ 17,6	+ 0,7	- 4,2	+ 8,5
Vorarlberg	89,5	46.094	+ 53,5	+ 44,2	- 8,8	+ 8,2	+ 6,1	+ 3,9
Tirol	87,4	44.580	+ 48,5	+ 28,8	+ 1,6	+ 9,5	+ 3,4	+ 5,3
Oberösterreich	85,0	43.017	+ 43,3	+ 29,8	- 3,9	+ 8,9	+ 5,1	+ 3,4
Steiermark	78,1	38.506	+ 28,3	+ 18,0	- 2,4	+ 8,1	+ 1,5	+ 3,0
Kärnten	71,7	36.262	+ 20,8	+ 19,7	- 5,0	+ 6,2	- 0,6	+ 0,5
Niederösterreich	68,4	35.110	+ 17,0	+ 24,2	- 17,6	+ 6,1	+ 2,8	+ 1,4
Burgenland	55,1	29.332	- 2,3	+ 8,5	- 16,0	+ 6,9	- 2,3	+ 0,6
25 europäische Länder ¹⁾		30.019						
Alte EU-Mitgliedsländer ²⁾		34.966	+ 16,5	+ 15,6	+ 1,1	- 1,7	+ 2,1	- 0,7
Neue EU-Mitgliedsländer ³⁾		13.461	- 55,2	- 53,4	- 2,4	+ 3,7	- 4,6	+ 1,6
Österreich		42.124	+ 40,3	+ 29,9	- 1,6	+ 6,5	+ 1,5	+ 3,9

Q: ARDECO-Datenbank (Europäische Kommission, Joint Research Centre), Eurostat, WIFO-Berechnungen. Bundesländer gereiht nach dem Prozentrang. – ¹⁾ EU 27 (Stand 2020), ohne Luxemburg, Zypern und Malta, einschließlich Norwegen. – ²⁾ EU 14 (Stand 2020), ohne Luxemburg, einschließlich Norwegen. – ³⁾ Beitrittsländer ab 2004 ohne Zypern und Malta.

4. Zusammenfassung

Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit steht erstmals auch auf der WIFO-Website für die interaktive Nutzung zur Verfügung. In den WIFO-Monatsberichten werden weiterhin einmal jährlich ausgewählte Befunde zu den Stärken und Schwächen des Wirtschaftsstandortes Österreich anhand von 24 Indikatoren zusammengefasst.

Im Durchschnitt aller Indikatoren erreichte Österreich zuletzt einen Prozentrang von 61,6. Damit schnitt Österreich zwar gleich gut oder besser ab als über 60% der europäischen Vergleichsländer, fiel jedoch weiter hinter das obere Drittel zurück. Drei Jahre zuvor hatte der mittlere Prozentrang noch 67,2 betragen, zehn Jahre zuvor sogar noch 71,7.

In der Dimension **reale Einkommen, Produktivität und regionale Verteilung** hat Österreich deutlich an Boden verloren (Prozentrang 69,3 bzw. -6,6). Hauptverantwortlich dafür ist das schwache Wachstum der Multifaktorproduktivität, das mehr als in anderen europäischen Ländern noch von der COVID-19-Krise geprägt war. Positiv wirkten sich weiterhin die hohen Prozentränge im Brutto regionalprodukt pro Kopf der industriell bzw. ländlich geprägten Nicht-Metropolregionen (Prozentrang 96,0) oder die hohe regionale Kohäsion aus.

Im Durchschnitt der Indikatoren zum **Arbeitsmarkt und den sozialen Lebensverhältnissen** lag Österreich mit einem Prozentrang von

52,2 nur im Mittelfeld der Vergleichsländer. Dämpfend wirken vor allem die niedrige Beschäftigungsquote (in Vollzeitäquivalenten) und der hohe Gender-Gap in der Erwerbsbeteiligung. Im Vergleich zum Vorjahr konnte Österreich in keinem Indikator dieser Dimension eine Verbesserung erzielen und zählte nur bei zwei Indikatoren ("NEET-Quote" und "Weiterbildung") zum oberen Drittel der europäischen Vergleichsländer.

In der Dimension **Einsatz natürlicher Ressourcen** erreichte Österreich einen mittleren Prozentrang von 64,0. Im Vergleich zum Vorjahr fiel Österreich bei der CO₂-Intensität etwas zurück, verbesserte sich aber hinsichtlich der Energieabhängigkeit sowie der Umweltpunkte.

Bezüglich des Leistungsbilanzsaldos konnte sich Österreich wegen des rückläufigen **Außenhandelsüberschusses** nicht verbessern (Prozentrang 53,3). Die Tourismusexporte litten 2021 empfindlich unter den COVID-19-Lockdowns, sodass sich der Weltmarktanteil Österreichs deutlich verringerte (Prozentrang 71). Im Gegensatz dazu veränderte sich die Position im Warenhandel nur geringfügig. Mit einem Weltmarktanteil von knapp 1% erreichte Österreich einen Prozentrang von 67,7. Die Befunde zur preislichen Wettbewerbsfähigkeit auf Basis des real-effektiven Wechselkurses sind für 2021 stark vom gewählten Deflator abhängig. Der mit dem Verbraucherpreisindex deflationierte Index

Im Durchschnitt über alle 24 Indikatoren hat sich Österreichs Wettbewerbsfähigkeit verschlechtert.

zeigt eine Aufwertung an, während die mit den Lohnstückkosten bzw. den Produzentenpreisen berechneten realen Indizes eine Abwertung signalisieren.

Die Wettbewerbsfähigkeit und ihre Bestimmungsgründe sind regional sehr unterschied-

lich. Daher sind Maßnahmen, die in Design und Policy-Mix den regionalen Kontext berücksichtigen und den spezifischen Voraussetzungen und Entwicklungspotentialen Rechnung tragen, einer rein horizontalen Politik überlegen.

5. Literaturhinweise

- Bärenthaler-Sieber, S., Bock-Schappelwein, J., Böheim, M., Kügler, A., & Schmidt-Padickakudy, N. (2022). Digitalisierung in Österreich: Fortschritt, Breitbandinfrastruktur und die Rolle der Open-Access-Netze. *WIFO-Monatsberichte*, 95(6), 379-390. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/69704>.
- Bittschi, B., & Meyer, B. (2022). Verbesserung der Lohnstückkostenposition im Jahr 2021. *WIFO-Monatsberichte*, 95(10), 663-676. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/69918>.
- Christen, E., Meyer, B., Oberhofer, H., Hinz, J., Kamin, K., & Wanner, J. (2022). *The Brussels Effect 2.0. How the EU Sets Global Standards with its Trade Policy*. FIW.
- Dauth, W., & Suedekum, J. (2016). Globalisation and local Profiles of Economic Growth and Industrial Change. *Journal of Economic Geography*, 16, 1007-1034.
- Eurostat (2019). *Methodical Manual on Territorial Typologies* (2018 edition).
- Firgo, M., Mayerhofer, P., Peneder, M., Piribauer, P., & Reschenhofer, P. (2018). *Beschäftigungseffekte der Digitalisierung in den Bundesländern sowie in Stadt und Land*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/61633>.
- Fritz, O., Burton, A., Ehn-Fragner, S., Streicher, G., Laimer, P., Orsolic, I., & Weiß, J. (2022). *Auswirkungen von COVID-19 auf die österreichische Tourismus- und Freizeitwirtschaft im Jahr 2021*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/69629>.
- Glauning, U., Url, T., & Vondra, K. (2022). Exchange Rate Index Update for Austria Shows Lower Effective Appreciation than Previously Measured. *Monetary Policy & the Economy*, (Q4/21), 13-41.
- Huemer, U. (2022). Qualifizierung als Mittel zur Hebung der Beschäftigungsquote. *WIFO-Monatsberichte*, 95(7), 457-466. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/69738>.
- Kettner, C., Kletzan-Slamanig, D., Köppl, A., Meyer, I., Sinabell, F., & Sommer, M. (2022). Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2022. *WIFO-Monatsberichte*, 95(8), 529-543. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/69771>.
- Mayerhofer, P., Bachtrögler, J., Nowotny, K., & Streicher, G. (2020). Quantitative Wirkungen der EU-Struktur- und Kohäsionspolitik in Österreich – Ein Beitrag zu 25 Jahren Österreich in der EU. *ÖROK-Schriftenreihe*, (207).
- OECD (2012). *Regional Outlook: Building resilient Regions for stronger Economies*.
- OECD (2022). Regions and Cities in Environmental Transition. In OECD (Hrsg.), *OECD Regions and Cities at a Glance 2022* (39-64).
- Peneder, M., & Charos, A. (2022). Österreichs Standortqualität im Executive Opinion Survey 2021. *WIFO-Monatsberichte*, 95(3), 185-196. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/69569>.
- Peneder, M., Köppl, A., Leoni, T., Mayerhofer, P., & Url, T. (2020). Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft. *WIFO-Monatsberichte*, 93(12), 887-898. <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/66732>.
- Peneder, M., & Prettnner, C. (2021). *Entwicklung der Produktivität österreichischer Unternehmen von 2008 bis 2018. Auswertung von Mikrodaten für Österreich im Rahmen von MultiProd 2.0*. WIFO. <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/67450>.
- Pitlik, H., & Schratzenstaller, M. (2022). *Kurzexpertise zu Abgabensystem und Ausgabenstrukturen im internationalen Vergleich. Ausgangssituation und Reformbedarf*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/67988>.
- Reinstaller, A., Friesenbichler, K., Hölzl, W., & Kügler, A. (2022). Herausforderungen und Bestimmungsfaktoren der Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Industrieunternehmen. Ergebnisse der WIFO-Industriebefragung 2022. *WIFO-Monatsberichte*, 95(7), 467-476. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/69737>.

Privatkonkurse in Österreich

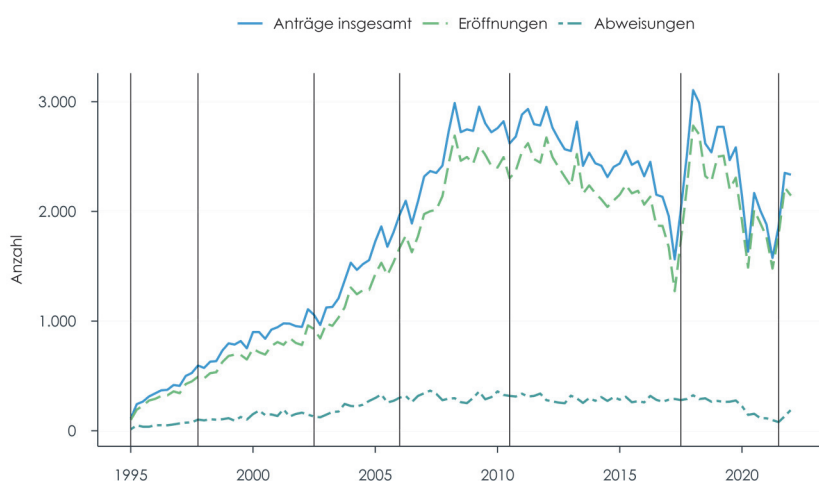
Institutionen, Entwicklung und Charakteristika seit 1995

Stefan Angel, Philipp Warum

- Der Beitrag untersucht die Entwicklung von Privatkonkursen in Österreich auf nationaler und regionaler Ebene und stellt diese im Rahmen einer deskriptiven Analyse Reformschritten und zentralen makroökonomischen Kennzahlen gegenüber.
- Der Privatkonkurs bietet überschuldeten Personen seit 1995 die Möglichkeit, eine Restschuldbefreiung zu erlangen. Mehrere Reformen haben die Verfahren schuldnerfreundlicher gemacht. Für eine Restschuldbefreiung müssen die Betroffenen jedoch immer noch mindestens 3 Jahre am Existenzminimum leben.
- Die Entwicklung der Privatkonkurse hängt mit der Konjunktur und insbesondere mit größeren konkursrechtlichen Reformen zusammen.
- Urbane Ballungsräume weisen überdurchschnittliche Privatkonkursquoten auf.
- Der vorübergehende Rückgang der Konkurse in der COVID-19-Krise unterstreicht die Bedeutung von schulden- und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen.

Privatkonkurse in Österreich

I. Quartal 1995 bis I. Quartal 2022



"Auch in Österreich lassen sich mögliche Zusammenhänge zwischen Reformen und der Zahl der Privatkonkurse erkennen."

Während im Jahr 1995 noch knapp unter 1.000 Konkursanträge gestellt wurden, so waren es im Jahr 2000 bereits über 3.000 und im Zeitraum 2010/2020 durchschnittlich etwa 10.000 Anträge jährlich (Q: ASB Schuldnerberatungen GmbH, Edikte; WIFO-Berechnungen. Die vertikalen Linien markieren die Zeitpunkte des Inkrafttretens wesentlicher Gesetzesänderungen).

Privatkonkurse in Österreich

Institutionen, Entwicklung und Charakteristika seit 1995

Stefan Angel, Philipp Warum

Privatkonkurse in Österreich. Institutionen, Entwicklung und Charakteristika seit 1995

Der Privatkonkurs bietet überschuldeten Personen die Möglichkeit, eine Restschuldbefreiung zu erlangen. Von 1995 bis Ende 2021 wurden in Österreich insgesamt etwa 197.000 Privatkonkursanträge gestellt. Die jährliche Zahl der Anträge stieg bis Ende der 2000er-Jahre kontinuierlich an. Seit-her lassen sich größere Sprünge in den Fallzahlen beobachten, vor allem im Zusammenhang mit Reformen und Veränderungen der politischen Rahmenbedingungen, wie etwa in der COVID-19-Krise. In der Analyse zeigen sich auch Zusammenhänge mit der Konjunktur und der Bevölkerungsdichte, wobei die Konkursquoten vor allem in urbanen Gebieten hoch sind. Zur Untersuchung detaillierter kausaler Zusammenhänge sowie der Auswirkungen der rezenten Teuerungswelle sind jedoch vertiefende Analysen erforderlich.

JEL-Codes: D18, G51, K35 • **Keywords:** Privatkonkurs, Überschuldung, Österreich

Dieses Projekt wurde durch Mittel des Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank unterstützt (Projektnummer 18649).

Begutachtung: Benjamin Bittschi • **Wissenschaftliche Assistenz:** Lydia Grandner (lydia.grandner@wifo.ac.at) • Daten und Rahmenbedingungen berücksichtigt bis Dezember 2021. Abgeschlossen am 28. 11. 2022

Kontakt: Stefan Angel (stefan.angel@wifo.ac.at), Philipp Warum (philipp.warum@wifo.ac.at)

Private Bankruptcies in Austria. Institutions, Development and Characteristics since 1995

Personal bankruptcy offers over-indebted individuals the opportunity of residual debt discharge. From 1995 to the end of 2021, a total of around 197,000 private bankruptcy petitions were filed in Austria. The annual number of filings rose steadily until the end of the 2000s. Since then, larger jumps in case numbers can be observed, especially in connection with private bankruptcy reforms and other changes in the policy framework, such as in the COVID-19 crisis. The analysis also shows correlations with economic activity and population density, with bankruptcy rates being particularly high in urban areas. However, more in-depth analyses are needed to examine detailed causal relationships as well as the impact of recent inflation dynamics.

1. Einleitung

Der gesamtwirtschaftliche Wohlfahrtsgewinn durch Privatkonkurse hängt davon ab, inwieweit der Nutzengewinn durch Restschuldbefreiung die Folgekosten von "moral hazard" (z. B. Kreditverteuerung) übersteigt.

Dieser Beitrag beleuchtet die Entwicklung der Privatkonkurse in Österreich seit der flächendeckenden Einführung dieses Rechtsinstruments für natürliche Personen im Jahr 1995. Kernelement von Privatkonkursverfahren ist die Möglichkeit zur Restschuldbefreiung unter bestimmten Voraussetzungen (siehe Kapitel 2).

Von 1995 bis Ende 2021 wurden in Österreich insgesamt etwa 197.000 Privatkonkursanträge gestellt. Die Zahl der Privatkonkurse wird durch mehrere Faktoren bestimmt (Heuer, 2019; White, 2017). Sie ist erstens von der Zahl der Personen abhängig, die akute Liquiditätsprobleme und Rückzahlungsschwierigkeiten haben. Wie groß diese Gruppe der Überschuldeten ist, hängt wiederum vor allem vom Ausmaß unerwarteter Einkommens- und Ausgabenschocks, der Konjunktur, institutionellen Rahmenbedingungen auf relevanten Märkten (Kreditvergabe und -volumen, Preisentwicklung) und dem Potential des Wohlfahrtsstaates ab, finanzielle Schocks abzufedern (z. B.

durch Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Krankengeld, usw.).

Zweitens ändern sich auch die Hürden (Kosten) bzw. die Anreize, ein Privatkonkursverfahren zu eröffnen, wenn an bestimmten Stellschrauben (siehe Kapitel 2) gedreht wird (White, 2017). Aus theoretischer Perspektive stellen Privatkonkurse für die Konsumentinnen und Konsumenten eine teilweise Versicherung ihres Konsums dar, da durch eine Restschuldbefreiung ein "ewiger Konkurs" vermieden wird und laufende Konsumausgaben nicht dauerhaft eingeschränkt werden müssen (z. B. infolge von Lohnpändung), um die Schulden zu begleichen. Restschuldbefreiung und Zinstopp können auch dazu beitragen, mögliche negative Begleiteffekte (ökonomische Externalitäten) der Verschuldung, z. B. eine Verschlechterung des Gesundheitszustands (Angel, 2016; Turunen & Hiiamo, 2014) oder ein Abrutschen in die Kriminalität (McIntyre, 2017), hintanzuhalten. Sobald die Restschuldbefreiung nach einer absehbaren, begrenzten

Dauer der Lohnpfändung auf das Existenzminimum erteilt wird, steigt der Arbeitsanreiz (Chatterjee, 2008; White, 2017). Wird im Privatkonkursrecht ganz auf die Lohnpfändung verzichtet und nur das Vermögen verwertet, wie dies etwa im "Chapter 7"-Verfahren in den USA der Fall ist, bleiben die Arbeitsanreize trotz des laufenden Privatkonkursverfahrens bestehen (Chen & Zhao, 2017).

Die Einführung oder Erleichterung von Privatkonkursen birgt aber auch das Risiko von "moral hazard" bei der Bildung von Sparrücklagen, beim Konsum bzw. bei der Schuldenaufnahme (Indarte, 2022). Durch das höhere Ausfallrisiko ist eine Verschärfung bzw. Verteuerung der Kreditvergabe als negative Externalität für andere Schuldnerinnen und Schuldner denkbar (Gross et al., 2021). Aus ökonomischer Perspektive hängt der gesamtwirtschaftliche Wohlfahrtsgewinn durch

die Einführung oder Erleichterung von Privatkonkursen davon ab, ob der Nutzengewinn – z. B. durch Konsumversicherung und geringere negative Externalitäten – die Kosten durch verschärfte Kreditbedingungen und höhere Zinssätze übersteigt (Chatterjee, 2008). Der empirische Befund kann von Land zu Land bzw. je nach Ausmaß der Reform unterschiedlich ausfallen.

Dieser Beitrag beschreibt zunächst die Eckpunkte wichtiger Privatkonkursreformen (Kapitel 2). In einem zweiten Schritt wird die Entwicklung der Privatkonkurse auf nationaler und regionaler Ebene nachgezeichnet und vor dem Hintergrund der Reformschritte sowie der makroökonomischen Entwicklung analysiert (Kapitel 3). Kapitel 4 beinhaltet eine Zusammenfassung und Schlussfolgerungen.

2. Institutioneller Kontext

2.1 Geltende Regelungen zum Privatkonkurs

Das Konkursverfahren für Privatpersonen wird in der österreichischen Insolvenzordnung als "Schuldenregulierungsverfahren" bezeichnet. Es stellt die hauptsächliche Alternative zu außergerichtlichen Vereinbarungen (z. B. Stundung, außergerichtlicher Ausgleich mit Restschuldbefreiung) zwischen (jeweils allen) Gläubigerinnen bzw. Gläubigern und Schuldnerinnen bzw. Schuldnern dar. Mehrere Verfahrensformen sind möglich (Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, 2022): Erstens, ein Sanierungsplan (weniger als 1% aller Privatkonkurse, keine Vermögensverwertung), zweitens, ein Zahlungsplan (75% aller Privatkonkurse, Vermögensverwertung, nur mit Zustimmung der Gläubigerinnen bzw. Gläubiger), und drittens, ein Abschöpfungsverfahren (25% aller Privatkonkurse, Vermögensverwertung; wenn die Kreditgebenden dem Zahlungsplan nicht zustimmen). Aus juristischer Sicht endet das Konkursverfahren, sobald der vorgeschlagene Sanierungs- oder Zahlungsplan von der Mehrheit der Kreditgebenden angenommen oder aber – bei Ablehnung durch die Gläubigerinnen bzw. Gläubiger – ein Abschöpfungsverfahren eingeleitet wurde. Ab diesem Zeitpunkt muss die Schuldnerin bzw. der Schuldner die vereinbarten Zahlungen für einen bestimmten Zeitraum leisten und kann schließlich die Restschuldbefreiung erreichen.

2.2 Wesentliche Reformen des Privatkonkursverfahrens seit 1995

Die Konkursordnungsnovelle 1993¹⁾ der "Kaiserlichen Konkursordnung" von 1913 markiert den Anfang des Privatkonkurses in Öster-

reich. Davor war eine Restschuldbefreiung für Privatpersonen de facto nur auf Basis außergerichtlicher Einigungen mit den Gläubigerinnen bzw. Gläubigern möglich. Das gerichtliche Konkursverfahren vor 1995 bot zwar die Möglichkeit zur Restschuldbefreiung, aber nur unter bestimmten – und aus heutiger Sicht deutlich restriktiveren – Bedingungen. So waren z. B. ein gewisses Vermögen zur Deckung der Verfahrenskosten und die Erfüllung einer höheren Mindesttilgungsquote innerhalb kurzer Zahlungsfristen erforderlich (Jürgens, 2004). Die 1995 in Kraft getretene Novelle eröffnete allen natürlichen Personen – auch ohne Deckung der Kosten des Konkursverfahrens – die Möglichkeit der Restschuldbefreiung über zwei Wege: Erstens, durch die Inanspruchnahme eines Zahlungsplans (nur mit Zustimmung der Gläubigerinnen bzw. Gläubiger) oder zweitens, mittels Abschöpfungsverfahren, das auch ohne Zustimmung der Kreditgebenden möglich und damit ein Novum war. Das Abschöpfungsverfahren sah sieben Jahre Leben am Existenzminimum (laut Lohnpfändungsbestimmungen) sowie eine Mindesttilgungsquote von 10% der Gesamtschuld innerhalb von sieben Jahren vor.

Mit der Tilgungsquote und der Verfahrensdauer wurden zwei zentrale Parameter in nachfolgenden Reformen adaptiert, wodurch die Restschuldbefreiung sukzessive erleichtert wurde. Zwischen 1995 und 2017 gab es mehrere kleinere Reformen, so etwa die Insolvenzrechts-Novelle von 2002, die Schuldnerinnen bzw. Schuldnern ohne kostendeckendes Vermögen durch geringere Auflagen den Zugang erleichterte, aber auch eine größere Mitwirkungspflicht der

Durch mehrere Reformen wurde das Privatkonkursverfahren in Österreich seit 1995 schuldnerfreundlicher.

¹⁾ BGBl 974/1993, in Kraft getreten am 1. 1. 1995, https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1993_974_0/1993_974_0.pdf.

insolventen Personen vorsah (Fitzka & Niederreiter, 2015; Jürgens, 2004).

2017 trat eine wesentliche Änderung in Kraft. Die Mindesttilgungsquote wurde abgeschafft und die Verfahrensdauer im Abschöpfungsverfahren auf fünf Jahre verkürzt. Andererseits mussten Schuldnerinnen bzw. Schuldner ohne pfändbares Einkommen dem Gericht von nun an einmal jährlich Auskunft über ihre Bemühungen um eine Erwerbstätigkeit geben. Darüber hinaus ist seit dieser Reform der Versuch, vor dem Konkursverfahren einen außergerichtlichen Ausgleich zu erreichen, nicht mehr verpflichtend (ASB Schuldnerberatungen GmbH, 2022). Von allen Reformen seit 1995 stellt jene von 1997 die größte Zäsur dar.

Seit Juli 2021 bietet die Insolvenzrechtsnovelle (vorerst befristet bis Juli 2026) die Möglichkeit einer weiteren Verkürzung der Entschuldungsdauer auf drei Jahre, wenn gerichtlich eine offenkundige Zahlungsunfähigkeit festgestellt wurde und die Schuldnerin bzw. der Schuldner innerhalb von 30 Tagen geeignete Maßnahmen zu deren Beseitigung setzt (z. B. durch Inanspruchnahme einer Schuldnerberatung; ASB Schuldnerberatungen GmbH, 2022).

2.3 Einordnung des österreichischen Privatkonkurrechts im europäischen Kontext

Privatkonkursverfahren wurden in Europa beginnend mit Großbritannien und Frankreich ab Ende der 1980er-Jahre schrittweise eingeführt und existieren mittlerweile in fast allen europäischen Ländern (Kadner Graziano et al., 2019). Ländervergleichende Studien zu den rechtlichen Rahmenbedingungen sind allerdings spärlich gesät.

Sajadova (2019) gelangt auf Basis eines umfassenden Vergleichs der Regelungen in 30 europäischen Ländern zu folgenden Ergebnissen zu zentralen Parametern von Privatkonkursen: Erstens, die Frist für die Entschuldung (Entschuldungsdauer) schwankt stark zwischen 6 Monaten und 14 Jahren; zweitens, die Mindesttilgungsquote liegt in den

meisten Ländern bei 0% und vereinzelt bei bis zu 30%; drittens, in den meisten Ländern gibt es mehr als einen Verfahrenstyp; und viertens, in allen 30 Ländern mit Ausnahme der Schweiz ist am Ende des Verfahrens eine Restschuldbefreiung möglich.

Walter und Krenchel (2021) untersuchen anhand mehrerer Dimensionen, wie "nachsichtig", der Schuldnerin bzw. dem Schuldner gegenüber, die Regelungen in 25 europäischen Ländern und den USA sind (Stand 2020). Sie betrachten dabei, wie das Privatinsolvenzsystem mit Zahlungsausfällen umgeht, wie leicht oder schwer es für Schuldnerinnen bzw. Schuldner ist, einen Neuanfang ("fresh start") zu erreichen (Dauer und Kosten bis zur Restschuldbefreiung), und wie stigmatisiert die Betroffenen nach dem Neustart sind. Die Indikatoren erfassen unter anderem, ob eine Restschuldbefreiung überhaupt möglich ist, die Dauer bis zur Restschuldbefreiung, etwaige Mindesttilgungsquoten und den Zugang zu Krediten nach Abschluss des Verfahrens. Als Erhebungsmethoden dienten die Analyse von nationalen Gesetzestexten sowie ein Abgleich der Ergebnisse mit 19 Länderexpertinnen bzw. -experten. Im Ergebnis liegt Österreich auf Rang 8 von 25, ist also überdurchschnittlich schuldnerfreundlich. Die Länder mit dem höchsten Grad an Nachsichtigkeit gegenüber Schuldnerinnen bzw. Schuldnern sind Walter und Krenchel (2021) zufolge Dänemark, Schweden und Polen; am restriktivsten sind hingegen Lettland, Ungarn, Litauen²⁾. Die Autoren stellen weiters eine starke Heterogenität der Systeme fest. Systematische regionale Cluster finden sich zwar nicht. Als allgemeines Muster zeigt sich jedoch eine starke positive Korrelation zwischen dem Ausmaß der Nachsichtigkeit und dem Alter der Rechtsvorschriften: je länger in einem Land die erste Gesetzgebung zum Privatkonkurs in Kraft ist, desto schuldnerfreundlicher waren die Regelungen im Jahr 2020. Walter und Krenchel (2021) schließen daraus, dass die Konkursvorschriften zu Beginn eher streng formuliert sind und nachfolgende Reformen die Restschuldbefreiung tendenziell erleichtern.

3. Entwicklung der Privatkonkurse seit 1995

3.1 Privatkonkurse in Österreich – Entwicklung und Charakteristika

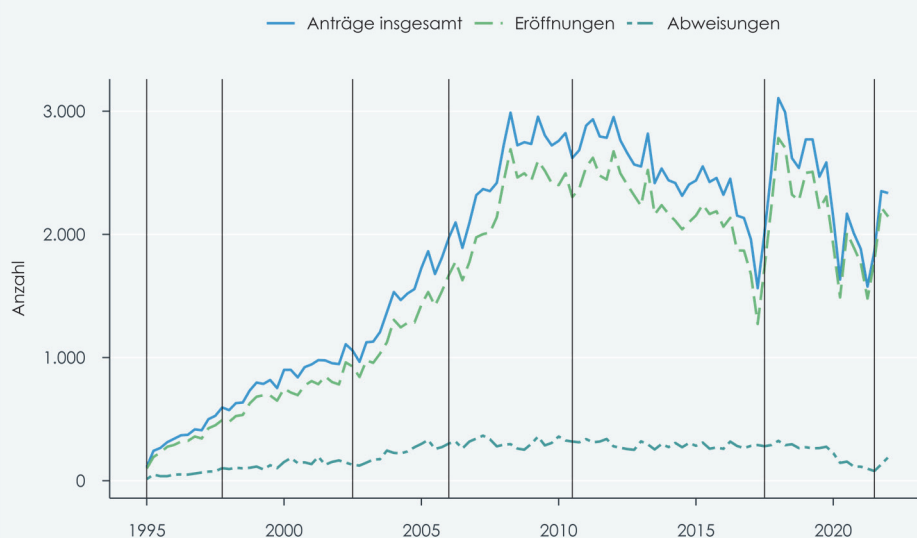
Informationen zu Privatkonkursen und deren Merkmalen werden in Österreich bis zum Abschluss des Verfahrens in der Ediktsdatei, sowohl online als auch im Amtsblatt, veröffent-

licht. Die nachfolgenden Analysen basieren auf einer Datenbank der ASB Schuldnerberatungen GmbH ("ASB Edikte"), in der alle österreichischen Privatkonkurse seit 1995 anonymisiert erfasst sind.

²⁾ Die USA liegen auf Rang 5 und somit deutlich über dem EU-Durchschnitt.

Abbildung 1: **Privatkonkurse in Österreich**

I. Quartal 1995 bis I. Quartal 2022



Q: ASB Schuldnerberatungen GmbH, Edikte; WIFO-Berechnungen. Die vertikalen Linien markieren die Zeitpunkte des Inkrafttretens wesentlicher Gesetzesänderungen.

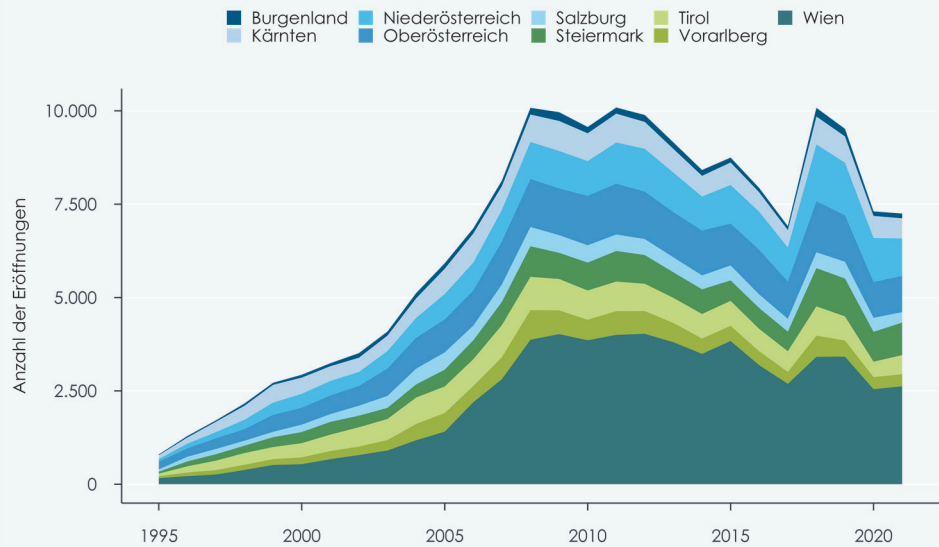
Seit Einführung des Privatkonkurses in seiner heutigen Form hat dieses Verfahren zunehmend an Bedeutung gewonnen. Während 1995 noch knapp unter 1.000 Konkursanträge gestellt wurden, waren es im Jahr 2000 bereits über 3.000 und im Zeitraum 2010/2020 bereits durchschnittlich etwa 10.000 Anträge jährlich. Auch die Insolvenzverbindlichkeiten³⁾ stiegen von 2002 bis 2007 kontinuierlich an, von 464 Mio. € auf etwa 1 Mrd. €, und beliefen sich in der Periode 2007/2017 auf durchschnittlich 1,1 Mrd. € pro Jahr. 2018 erreichten die Verbindlichkeiten erstmals 1,9 Mrd. €, um dann bis 2021 wieder auf 878 Mio. € zu sinken (KSV1870 Holding AG, 2022). Privatkonkursanträge werden grundsätzlich beim zuständigen Bezirksgericht gestellt, welches zunächst das Vorliegen der Insolvenzvoraussetzungen gemäß Insolvenzordnung prüft, um entweder ein Schuldenregulierungsverfahren zu eröffnen oder den Antrag abzuweisen. Im Durchschnitt führen etwa 87% der Anträge zur Eröffnung eines Verfahrens.

Abbildung 1 zeigt die unterjährliche Entwicklung von Anträgen, Eröffnungen und Abweisungen von Privatkonkursen in Österreich zwischen 1995 und 2022. Neben einem Aufwärtstrend lässt die Langzeitbetrachtung auch eine hohe Variation erkennen. In der ökonomischen Literatur, insbesondere in den USA, werden die rechtlichen Rahmenbedingungen rund um den Privatkonkurs als

maßgeblicher Erklärungsfaktor für dessen Inanspruchnahme diskutiert (siehe Kapitel 3.2). Auch in Österreich zeigen sich mögliche Zusammenhänge zwischen Reformen und Fallzahlen. Abgesehen vom kontinuierlichen Anstieg der Konkurse, der mit mehreren kleineren, tendenziell schuldnerfreundlichen Reformen einherging (Kapitel 2), ist insbesondere die Entwicklung rund um die vorletzte größere Reform, das Insolvenzrechtsänderungsgesetz (IRÄG) 2017, auffällig. So lassen sich 2017 zunächst ein starker Rückgang der Anträge in Erwartung der Reform und ein darauffolgender kräftiger Anstieg beobachten. Für eine genauere kausale Analyse der Auswirkungen der jüngsten Reform von 2021 ist es noch zu früh. Dafür müssten jedenfalls auch die Einflüsse der COVID-19- und der Energiekrise sowie der zugehörigen staatlichen Beschränkungs- und Hilfsmaßnahmen identifiziert werden. Jedoch könnte es, wie in Abbildung 1 ersichtlich, auch 2021 zu einer Verzögerung von Konkursanträgen bis unmittelbar nach der Reform gekommen sein. Die Anzahl der abgewiesenen Anträge lag in den Jahren 2005 bis 2019 relativ konstant bei etwa 300 Fällen je Quartal, weshalb die Abweisungsquote mit steigenden Antragszahlen über die Zeit zurückging. 2020 und 2021 war jedoch ein stärkerer Rückgang der Abweisungen als der Anträge zu beobachten, wodurch die Abweisungsquote neue Tiefstwerte erreichte.

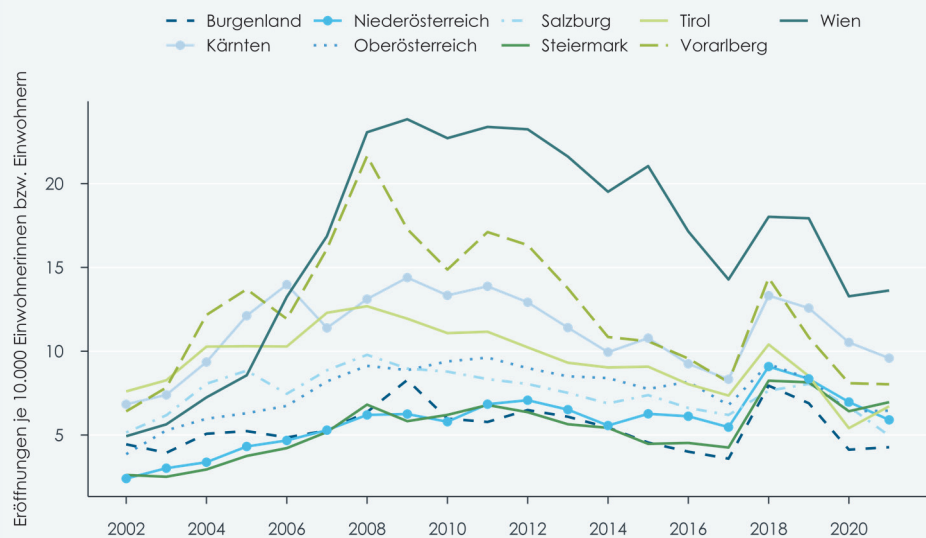
³⁾ Schätzungen des Kreditschutzverbandes von 1870 (KSV1870 Holding AG).

Abbildung 2: **Privatkonkurse in den Bundesländern**



Q: ASB Schuldnerberatungen GmbH, Edikte; WIFO-Berechnungen.

Abbildung 3: **Konkursquoten in den Bundesländern**



Q: ASB Schuldnerberatungen GmbH, Edikte; Statistik Austria; WIFO-Berechnungen.

Im Zeitverlauf zeigen neben Wien auch Kärnten, Vorarlberg und Tirol hohe Konkursquoten von über 10 Eröffnungen je 10.000 Einwohnerinnen bzw. Einwohner.

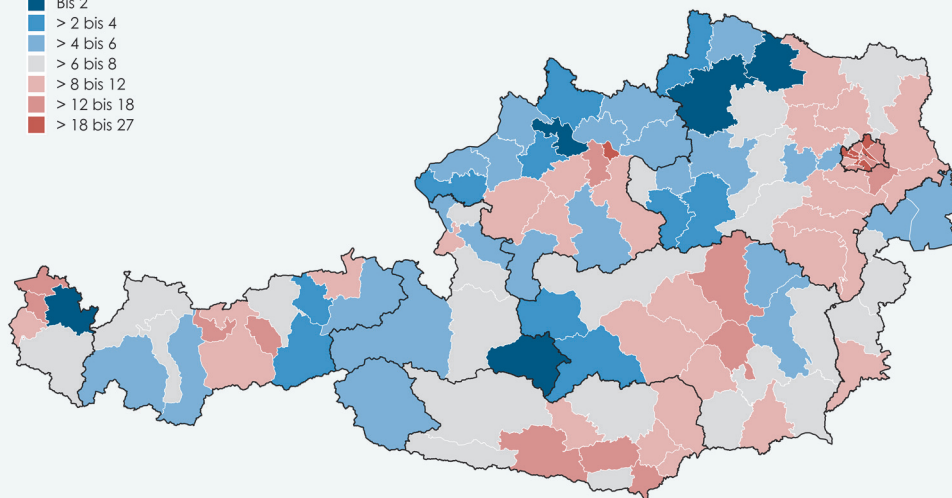
Abbildung 2 stellt den Anteil der Bundesländer an der Gesamtzahl der jährlichen Privatkonkurrenseröffnungen dar. Grundsätzlich besteht ein gewisser Zusammenhang zwischen der Bevölkerungszahl und der Zahl der Privatkonkurse. Allerdings ist der Anteil Wiens am österreichischen Privatkonkursgeschehen überproportional: Er belief sich ab 2006 auf über 30%, in den Jahren 2009 bis 2016 sogar auf über 40%. Dagegen sind die Anteile der anderen Bundesländer teilweise

unterproportional zu ihrer Bevölkerung. Zur besseren Vergleichbarkeit der Bundesländer werden daher Konkursquoten ausgewiesen, die das Verhältnis der Verfahrenseröffnungen zur Bevölkerungszahl angeben (Abbildung 3). Neben Wien zeigten im Zeitverlauf auch Kärnten, Vorarlberg und Tirol hohe Konkursquoten von über 10 Eröffnungen je 10.000 Einwohnerinnen bzw. Einwohner. Die anderen Bundesländer weisen dagegen niedrigere Quoten auf.

Abbildung 4: **Privatkonkurse nach Gerichtsbezirken 2019**

Eröffnungen je 10.000 Einwohnerinnen bzw. Einwohnern

- Bis 2
- > 2 bis 4
- > 4 bis 6
- > 6 bis 8
- > 8 bis 12
- > 12 bis 18
- > 18 bis 27

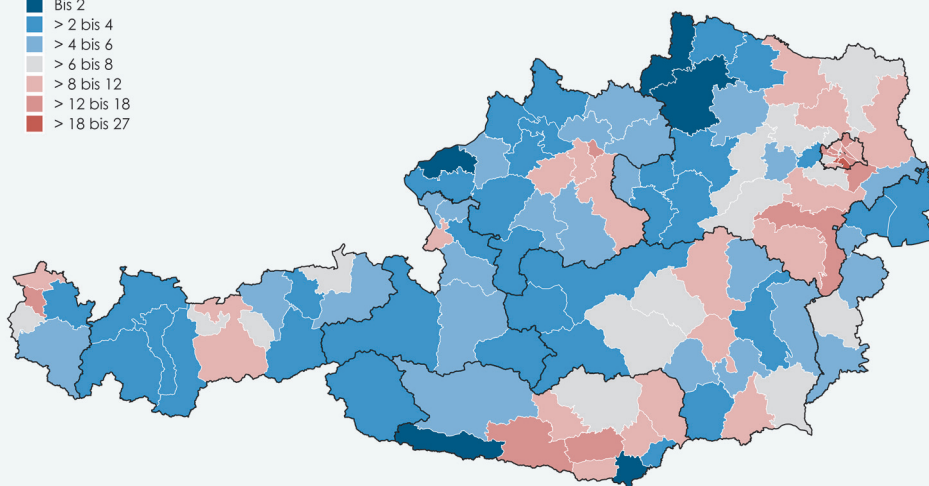


Q: ASB Schuldnerberatungen GmbH, Edikte; Statistik Austria; Stadt Graz; Stadt Linz; WIFO-Berechnungen. Gemeindedaten aggregiert auf Gerichtsbezirksebene. In Linz und Graz erfolgt die Zuordnung von Stadtbezirken zu Gerichtsbezirken.

Abbildung 5: **Privatkonkurse nach Gerichtsbezirken 2020**

Eröffnungen je 10.000 Einwohnerinnen bzw. Einwohnern

- Bis 2
- > 2 bis 4
- > 4 bis 6
- > 6 bis 8
- > 8 bis 12
- > 12 bis 18
- > 18 bis 27



Q: ASB Schuldnerberatungen GmbH, Edikte; Statistik Austria; Stadt Graz; Stadt Linz; WIFO-Berechnungen. Gemeindedaten aggregiert auf Gerichtsbezirksebene. In Linz und Graz erfolgt die Zuordnung von Stadtbezirken zu Gerichtsbezirken.

Ein erster Schritt zur Erklärung dieser Unterschiede ist die kleinräumige Analyse des Konkursgeschehens. Mit dem vorliegenden Datensatz ist dies auf der Ebene der Gerichtsbezirke möglich. Die Abbildungen 4 bis 6 zeigen die Konkursquoten in den österreichischen Gerichtsbezirken für die Jahre 2019, 2020 und 2021. 2019 traten die höchsten Eröffnungsquoten mit wenigen Ausnahmen in urbanen Gebieten mit höherer Bevölkerungsdichte auf, insbesondere in Wien

und Linz. Eine relative Häufung der Fälle kann, abgesehen von Sankt Pölten und Eisenstadt, für alle Landeshauptstädte festgestellt werden. Dagegen gibt es nur wenige ländliche Gebiete mit relativ hohen Fallzahlen bei gleichzeitig kleiner Bevölkerung (z. B. Eisenkappel in Kärnten mit 9 Eröffnungen auf knapp unter 6.000 Einwohnerinnen und Einwohner). 2020 und 2021 sanken die Fallzahlen infolge schuldenbezogener COVID-19-Hilfsmaßnahmen (u. a. Möglichkeit zur

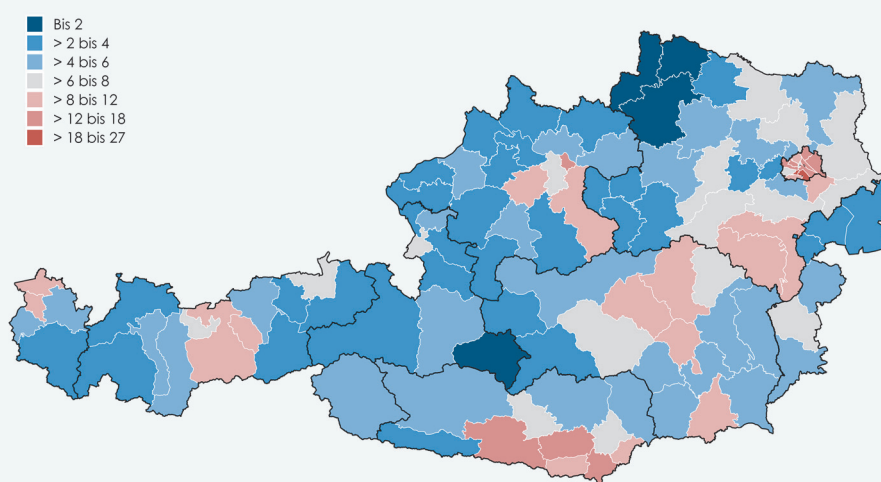
Am höchsten sind die Konkurseröffnungsquoten in urbanen Gebieten.

Stundung von Mietrückständen und Kreditraten). Am höchsten waren Konkursquoten weiterhin vor allem in den Ballungsräumen. Dies hängt vermutlich mit dem höheren Beratungsangebot durch staatlich anerkannte Schuldnerberatungen und gewerbliche Vermögensberatungen zusammen. Wie Adkisson und Saucedo (2012) zeigen, weisen auch in den USA Bundesstaaten mit einem höheren Bevölkerungsanteil in urbanen Gebieten höhere Konkursquoten auf. Die Autoren werten dies als Beleg dafür, dass Stadtbewohnerinnen bzw. -bewohner besonders zu demonstrativem Konsum neigen und folgern daraus eine Häufung von Konkursfällen

in den Städten. Ein dritter Erklärungsansatz führt diesen Unterschied auf eine geringere Stigmatisierung von Privatkonkursen in Städten zurück (Agarwal et al., 2011). Höhere Anteile von Gruppen mit erhöhtem Konkursrisiko in den Städten könnten ein weiterer Faktor sein (ASB Schuldnerberatungen GmbH, 2020b). Eine Gegenüberstellung der Konkursquoten mit den Arbeitslosenquoten (nach Arbeitsmarktbezirken; Arbeitsmarktservice Österreich, 2022) und dem Anteil der Pflichtschulabsolventinnen bzw. -absolventen (nach politischen Bezirken; Statistik Austria, 2022) zeigt jedoch keine eindeutigen Muster.

Abbildung 6: **Privatkonkurse nach Gerichtsbezirken 2021**

Eröffnungen je 10.000 Einwohnerinnen bzw. Einwohnern



Q: ASB Schuldnerberatungen GmbH, Edikte; Statistik Austria; Stadt Graz; Stadt Linz; WIFO-Berechnungen. Gemeindedaten aggregiert auf Gerichtsbezirksebene. In Linz und Graz erfolgt die Zuordnung von Stadtbezirken zu Gerichtsbezirken.

Zur Einordnung des österreichischen Konkursgeschehens wird in der Folge ein Überblick der Zusammenhänge mit wesentlichen, in der Literatur behandelten Faktoren gegeben. Abbildung 7 fasst mehrere für Privatkonkurse relevante Zeitreihen für Österreich zusammen. Die linke obere Grafik zeigt nochmals die Entwicklung der Privatkonkurse, allerdings differenziert nach verschiedenen Verfahrenstypen bzw. -ergebnissen. Die Eröffnungen von Fällen, die in Zahlungsplänen oder Abschöpfungsverfahren endeten, entwickelten sich zwar grundsätzlich ähnlich, aber nicht immer parallel. So kam es etwa unmittelbar nach der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise zu einem rascheren Anstieg der Abschöpfungsverfahren.

Die rechte obere Grafik in Abbildung 7 widmet sich der Entwicklung der Verschuldung der österreichischen Haushalte. Im Gegensatz zu Wohnkrediten und sonstigen Krediten

(z. B. für selbständige Erwerbstätigkeit, zur Schuldenkonsolidierung oder zur Ausbildungsfinanzierung), die das Kreditvolumen der privaten Haushalte insgesamt steigen lassen, sind Konsumkredite sowohl absolut als auch in Relation zum Haushaltseinkommen rückläufig. Konsumkredite werden regelmäßig im Zusammenhang mit Privatkonkursen diskutiert, da sie oft unbesichert sind und damit ein Anreiz bestehen könnte, diese Schulden durch die Restschuldbefreiung eines erfolgreichen Schuldenregulierungsverfahrens aufzulösen. White (2007) identifiziert in ihrem Literaturüberblick das rasche Wachstum der Kreditkartenschulden als hauptsächliche Ursache für den lebhaften Anstieg der Fallzahlen in den USA von 1980 bis 2004. Jappelli et al. (2013) ermittelten für Deutschland, England und die USA für den Zeitraum 1980 bis 2012 einen positiven Zusammenhang zwischen dem Anteil der

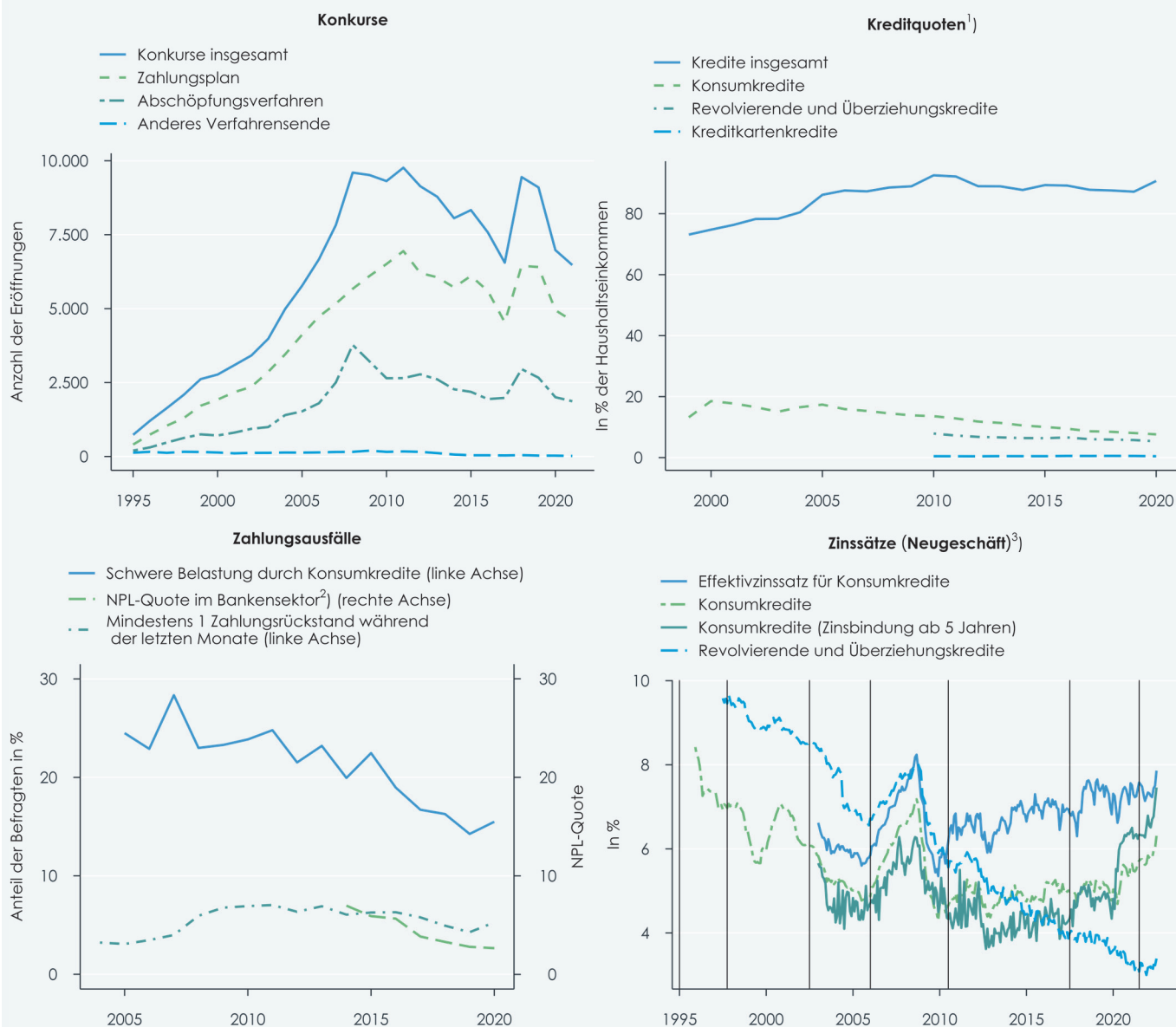
privaten Verschuldung am BIP und der Zahl der Privatkonkurse.

Für Österreich lässt sich – zumindest auf Basis der dargestellten Zeitreihen – kein solcher Zusammenhang erkennen, da der langfristige Anstieg der Privatkonkurse hierzulande nicht mit einer Zunahme von Konsumkrediten korreliert. Die beobachteten Spitzen bei den Konkurszahlen müssten sich dafür direkt in Abschreibungen von unbesicherten Krediten wiederfinden. Da bestimmte Daten, etwa zu Abschreibungsraten von Kreditkartenschulden oder notleidenden Konsumkrediten, in Österreich nur eingeschränkt

zugänglich sind, kann dies nur näherungsweise untersucht werden (Abbildung 7, links unten). Der Anteil der notleidenden Kredite an den gesamten, vom österreichischen Bankensektor an private Haushalte vergebenen Krediten hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich verringert. Bärnthaler et al. (2018) untersuchten für 18 österreichische Banken die Anteile notleidender Kredite nach Kreditarten. Für Konsumkredite zeigte sich dabei bis zum I. Quartal 2017 keine auffällige Entwicklung. Im II. Quartal 2017, also unmittelbar vor Inkrafttreten des IRÄG 2017, war jedoch ein leichter Anstieg des Anteils notleidender Konsumkredite beobachtbar.

Der langfristige Anstieg der Privatkonkurse korreliert nicht mit einer Zunahme von Konsumkrediten.

Abbildung 7: Konkurse und Verschuldungsindikatoren im Zeitverlauf



Q: ASB Schuldnerberatungen GmbH, Edikte; EZB; EU-SILC; Statistik Austria; OeNB; WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Laut VGR: Verbindlichkeiten und verfügbare Einkommen der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Anteil notleidender Kredite und Darlehen der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck bei in Österreich tätigen Banken. NPL ... Non-Performing Loan. – ³⁾ Laut OeNB: Zinsen der Kreditinstitute. Die vertikalen Linien markieren die Zeitpunkte des Inkrafttretens wesentlicher Gesetzesänderungen.

Da die Preisbildung von Krediten eine Ausfallprämie berücksichtigt, sollte sich die Entwicklung der Privatkonkurse auch in den Zinssätzen, speziell für unbesicherte Kredite, wiederfinden (Abbildung 7, rechts unten). Nachdem die Zinsentwicklung von zahlreichen Faktoren wie etwa den wirtschaftlichen Aussichten abhängt, ist es gerade in Krisenphasen kaum möglich, den Einfluss der Privatkonkurse zu isolieren. Die Zinssätze von revolving Krediten, Überziehungskrediten und Konsumkrediten im Bestand (letztere nicht abgebildet) zeigten nach der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise im Wesentlichen

einen Abwärtstrend, der sich bis zu den gegenwärtigen Krisen und den aktuellen Zinserhöhungen der EZB fortsetzte. Betrachtet man allerdings die Zinssätze auf neuvergebene Konsumkredite, so weisen gewisse Zinsanstiege eine zeitliche Nähe zu Privatkonkursformen wie dem IRÄG 2017 und dem einhergehenden Anstieg der Konkurse auf. Dies könnte ein empirischer Beleg für den in der Literatur häufig diskutierten Zusammenhang zwischen Zinssätzen und Privatkonkursen sein (Gross et al., 2021; Indarte, 2022), bedarf jedoch einer genaueren ökonometrischen Untersuchung.

Abbildung 8: Konkurse und Konjunktur in den Bundesländern



Q: ASB Schuldnerberatungen GmbH, Edikte; Statistik Austria; WIFO-Berechnungen.

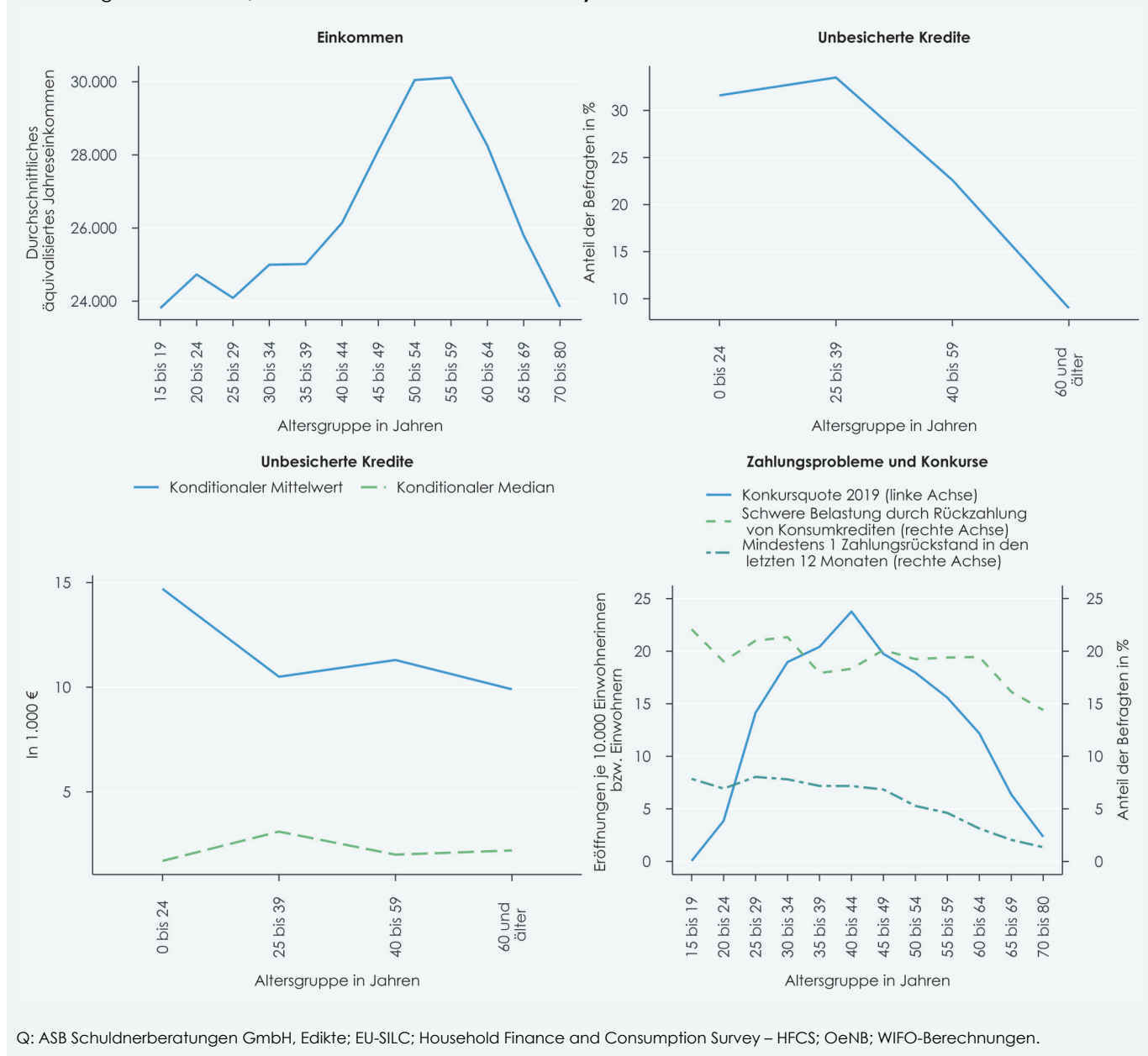
Die Literatur weist auch auf die Bedeutung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage für die Entwicklung der Privatkonkurse, wobei der Effekt allerdings im Ländervergleich unterschiedlich ausfällt (Garrett & Wall, 2014; König, 2016). In Österreich ging etwa die

Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 in den meisten Bundesländern mit einem mehr oder weniger ausgeprägten Anstieg der Privatkonkurse einher (Abbildung 8). Dass sich dieser Zusammenhang in der COVID-19-Krise nicht zeigte, dürfte vor allem mit den

entsprechenden staatlichen Hilfsmaßnahmen zusammenhängen. Während der Lock-downs sank die Zahl der Konkurse schon allein dadurch, dass sich die Gerichte im

Notbetrieb befanden und Schuldnerberatungen nur telefonisch oder online stattfinden konnten (ASB Schuldnerberatungen GmbH, 2020b).

Abbildung 9: **Einkommen, Schulden und Konkurse im Lebenszyklus**



Die Literatur zu Privatkonkursen zeigt weiters, dass die Schuldenaufnahme, ähnlich wie Einkommen und Konsum, im Lebenszyklus üblicherweise einem bestimmten Muster folgt und Privatkonkurse damit vermehrt Personen mittleren Alters betreffen (Exler & Tertilt, 2020). Abbildung 9 (linke obere Grafik) veranschaulicht das durchschnittliche Äquivalenzeinkommen nach Altersgruppen; am höchsten ist es bei den 50- bis 59-Jährigen. Jüngere Personen verfügen noch über ein geringeres Einkommen und nehmen daher vermehrt unbesicherte Kredite auf, während diese Bereitschaft mit fortschreitendem Alter

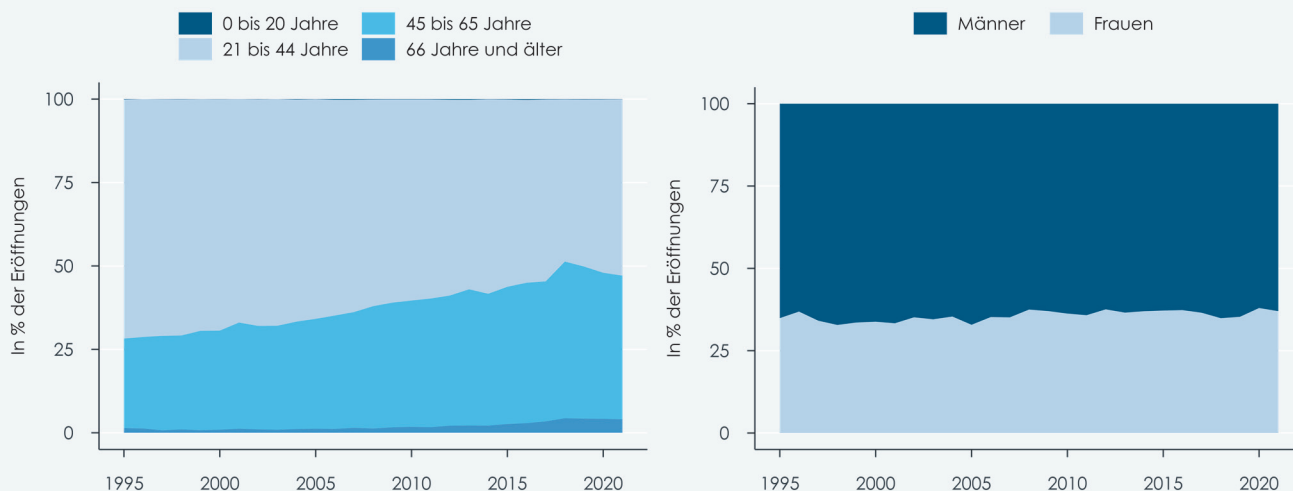
abnimmt (Abbildung 9, rechts oben). Diese Tendenz gilt auch für die Höhe der aufgenommenen Kredite, wobei diese Ergebnisse aufgrund hoher Standardfehler nicht belastbar sind (Abbildung 9, links unten). In Übereinstimmung damit nehmen im Lebenszyklus sowohl die Zahlungsrückstände als auch die Belastung durch die Rückzahlung von Konsumkrediten ab (Abbildung 9, rechts unten). Schließlich zeigt sich auch für die Konkursquoten nach Altersgruppen ein klares Hügelprofil. Personen nehmen tendenziell in jungen Jahren Schulden auf und zahlen diese – meist vollständig – über mehrere

Jahre zurück. Für einige wird die Schuldenlast im Lebensverlauf zu hoch, vor allem dann, wenn das Einkommen, etwa aufgrund unvorhergesehener Ereignisse, hinter den Erwartungen zurückbleibt. Daher kommt es im mittleren Alter vermehrt zu Privatkonkursen.

Das beschriebene Altersprofil ist allerdings keineswegs statisch (Abbildung 10). Viel-

mehr scheint sich das Durchschnittsalter der insolventen Personen im Laufe der Zeit erhöht zu haben. Die Anteile von Männern und Frauen an den Konkursöffnungen blieben hingegen über die Zeit bemerkenswert konstant. Im langjährigen Durchschnitt entfallen etwa 65% der Privatkonkurse auf Männer.

Abbildung 10: Von Privatkonkursen betroffene Personen nach Alter und Geschlecht



Q: ASB Schuldnerberatungen GmbH, Edikte; WIFO-Berechnungen.

Auch in den USA und Deutschland spielen Reformen eine zentrale Rolle für die Entwicklung der Konkurszahlen.

3.2 Einordnung im internationalen Kontext

Aufgrund der unterschiedlichen Verfahrensdetails sind Zahlen zu Privatkonkursen international nicht immer vergleichbar. Die Darstellung beschränkt sich deshalb auf Vergleiche mit den USA und Deutschland. In den USA wurde die Möglichkeit zur Restschuldbefreiung schon sehr früh rechtlich verankert (im frühen 19. Jahrhundert). In Deutschland wurde 1999 und damit etwas später als in Österreich ein vergleichbares Verfahren mit Restschuldbefreiung eingeführt.

Im Langzeitvergleich verzeichnete Österreich zumeist die niedrigste Quote der drei Länder, wobei die USA lange Zeit eine deutlich höhere (und stark schwankende) Konkursquote aufgewiesen hatte. Seit dem Ende der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 ist die Quote in den USA jedoch stark rückläufig, wodurch sie 2021 das Niveau von Deutschland und Österreich erreichte. Dort waren die Quoten ebenso wie deren Verlauf sehr ähnlich. Nur in den ersten drei Jahren nach der Reform von 2017 wies Österreich einen geringfügig höheren Prozentanteil an Privatkonkursöffnungen auf als Deutschland (Abbildung 11).

Auch in den USA und in Deutschland spielten Reformen der Privatkonkursgesetze eine zentrale Rolle für die Entwicklung der

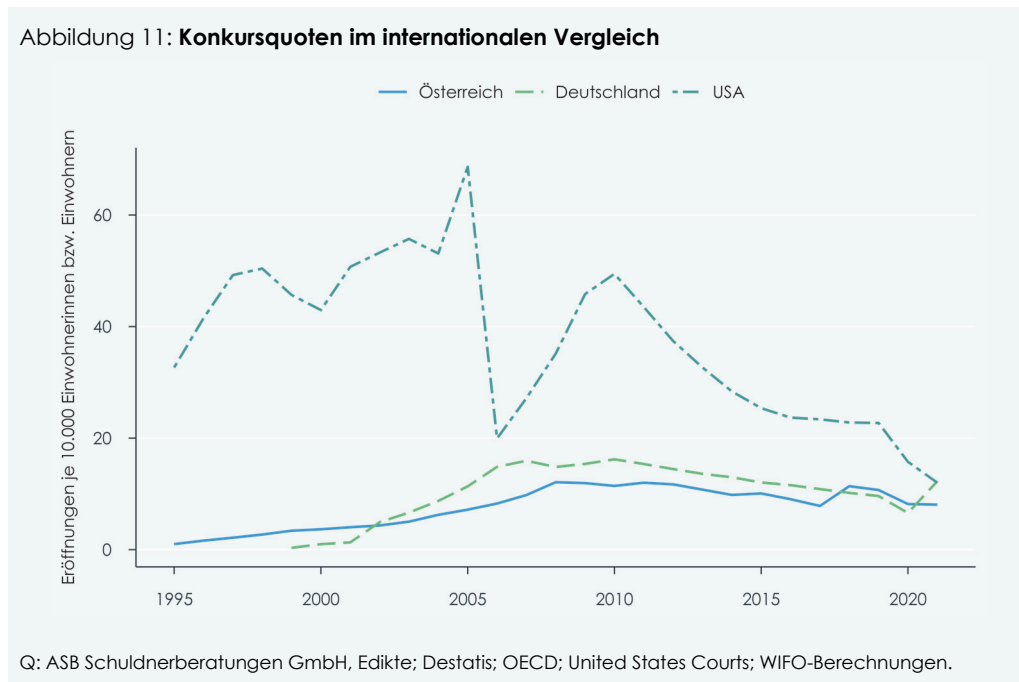
Konkurszahlen. In den USA ist die Insolvenzmöglichkeit für Privatpersonen in ihrer gegenwärtigen Form wesentlich durch den "Bankruptcy Reform Act" von 1978 geprägt. In der ersten Hälfte der 2000er-Jahre löste der starke Anstieg der Privatkonkurse jedoch eine Reformdebatte aus. Durch den daraufhin beschlossenen "Bankruptcy Abuse Prevention and Consumer Protection Act" erhöhte sich der zeitliche und monetäre Aufwand für die Antragstellung deutlich (Executive Office for United States Attorneys, 2006; Indarte, 2022). In der Folge ging die Zahl der Anträge drastisch zurück (Gross et al., 2021) und erreichte das nächste Plateau erst nach der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise (Abbildung 11). Generell ist die Gesetzeslage in den USA aber nach wie vor sehr schuldnerfreundlich (Walter & Krenchel, 2021).

In Deutschland fand die erste größere Reform der Insolvenzordnung von 1999 im Jahr 2013 statt (in Kraft ab Juli 2014). Zentrale Neuerung war, dass die Dauer des Restschuldbefreiungsverfahrens unter bestimmten Bedingungen (u. a. Erfüllung einer Mindesttilgungsquote) von sechs Jahren auf drei oder fünf Jahre verkürzt werden konnte (Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen, 2019). Die zweite größere Reform betrifft alle Insolvenzen, die ab dem 1. 10. 2020 beantragt wurden (Onwusoanya, 2021). Die Frist für das Restschuldbefreiungsverfahren wurde hierbei grundsätzlich auf drei Jahre

herabgesetzt. Eine Mindestquote bei der Schuldentilgung ist seither nicht mehr erforderlich (davor 35%). Im Folgejahr der Reform

(2021) kam es in Deutschland zu einem starken Anstieg der Konkursöffnungen (Abbildung 11).

Abbildung 11: Konkursquoten im internationalen Vergleich



4. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Aufgrund der Restschuldbefreiung sind Privatkonkursverfahren ein zentrales Instrument, um überschuldeten bzw. zahlungsunfähigen Personen einen Neubeginn zu ermöglichen. In Österreich sind die Entschuldungsbedingungen für Schuldnerinnen und Schuldner im Zeitverlauf tendenziell gelockert geworden, zumindest auf formeller Ebene. Dieser Beitrag analysierte die Entwicklung der Privatkonkurszahlen und -quoten im Kontext verschiedener makroökonomischer Kennzahlen. Wie die internationale Literatur zeigt, sind sowohl die gesetzlichen Regelungen als auch der wirtschaftliche Kontext wichtige Erklärungsfaktoren für die Entwicklung der Privatkonkurse.

Die Zahl der Privatkonkurse legte in Österreich bis Ende der 2000er-Jahre kontinuierlich zu, gefolgt von einem schwachen Rückgang bis 2017. 2018 kam es erneut zu einem deutlichen Anstieg im Gefolge einer größeren Reform des Privatkonkursrechts. Im ersten Jahr der COVID-19-Krise zeigte sich im Vergleich zum Vorjahr noch keine Zunahme der Fallzahlen. Dies wird oftmals auf die staatlichen Hilfen bei privaten Kredit- und Mietzahlungen zurückgeführt, sowie auf die behördlichen Kontaktbeschränkungen, die in einem Rückgang der Anträge und Beratungsgespräche resultierten. Erst 2021 nahm die Zahl der Privatkonkurse langsam wieder zu.

Eine Zunahme von Privatkonkursen bedeutet einerseits, dass mehr Personen sich und ihr soziales Umfeld durch Restschuldbefreiung und Zinsenstopp entlasten können (ASB Schuldnerberatungen GmbH, 2020a). Andererseits kann sich aber auch die Grundgesamtheit der Risikopersonen vergrößert haben, z. B. ceteris paribus aufgrund häufigerer schlechter Finanzentscheidungen bzw. eines Anstiegs riskanter Kreditaufnahmen, und bzw. oder infolge höherer exogener Risiken (durch ökonomische Schocks). In den Daten zu den Konkursöffnungen vermischen sich diese beiden Aspekte. Insgesamt ist deshalb eine ganzheitliche Betrachtung unter Berücksichtigung mehrerer Indikatoren zur finanziellen Liquidität sinnvoll (z. B. Zahlungsrückstände, durchschnittliche Dauer bis zur Restschuldbefreiung ab Beginn des Zahlungsplans bzw. des Abschöpfungsverfahrens, Quote bzw. Zahl der "Restschuldbefreiten").

Wie die Analyse für Österreich zeigte, hängt die Zahl der Privatkonkurse mit der Konjunktur und insbesondere mit größeren rechtlichen Reformschritten (2017) zusammen. Weiters weisen urbane Ballungsräume überdurchschnittliche Konkursquoten auf. Um detaillierte kausale Zusammenhänge und die Auswirkungen der kräftigen Teuerung ab 2022 zu identifizieren, sind jedoch vertiefende Analysen erforderlich.

5. Literaturhinweise

- Adkisson, R. V., & Saucedo, E. (2012). Emulation and state-by-state variations in bankruptcy rates. *Journal of Socio-economics*, 41(4), 400-407. <https://doi.org/10.1016/j.soec.2012.04.008>.
- Agarwal, S., Chomsisengphet, S., & Liu, C. (2011). Consumer bankruptcy and default: The role of individual social capital. *Journal of Economic Psychology*, 32(4), 632-650. <https://doi.org/10.1016/j.joep.2010.11.007>.
- Angel, S. (2016). The effect of over-indebtedness on health: Comparative analyses for Europe. *Kyklos*, 69(2), 208-227. <https://doi.org/10.1111/kykl.12109>.
- Arbeitsmarktservice Österreich (2022). *Arbeitsmarkt in Karten, Jahr 2021*. https://www.ams.at/content/dam/download/arbeitsmarktdaten/%C3%B6sterreich/berichte-auswertungen/001_ams_karten_2021jahr.pdf.
- ASB Schuldnerberatungen GmbH (2020a). *Schuldenreport 2020*.
- ASB Schuldnerberatungen GmbH (2020b, 8. Oktober). *Ein Viertel weniger Privatkonkurse*. Webportal der staatlich anerkannten Schuldnerberatungen in Österreich. https://www.schuldenberatung.at/fachpublikum/news/2020/10/PK_Q3_2020.php.
- ASB Schuldnerberatungen GmbH (2022). *Schuldenreport 2022*.
- Bärnthaler, P., Elsinger, H., Fessler, P., & Woschnagg, E. (2018). Nonperforming exposures of Austrian banks – decomposing aggregate measures. *Financial Stability Report*, (36), 40-55.
- Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz – BMSGPK (2022). *Ausweg gesucht. Schulden und Privatkonkurs – Stand 2022*. <https://broschuerenservice.sozialministerium.at/Home/Download?publicationId=269>.
- Chatterjee, S. (2008). The Economic Logic of a Fresh Start. *Business Review*, (Q1), 1-8.
- Chen, D., & Zhao, J. (2017). The impact of personal bankruptcy on labor supply decisions. *Review of Economic Dynamics*, 26, 40-61. <https://doi.org/10.1016/j.red.2017.02.004>.
- Executive Office for United States Attorneys (2006). *Bankruptcy Abuse Prevention and Consumer Protection Act of 2005 I. 54(4)*. <https://www.justice.gov/sites/default/files/usao/legacy/2006/09/07/usab5404.pdf>.
- Exler, F., & Tertilt, M. (2020). Consumer Debt and Default: A Macro Perspective. *Oxford Research Encyclopedia of Economics and Finance*. <https://doi.org/10.1093/ocrefore/9780190625979.013.519>.
- Fitzka, M., & Niederreiter, P. (2015). *20 Jahre Privatkonkurs*. 10. Armutskonferenz 2015. https://www.armutskonferenz.at/media/fitzka-niederreiter_20-jahre-privatkonkurs_10armkon-2015.pdf.
- Garrett, T. A., & Wall, H. J. (2014). Personal-bankruptcy cycles. *Macroeconomic Dynamics*, 18(7), 1488-1507. <https://doi.org/10.1017/S1365100512001058>.
- Gross, T., Kluender, R., Liu, F., Notowidigdo, M. J., & Wang, J. (2021). The Economic Consequences of Bankruptcy Reform. *American Economic Review*, 111(7), 2309-2341. <https://doi.org/10.1257/aer.20191311>.
- Heuer, J.-O. (2019). Consumer Insolvency Proceedings In Europe: An Introduction To Consumer Over-Indebtedness And Debt Relief. In Kadner Graziano, T., Bojars, J., & Sajadova, V. (Hrsg.), *A Guide To Consumer Insolvency Proceedings In Europe* (S. 2-12). Edward Elgar Publishing. https://www.elgaronline.com/view/edcoll/9781788975643/11_chapter1.xhtml.
- Indarte, S. (2022). *The Costs and Benefits of Household Debt Relief*. https://sashaindarte.github.io/research/si_INET_debt_relief.pdf.
- Jappelli, T., Pagano, M., & Maggio, M. D. (2013). Households' indebtedness and financial fragility. *Journal of Financial Management, Markets and Institutions*, 1(1), 23-46. <https://www.rivisteweb.it/download/article/10.12831/73631>.
- Jürgens, S. (2004). Die Novellen zum Privatkonkurs. *ASB Informationen*, (48), 18-21.
- Kadner Graziano, T., Bojars, J., & Sajadova, V. (2019). *A Guide to Consumer Insolvency Proceedings in Europe*. Edward Elgar Publishing. <https://www.elgaronline.com/view/edcoll/9781788975643/9781788975643.xml>.
- König, N. (2016). Personal insolvency dynamics in Germany and the UK: A SUR-TAR approach. *DEP (Socioeconomics) Discussion Papers, Macroeconomics and Finance Series*, (2).
- KSV1870 Holding AG (2022, 10. Jänner). *Insolvenzstatistik 2021: Privatkonkurse leicht im Minus*. Pressemitteilung.
- McIntyre, S. G. (2017). Personal indebtedness, community characteristics and theft crimes. *Urban Studies*, 54(10), 2395-2419. <https://doi.org/10.1177/0042098016647335>.
- Onwuasoanya, C. (2021). In drei Jahren schuldenfrei – Die Reform der Insolvenzordnung. *Kompass*, 131(11-12), 3-10.
- Sajadova, V. (2019). Consumer Insolvency Proceedings: Comparative Legal Aspects. In Kadner Graziano, T., Bojars, J., & Sajadova, V. (Hrsg.), *A Guide To Consumer Insolvency Proceedings In Europe* (S. 13-98). Edward Elgar Publishing. https://www.elgaronline.com/view/edcoll/9781788975643/11_chapter1.xhtml.
- Statistik Austria (2022). *Bildung in Zahlen 2020/21. Schlüsselindikatoren und Analysen*. <https://www.statistik.gv.at/fileadmin/publications/Biz-2020-2021.pdf>.
- Turunen, E., & Hillamo, H. (2014). Health effects of indebtedness: A systematic review. *BMC Public Health*, 14(489). <https://doi.org/10.1186/1471-2458-14-489>.

Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen (2019, 4. Oktober). *Privatinsolvenz in NRW: Rückblick auf 20 Jahre Insolvenzordnung*. Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen. <https://www.verbraucherzentrale.nrw/wissen/geldversicherungen/kredit-schulden-insolvenz/privatinsolvenz-in-nrw-rueckblick-auf-20-jahre-insolvenzordnung-39749>.

Walter, G., & Krenchel, J. V. (2021). The Leniency of Personal Bankruptcy Regulations in the EU Countries. *Risks*, 9(9), 162. <https://doi.org/10.3390/risks9090162>.

White, M. J. (2007). Bankruptcy reform and credit cards. *Journal of Economic Perspectives*, 21(4), 175-199. <https://doi.org/10.3386/w13265>.

White, M. J. (2017). Economics of Bankruptcy. In Parisi, F. (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Law and Economics* (S. 447-480). Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/oxfordhb/9780199684205.013.029>.

94th Euroconstruct Conference: European Construction Market Outlook until 2025 – Nearly all factors negative as European construction looks set to stagnate. Summary Report

November 2022, 190 pages, 1,150 €, <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/70451>

The 94th Euroconstruct forecasts from Autumn and Winter 2022 show stagnation in the construction markets covered by the 19 members of the network in 2023 and 2024. However, the development in the individual construction sub-sectors is varied. The weak development is mainly attributable to the unfavourable performance of residential construction, both in new buildings and in refurbishment. The era of low-interest rates led to a boom in new-build housing across Europe, but the situation has changed substantially in the past six months. While building construction, in general, is currently under pressure, European civil engineering is still showing a much better development, driven by ecological investments (sustainable transport infrastructure, power supply, etc.). Detailed results and forecasts were presented to a professional audience at the 94th Euroconstruct Conference in London (United Kingdom) on 18 November 2022. The Euroconstruct Summary Report provides a macroeconomic analysis and an overview of the European construction industry by sectors (housing, non-residential construction, and civil engineering; split into new and renovation, respectively) up to 2025. With contributions by Mohammed Chaudhri, Roch-Eloi Grivet, James Ison, Nathalie Kouassi, Pascal Marlier, Pekka Pajakala, Markku Riihimäki, Mariusz Sochacki.

94th Euroconstruct Conference: European Construction Market Outlook until 2025 – Nearly all factors negative as European construction looks set to stagnate. Country Reports

November 2022, 484 pages, 1,200 €, <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/70449>

The Autumn or Winter update on the development of European construction markets, presented at the 94th Euroconstruct conference organised by Experian and Barbour ABI in London on 18 November 2022, shows a flattening of construction markets in 2023 and 2024. The European construction industry is facing headwinds from various directions (like less favourable financing conditions, and high construction costs in combination with a general economic slowdown). Euroconstruct forecasts an average real growth in output of 0.3 percent in 2023 compared to the previous year. Overall, construction volume is forecasted to reach 1,902 billion € in the Euroconstruct area in 2023. The Euroconstruct Country Report provides detailed information about the construction market trends and its fundamentals in each of the 19 Euroconstruct member countries until 2025. The forecasts and analyses are presented at the country level and are based on a comparable harmonised dataset for the major construction sectors and indicators. The macroeconomic framework conditions are included additionally. With contributions by Anne-Sophie Alsif, Anders Bjerre, Anna Brinkhagen, Mohammed Chaudhri, Antonio Coimbra, Ludwig Dorffmeister, Thomas Endhoven, Josep Ramon Fontana, David Frič, János Gáspár, Roch-Eloi Grivet, Paul Groot, Annette Hughes, Michael Klien, Radovan Kostelník, Nathalie Kouassi, Vladimír Lenko, Jean-Pierre Liebaert, Patric Lindqvist, Nejra Macic, Simon Mahoney, Pascal Marlier, Sem van Meurs, Antonio Mura, Markku Riihimäki, Stefanie Siegrist, Mariusz Sochacki, Antonella Stemperini, Marte Herje Strømme, Mercedes Tascetta, Ludvig Ugglå and Michael Weingärtler.

94th Euroconstruct Conference: European Construction Market Outlook until 2025 – Austrian Construction Market Development. Country Report Austria

Michael Klien, Michael Weingärtler

November 2022, 40 pages, 240 €, <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/70445>

The Austrian construction industry will stagnate in 2022, despite high production increases. The massive increase in construction costs, which are expected to rise by around 10 percent in 2022 compared to the previous year, will dampen real growth in the construction industry significantly. In combination with the already expected downward trend in residential construction, 2023 will also see only low growth rates. The years 2024 and 2025 will then also be characterised by only weak momentum with rates below 1 percent, despite clear impulses in civil engineering.

Kennzahlen zur Wirtschaftslage

1. Internationale Konjunkturindikatoren

- Übersicht 1: Standardisierte Arbeitslosenquote
- Übersicht 2: Verbraucherpreise
- Übersicht 3: Internationale Aktienkursindizes
- Übersicht 4: Dreimonatszinssätze
- Übersicht 5: Sekundärmarktrendite

2. Kennzahlen für Österreich

2.1 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESGV 2010

- Übersicht 8: Verwendung des Bruttoinlandsproduktes und Herstellung von Waren
- Übersicht 9: Einkommen und Produktivität

2.2 Konjunkturklima

- Übersicht 10: WIFO-Konjunkturklimaindex

2.3 Tourismus

- Übersicht 11: Tourismusedwicklung in der laufenden Saison

2.4 Außenhandel

- Übersicht 12: Warenexporte und Warenimporte

2.5 Landwirtschaft

- Übersicht 13: Markt- und Preisentwicklung von Agrarprodukten

2.6 Herstellung von Waren

- Übersicht 14: Produktion, Beschäftigung und Auftragslage
- Übersicht 15: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests für die Sachgütererzeugung

2.7 Bauwirtschaft

- Übersicht 16: Bauwesen

2.8 Binnenhandel

- Übersicht 17: Umsätze und Beschäftigung

2.9 Private Haushalte

- Übersicht 18: Privater Konsum, Sparquote, Konsumklima

2.10 Verkehr

- Übersicht 19: Güter- und Personenverkehr

1.1 Wechselkurse

- Übersicht 6: Referenzkurse der wichtigsten Währungen zum Euro

1.2 Weltmarkt-Rohstoffpreise

- Übersicht 7: HWWI-Index

2.11 Bankenstatistik

- Übersicht 20: Zinssätze, Bankeinlagen und -kredite

2.12 Arbeitsmarkt

- Übersicht 21: Saisonbereinigte Arbeitsmarktindikatoren
- Übersicht 22: Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und offene Stellen
- Übersicht 23: Arbeitslosenquote und Stellenandrang

2.13 Preise und Löhne

- Übersicht 24: Verbraucherpreise und Großhandelspreise
- Übersicht 25: Tariflöhne
- Übersicht 26: Effektivverdienste

2.14 Soziale Sicherheit

- Übersicht 27: Pensionen nach Pensionsversicherungsträgern
- Übersicht 28: Pensionen nach Pensionsarten
- Übersicht 29: Durchschnittsalter bei Neuzuerkennung der Pension in Jahren
- Übersicht 30: Beiträge des Bundes zur Pensionsversicherung

2.15 Entwicklung in den Bundesländern

- Übersicht 31: Tourismus – Übernachtungen
- Übersicht 32: Abgesetzte Produktion der Sachgütererzeugung
- Übersicht 33: Abgesetzte Produktion im Bauwesen
- Übersicht 34: Beschäftigung
- Übersicht 35: Arbeitslosigkeit
- Übersicht 36: Arbeitslosenquote

2.16 Staatshaushalt

- Übersicht 37: Staatsquoten

Der Tabellensatz "Kennzahlen zur Wirtschaftslage" bietet monatlich einen Überblick über die wichtigsten Indikatoren zur Entwicklung der österreichischen und internationalen Wirtschaft. Die Daten werden unmittelbar vor Redaktionsschluss aus der Volkswirtschaftlichen Datenbank des WIFO abgefragt. Täglich aktuelle Informationen enthalten die "WIFO-Wirtschaftsdaten" auf der WIFO-Website (<https://www.wifo.ac.at/daten/wifo-wirtschaftsdaten>).

1. Internationale Konjunkturindikatoren

Übersicht 1: Standardisierte Arbeitslosenquote

	2019	2020	2021	2021	2022	2022	2022	2022	2022	2022	2022	2022	2022
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober
	In % der Erwerbspersonen (saisonbereinigt)												
OECD insgesamt	5,4	7,2	6,2	5,5	5,2	5,0	4,9	5,0	4,9	4,9	4,9	4,9	4,9
USA	3,7	8,1	5,4	4,2	3,8	3,6	3,6	3,6	3,6	3,5	3,7	3,5	3,7
Japan	2,4	2,8	2,8	2,7	2,7	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6	2,5	2,6	2,6
Euro-Raum	7,6	8,0	7,7	7,1	6,8	6,7	6,6	6,7	6,7	6,6	6,7	6,6	6,5
Belgien	5,5	5,7	6,3	5,8	5,3	5,8	5,4	5,9	5,8	5,5	5,4	5,4	5,4
Deutschland	3,0	3,7	3,6	3,3	3,1	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0
Irland	5,0	5,9	6,2	5,2	4,8	4,3	4,4	4,2	4,2	4,3	4,4	4,4	4,4
Griechenland	17,9	17,6	14,8	13,1	13,2	12,6	12,2	12,7	12,5	12,4	12,3	12,0	11,6
Spanien	14,1	15,6	14,8	13,5	13,3	12,7	12,6	12,6	12,6	12,6	12,6	12,7	12,5
Frankreich	8,4	8,0	7,9	7,5	7,3	7,6	7,2	7,6	7,6	7,3	7,2	7,1	7,1
Italien	9,9	9,3	9,5	9,0	8,5	8,1	7,9	8,1	8,0	7,9	7,9	7,9	7,8
Luxemburg	5,6	6,7	5,4	4,7	4,5	4,3	4,4	4,3	4,3	4,3	4,4	4,5	4,6
Niederlande	4,4	4,9	4,2	3,8	3,4	3,3	3,7	3,3	3,4	3,6	3,8	3,8	3,7
Österreich	4,8	6,1	6,2	5,3	4,6	4,4	4,9	4,7	4,2	4,6	5,2	5,1	4,6
Portugal	6,7	7,1	6,6	6,1	5,8	6,0	6,0	6,0	6,0	6,0	6,0	6,1	6,1
Slowakei	5,7	6,6	6,8	6,5	6,4	6,2	6,0	6,2	6,1	6,1	6,0	6,0	5,9
Finnland	6,7	7,8	7,6	6,9	6,7	6,4	7,3	6,1	6,8	7,2	7,3	7,3	6,4
Tschechien	2,0	2,6	2,8	2,3	2,4	2,4	2,3	2,4	2,4	2,4	2,4	2,2	2,1
Ungarn	3,3	4,1	4,0	3,8	3,6	3,3	3,6	3,5	3,1	3,6	3,5	3,6	3,6
Polen	3,3	3,2	3,3	3,0	2,8	2,8	3,0	2,8	2,9	2,9	3,0	3,0	3,0
Schweiz	4,4	4,8	5,1	4,6	4,4	4,3	-	-	-	-	-	-	-

Q: OECD; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 2: Verbraucherpreise

	2019	2020	2021	2021	2022				2022					
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Verbraucherpreisindex														
OECD insgesamt	+ 2,1	+ 1,4	+ 4,0	+ 5,9	+ 7,9	+ 9,7	+10,3	+ 9,7	+10,3	+10,2	+10,3	+10,5	+10,7	
USA	+ 1,8	+ 1,2	+ 4,7	+ 6,7	+ 8,0	+ 8,6	+ 8,3	+ 8,6	+ 9,1	+ 8,5	+ 8,3	+ 8,2	+ 7,7	
Japan	+ 0,5	- 0,0	- 0,2	+ 0,5	+ 0,9	+ 2,4	+ 2,9	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,6	+ 3,0	+ 3,0	+ 3,7	
Harmonisierter VPI														
Euro-Raum	+ 1,2	+ 0,3	+ 2,6	+ 4,6	+ 6,1	+ 8,0	+ 9,3	+ 8,1	+ 8,6	+ 8,9	+ 9,1	+ 9,9	+10,6	
Belgien	+ 1,2	+ 0,4	+ 3,2	+ 6,4	+ 9,1	+ 9,9	+11,0	+ 9,9	+10,5	+10,4	+10,5	+12,1	+13,1	
Deutschland	+ 1,4	+ 0,4	+ 3,2	+ 5,4	+ 6,1	+ 8,3	+ 9,4	+ 8,7	+ 8,2	+ 8,5	+ 8,8	+10,9	+11,6	
Irland	+ 0,9	- 0,5	+ 2,4	+ 5,4	+ 5,9	+ 8,4	+ 9,1	+ 8,3	+ 9,6	+ 9,6	+ 9,0	+ 8,6	+ 9,4	
Griechenland	+ 0,5	- 1,3	+ 0,6	+ 3,7	+ 6,6	+10,4	+11,5	+10,5	+11,6	+11,3	+11,2	+12,1	+ 9,5	
Spanien	+ 0,8	- 0,3	+ 3,0	+ 5,8	+ 7,9	+ 8,9	+10,0	+ 8,5	+10,0	+10,7	+10,5	+ 9,0	+ 7,3	
Frankreich	+ 1,3	+ 0,5	+ 2,1	+ 3,3	+ 4,2	+ 5,9	+ 6,5	+ 5,8	+ 6,5	+ 6,8	+ 6,6	+ 6,2	+ 7,1	
Italien	+ 0,6	- 0,1	+ 1,9	+ 3,7	+ 6,0	+ 7,4	+ 8,9	+ 7,3	+ 8,5	+ 8,4	+ 9,1	+ 9,4	+12,6	
Luxemburg	+ 1,6	+ 0,0	+ 3,5	+ 5,7	+ 6,8	+ 9,5	+ 8,9	+ 9,1	+10,3	+ 9,3	+ 8,6	+ 8,8	+ 8,8	
Niederlande	+ 2,7	+ 1,1	+ 2,8	+ 5,3	+ 8,9	+10,4	+14,1	+10,2	+ 9,9	+11,6	+13,7	+17,1	+16,8	
Österreich	+ 1,5	+ 1,4	+ 2,8	+ 3,9	+ 5,5	+ 7,9	+ 9,9	+ 7,7	+ 8,7	+ 9,4	+ 9,3	+11,0	+11,6	
Portugal	+ 0,3	- 0,1	+ 0,9	+ 2,4	+ 4,4	+ 8,2	+ 9,5	+ 8,1	+ 9,0	+ 9,4	+ 9,3	+ 9,8	+10,6	
Slowakei	+ 2,8	+ 2,0	+ 2,8	+ 4,8	+ 8,5	+11,8	+13,3	+11,8	+12,6	+12,8	+13,4	+13,6	+14,5	
Finnland	+ 1,1	+ 0,4	+ 2,1	+ 3,1	+ 4,8	+ 7,0	+ 8,1	+ 7,1	+ 8,1	+ 8,0	+ 7,9	+ 8,4	+ 8,4	
Tschechien	+ 2,6	+ 3,3	+ 3,3	+ 5,0	+10,2	+15,0	+17,4	+15,2	+16,6	+17,3	+17,1	+17,8	+15,5	
Ungarn	+ 3,4	+ 3,4	+ 5,2	+ 7,1	+ 8,3	+11,0	+18,0	+10,8	+12,6	+14,7	+18,6	+20,7	+21,9	
Polen	+ 2,1	+ 3,7	+ 5,2	+ 7,3	+ 9,0	+12,8	+14,9	+12,8	+14,2	+14,2	+14,8	+15,7	+16,4	
Schweiz	+ 0,4	- 0,8	+ 0,5	+ 1,4	+ 1,9	+ 2,8	+ 3,3	+ 2,7	+ 3,2	+ 3,3	+ 3,3	+ 3,2	+ 2,9	

Q: Statistik Austria; OECD; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 3: Internationale Aktienkursindizes

	2019	2020	2021	2021	2022				2022			
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November
	Veränderung gegen das Vorjahr in %											
Europa, MSCI Europa	+ 0,8	- 4,3	+ 23,0	+ 25,8	+ 11,4	- 2,3	- 10,1	- 8,9	- 8,2	- 13,4	- 15,2	- 11,7
Euro-Raum, STOXX 50	+ 1,4	- 4,7	+ 22,9	+ 25,2	+ 9,2	- 8,3	- 13,7	- 13,3	- 11,4	- 16,6	- 16,2	- 10,8
Deutschland, DAX 30	- 1,3	+ 1,9	+ 23,3	+ 20,5	+ 5,7	- 9,7	- 16,7	- 16,6	- 15,0	- 18,6	- 17,7	- 11,7
Österreich, ATX	- 9,0	- 20,5	+ 42,5	+ 56,9	+ 20,1	- 5,3	- 17,8	- 15,8	- 16,1	- 21,7	- 25,3	- 16,9
Vereinigtes Königreich, FTSE 100	- 1,2	- 13,7	+ 11,6	+ 16,9	+ 11,6	+ 5,8	+ 3,0	+ 2,5	+ 4,6	+ 1,8	- 2,7	+ 1,4
Ostmitteleuropa, CECE Composite Index	- 3,1	- 22,1	+ 20,4	+ 34,0	+ 13,9	- 10,5	- 27,8	- 23,3	- 26,0	- 34,0	- 38,2	- 25,8
Tschechien, PX 50	- 3,2	- 11,6	+ 29,1	+ 48,7	+ 30,7	+ 16,9	- 3,0	+ 4,7	- 3,6	- 9,1	- 14,2	- 9,8
Ungarn, BUX Index	+ 10,0	- 10,2	+ 29,6	+ 41,9	+ 10,7	- 9,5	- 17,8	- 15,3	- 15,1	- 23,2	- 26,6	- 16,5
Polen, WIG Index	- 1,3	- 13,9	+ 29,4	+ 37,8	+ 13,4	- 9,1	- 24,6	- 20,7	- 21,5	- 30,9	- 35,5	- 23,8
Russland, RTS Index	+ 12,7	- 4,0	+ 28,0	+ 39,1	- 7,3	- 25,6	- 30,2	- 28,6	- 30,7	- 31,1	- 44,1	- 35,3
Amerika												
USA, Dow Jones Industrial Average	+ 5,3	+ 2,0	+ 26,4	+ 22,1	+ 9,9	- 4,2	- 9,0	- 9,4	- 6,3	- 11,6	- 12,8	- 6,7
USA, S&P 500 Index	+ 6,1	+ 10,5	+ 32,8	+ 29,5	+ 15,5	- 1,9	- 10,0	- 10,4	- 6,6	- 13,4	- 16,5	- 16,1
Brasilien, BM&FBOVESPA	+ 23,3	- 1,9	+ 18,4	+ 0,6	- 4,6	- 12,1	- 11,1	- 21,3	- 8,5	- 3,0	+ 4,9	+ 7,6
Asien												
Japan, Nikkei 225	- 2,7	+ 4,7	+ 27,0	+ 14,4	- 6,4	- 7,2	- 3,3	- 4,0	+ 2,4	- 8,3	- 5,6	- 5,0
China, Shanghai Index	- 0,8	+ 7,2	+ 13,1	+ 6,8	- 3,0	- 9,5	- 8,7	- 5,9	- 7,2	- 13,1	- 15,9	- 13,0
Indien, Sensex 30 Index	+ 8,3	- 1,1	+ 41,8	+ 36,9	+ 16,1	+ 9,5	+ 3,5	+ 3,8	+ 6,8	+ 0,1	- 3,0	+ 3,6

Q: Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at

Übersicht 4: Dreimonatszinssätze

	2019	2020	2021	2021	2022				2022				
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juni	Juli	August	September	Oktober	November
	In %												
USA	2,2	0,6	0,1	0,1	0,4	1,4	2,8	1,9	2,5	2,8	3,2	3,9	4,5
Japan	0,0	- 0,0	- 0,1	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,0	0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	.
Kanada	1,9	0,6	0,2	0,3	0,7	1,8	3,4	2,2	3,0	3,4	3,8	4,2	4,4
Euro-Raum	- 0,4	- 0,4	- 0,5	- 0,6	- 0,5	- 0,4	0,5	- 0,2	0,0	0,4	1,0	1,4	1,8
Tschechien	2,1	0,9	1,1	2,8	4,6	6,0	7,3	6,6	7,3	7,3	7,3	7,3	7,3
Dänemark	- 0,4	- 0,2	- 0,2	- 0,3	- 0,3	- 0,1	0,8	0,0	0,3	0,7	1,3	1,8	2,1
Ungarn	0,2	0,7	1,4	2,8	4,8	6,8	12,1	7,5	11,1	12,0	13,1	16,7	15,5
Polen	1,7	0,6	0,6	1,8	3,8	6,6	7,1	7,1	7,0	7,1	7,2	7,5	7,3
Schweden	- 0,4	- 0,1	- 0,2	- 0,3	- 0,2	0,2	1,1	0,5	0,8	1,1	1,5	1,6	1,7
Vereinigtes Königreich	0,8	0,3	0,1	0,2	0,8	1,3	2,3	1,6	1,8	2,2	2,9	3,4	3,5
Norwegen	1,6	0,7	0,5	0,9	1,2	1,4	2,6	1,7	2,2	2,6	2,9	3,3	3,5
Schweiz	- 0,8	- 0,7	- 0,7	- 0,7	- 0,7	- 0,6	0,1	- 0,4	- 0,1	0,1	0,5	0,5	.

Q: OECD; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at, comelia.schober@wifo.ac.at

Übersicht 5: Sekundärmarktrendite

	2019	2020	2021	2021		2022			2022				
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juni	Juli	August	September	Oktober	November
	In %												
USA	2,1	0,9	1,4	1,5	1,9	2,9	3,1	3,1	2,9	2,9	3,5	4,0	3,9
Japan	- 0,1	- 0,0	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Kanada	1,6	0,8	1,4	1,6	1,9	3,0	3,0	3,3	3,0	2,9	3,1	3,4	3,2
Euro-Raum	0,6	0,2	0,2	0,3	0,8	2,0	2,3	2,4	2,1	2,1	2,8	3,2	2,9
Belgien	0,2	- 0,1	- 0,0	0,1	0,5	1,7	2,0	2,1	1,8	1,7	2,5	2,8	2,7
Deutschland	- 0,3	- 0,5	- 0,4	- 0,3	0,1	1,0	1,3	1,5	1,1	1,0	1,8	2,2	2,1
Irland	0,3	- 0,1	0,1	0,2	0,7	1,7	2,0	2,1	1,7	1,7	2,4	2,7	2,5
Griechenland	2,6	1,3	0,9	1,2	2,2	3,5	3,8	3,9	3,4	3,5	4,4	4,9	4,4
Spanien	0,7	0,4	0,3	0,5	1,0	2,1	2,5	2,6	2,3	2,2	2,9	3,3	3,1
Frankreich	0,1	- 0,1	0,0	0,1	0,6	1,6	1,9	2,1	1,7	1,7	2,4	2,8	2,6
Italien	2,0	1,2	0,8	1,0	1,7	3,0	3,6	3,6	3,4	3,3	4,1	4,5	4,2
Luxemburg	- 0,1	- 0,4	- 0,4	- 0,2	0,3	1,7	2,1	2,2	1,9	1,8	2,6	3,0	2,7
Niederlande	- 0,1	- 0,4	- 0,3	- 0,3	0,2	1,2	1,7	1,8	1,5	1,4	2,1	2,5	2,4
Österreich	0,1	- 0,2	- 0,1	0,0	0,5	1,6	1,9	2,1	1,7	1,7	2,5	2,9	2,7
Portugal	0,8	0,4	0,3	0,4	0,9	2,2	2,4	2,7	2,3	2,2	2,9	3,3	3,0
Finnland	0,1	- 0,2	- 0,1	0,0	0,5	1,6	2,0	2,1	1,7	1,6	2,5	2,9	2,7
Dänemark	- 0,2	- 0,4	- 0,1	0,0	0,4	1,4	1,7	1,8	1,6	1,4	2,2	2,6	2,4
Schweden	0,0	- 0,0	0,3	0,3	0,6	1,7	1,7	1,9	1,5	1,6	2,1	2,3	2,1
Vereinigtes Königreich	0,9	0,3	0,7	1,0	1,4	2,0	2,6	2,4	2,1	2,3	3,4	4,0	3,3
Norwegen	1,5	0,8	1,4	1,6	2,1	2,8	3,1	3,0	2,9	3,0	3,3	3,5	3,2
Schweiz	- 0,5	- 0,5	- 0,3	- 0,2	0,2	0,9	0,8	1,2	0,8	0,6	1,1	1,3	1,1

Q: OeNB; OECD; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Rendite langfristiger staatlicher Schuldverschreibungen. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at, cornelia.schober@wifo.ac.at

1.1 Wechselkurse

Übersicht 6: Referenzkurse der wichtigsten Währungen zum Euro

	2019	2020	2021	2021		2022			2022				
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November
	Fremdwährung je Euro												
Dollar	1,12	1,14	1,18	1,18	1,14	1,12	1,07	1,01	1,02	1,01	0,99	0,98	1,02
Yen	122,06	121,78	129,86	129,76	130,04	130,46	138,14	139,20	139,17	136,85	141,57	144,73	145,12
Schweizer Franken	1,11	1,07	1,08	1,08	1,05	1,04	1,03	0,97	0,99	0,97	0,96	0,98	0,98
Pfund Sterling	0,88	0,89	0,86	0,86	0,85	0,84	0,85	0,86	0,85	0,84	0,87	0,87	0,87
Schwedische Krone	10,59	10,49	10,14	10,19	10,12	10,48	10,47	10,62	10,58	10,50	10,78	10,95	10,88
Dänische Krone	7,47	7,45	7,44	7,44	7,44	7,44	7,44	7,44	7,44	7,44	7,44	7,44	7,44
Norwegische Krone	9,85	10,72	10,16	10,33	9,97	9,93	10,02	10,06	10,18	9,83	10,17	10,39	10,34
Tschechische Krone	25,67	26,46	25,65	25,50	25,38	24,64	24,63	24,58	24,59	24,57	24,58	24,53	24,37
Russischer Rubel	72,46	82,65	87,23	86,59	83,13	98,28	71,97	60,66	60,75	61,74	59,50	61,01	62,30
Ungarischer Forint	325,23	351,21	358,46	353,87	364,27	364,10	385,33	403,46	404,10	402,10	404,19	418,31	406,68
Polnischer Zloty	4,30	4,44	4,56	4,57	4,62	4,62	4,65	4,74	4,77	4,72	4,74	4,80	4,70
Neuer Rumänischer Leu	4,75	4,84	4,92	4,93	4,95	4,95	4,94	4,91	4,94	4,89	4,91	4,93	4,91
Bulgarischer Lew	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96
Chinesischer Renminbi	7,73	7,87	7,63	7,63	7,31	7,13	7,04	6,90	6,85	6,89	6,95	7,07	7,32
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Effektiver Wechselkursindex													
Nominell	- 0,7	+ 1,5	+ 0,6	- 0,3	- 1,1	- 0,9	- 2,0	- 2,3	- 2,3	- 2,3	- 2,3	- 1,6	- 0,9
Industriewaren	- 0,7	+ 1,4	+ 0,6	- 0,4	- 1,1	- 1,1	- 2,0	- 2,3	- 2,3	- 2,3	- 2,2	- 1,5	- 0,7
Real	- 1,1	+ 1,8	+ 0,2	- 0,7	- 2,3	- 2,0	- 2,9	- 2,5	- 2,5	- 2,9	- 2,2	- 1,4	.
Industriewaren	- 1,1	+ 1,7	+ 0,2	- 0,7	- 2,2	- 2,0	- 2,7	- 2,2	- 2,2	- 2,6	- 1,7	- 0,9	.

Q: OeNB; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at, cornelia.schober@wifo.ac.at

1.2 Weltmarkt-Rohstoffpreise

Übersicht 7: HWWI-Index

	2019	2020	2021	2021		2022			2022				
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juni	Juli	August	September	Oktober	November
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Auf Dollarbasis	- 14,8	- 23,3	+ 87,6	+ 114,2	+ 95,3	+ 80,3	+ 63,6	+ 69,1	+ 63,0	+ 76,8	+ 52,4	+ 7,2	+ 19,6
Ohne Energierohstoffe	- 7,8	+ 2,9	+ 43,2	+ 27,9	+ 24,3	+ 9,2	- 4,0	+ 1,2	- 5,8	- 2,3	- 3,8	- 9,5	- 8,1
Auf Euro-Basis	- 10,2	- 24,9	+ 82,4	+ 123,9	+ 110,5	+ 104,1	+ 91,7	+ 92,8	+ 89,4	+ 105,8	+ 81,1	+ 26,6	+ 33,8
Ohne Energierohstoffe	- 2,7	+ 0,8	+ 38,5	+ 33,4	+ 33,6	+ 23,5	+ 12,4	+ 15,3	+ 9,4	+ 13,5	+ 14,3	+ 6,9	+ 2,7
Nahrungs- und Genussmittel	+ 0,5	+ 3,6	+ 33,5	+ 35,8	+ 37,2	+ 46,1	+ 36,0	+ 44,8	+ 35,7	+ 33,4	+ 39,0	+ 30,4	+ 16,5
Industrierohstoffe	- 4,3	- 0,7	+ 41,3	+ 32,0	+ 31,5	+ 12,3	+ 0,0	+ 1,0	- 3,8	+ 3,0	+ 1,2	- 5,7	- 5,3
Energierohstoffe	- 11,9	- 31,4	+ 98,6	+ 156,8	+ 136,3	+ 130,7	+ 111,2	+ 116,6	+ 111,2	+ 129,3	+ 95,6	+ 30,0	+ 40,0
Rohöl	- 5,3	- 33,4	+ 60,3	+ 84,8	+ 72,1	+ 83,7	+ 55,7	+ 81,6	+ 63,1	+ 60,4	+ 43,8	+ 29,6	+ 21,9

Q: Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Jahreswerte auf Basis von Monatswerten berechnet. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at

2. Kennzahlen für Österreich

2.1 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESVG 2010

Übersicht 8: Verwendung des Bruttoinlandsproduktes und Herstellung von Waren

	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2021			2022		
								II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.
Veränderung gegen das Vorjahr in %, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)													
Verwendung des Bruttoinlandsproduktes													
Bruttoinlandsprodukt	+ 2,4	+ 1,5	- 6,5	+ 4,6	.	.	.	+13,0	+ 5,4	+ 6,0	+ 9,2	+ 6,1	+ 1,7
Exporte	+ 5,2	+ 4,0	-10,7	+ 9,6	.	.	.	+26,5	+12,8	+13,7	+18,6	+11,2	+ 3,7
Importe	+ 5,3	+ 2,1	- 9,2	+13,7	.	.	.	+26,1	+15,9	+14,5	+12,3	+ 3,8	+ 0,0
Inländische Verwendung ¹⁾	+ 2,4	+ 0,4	- 5,5	+ 6,5	.	.	.	+12,7	+ 6,7	+ 6,2	+ 5,7	+ 2,0	- 0,4
Konsumausgaben insgesamt	+ 1,2	+ 0,7	- 6,0	+ 4,8	.	.	.	+ 9,9	+ 7,5	+ 7,2	+10,2	+ 5,4	- 1,0
Private Haushalte ²⁾	+ 1,1	+ 0,5	- 8,0	+ 3,6	.	.	.	+ 9,8	+ 6,9	+ 6,6	+12,4	+ 6,5	- 2,0
Staat	+ 1,3	+ 1,3	- 0,5	+ 7,8	.	.	.	+10,1	+ 9,2	+ 8,4	+ 5,5	+ 2,8	+ 1,5
Bruttoinvestitionen ³⁾	+ 6,1	- 0,7	- 4,8	+11,4	.	.	.	+21,0	+ 4,7	+ 4,5	- 3,7	- 5,2	+ 0,8
Bruttoanlageinvestitionen	+ 4,4	+ 4,5	- 5,3	+ 8,7	.	.	.	+23,5	+ 3,2	+ 3,8	+ 1,1	- 4,5	- 3,0
Ausrüstungen und Waffensysteme	+ 1,2	+ 1,6	- 9,5	+16,0	.	.	.	+47,2	+ 3,0	+ 7,3	- 1,1	-14,5	- 8,1
Bauten	+ 5,6	+ 3,6	- 3,4	+ 5,8	.	.	.	+17,5	+ 1,9	- 0,1	+ 1,8	- 1,2	- 3,7
Sonstige Anlagen ⁴⁾	+ 6,8	+10,8	- 3,4	+ 5,1	.	.	.	+ 6,6	+ 6,4	+ 7,6	+ 4,3	+ 4,7	+ 4,4
Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen													
Herstellung von Waren	+ 4,5	+ 1,0	- 5,8	+ 9,5	.	.	.	+24,0	+ 7,1	+ 5,4	+ 5,6	+ 5,6	+ 1,1
Saison- und arbeitsstagsbereinigt, gemäß Eurostat-Vorgabe, Veränderung gegen das Vorquartal in %, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)													
Verwendung des Bruttoinlandsproduktes													
Bruttoinlandsprodukt	+ 4,1	+ 4,3	- 1,4	+ 1,2	+ 1,9	+ 0,2							
Exporte	+ 9,4	+ 4,0	+ 2,9	+ 0,4	+ 3,4	- 1,6							
Importe	+ 5,2	+ 1,6	+ 2,4	+ 1,3	- 1,5	- 1,0							
Inländische Verwendung ¹⁾	+ 2,0	+ 3,1	- 1,7	+ 1,7	- 0,9	+ 0,6							
Konsumausgaben insgesamt	+ 4,7	+ 6,2	- 2,5	+ 1,8	+ 0,0	- 0,2							
Private Haushalte ²⁾	+ 4,7	+ 8,3	- 4,1	+ 3,4	- 0,7	- 0,3							
Staat	+ 4,5	+ 1,4	+ 1,5	- 1,8	+ 1,8	+ 0,1							
Bruttoinvestitionen ³⁾	- 1,6	- 8,7	+ 5,4	+ 1,3	- 1,6	- 4,7							
Bruttoanlageinvestitionen	+ 2,2	- 4,1	+ 1,0	+ 1,6	- 2,1	- 3,5							
Ausrüstungen und Waffensysteme	+ 5,6	-12,3	+ 3,6	+ 1,4	- 5,2	- 8,5							
Bauten	+ 0,8	- 0,6	- 1,2	+ 2,3	- 1,5	- 2,6							
Sonstige Anlagen ⁴⁾	+ 0,3	+ 1,2	+ 2,1	+ 0,5	+ 0,8	+ 1,0							
Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen													
Herstellung von Waren	+ 1,0	+ 1,8	+ 0,3	+ 1,7	+ 1,2	- 1,4							

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. 2022 bis 2024: Prognose (Veröffentlichung im Jänner 2023). – 1) Einschließlich statistischer Differenz. – 2) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – 3) Einschließlich Vorratsveränderung und Nettozugang an Wertsachen. – 4) Überwiegend geistiges Eigentum (Forschung und Entwicklung, Computerprogramme, Urheberrechte). • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 9: Einkommen und Produktivität

	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2021			2022		
								II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.
Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Bruttonationaleinkommen, nominell	+ 4,3	+ 3,8	- 2,9	+ 6,1	.	.	.						
Arbeitnehmerentgelte	+ 5,1	+ 4,2	- 0,3	+ 4,7	.	.	.	+ 6,4	+ 6,5	+ 6,7	+ 9,8	+ 8,6	+ 6,2
Betriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen	+ 4,3	+ 1,6	+ 0,4	+ 7,2	.	.	.	+19,9	+ 6,5	- 2,3	+ 4,9	+ 2,6	+ 8,1
Gesamtwirtschaftliche Produktivität													
BIP real pro Kopf (Erwerbstätige)	+ 0,6	+ 0,2	- 4,6	+ 2,1	.	.	.	+ 7,7	+ 2,2	+ 2,5	+ 3,8	+ 2,4	- 0,3
BIP nominell													
Mrd. €	385,27	397,17	381,04	406,15	.	.	.	101,31	104,26	108,44	104,11	112,46	112,48
Pro Kopf (Bevölkerung)	in €	43.594	44.738	42.733	45.372	.	.	11.331	11.639	12.085	11.566	12.439	12.395
Arbeitsvolumen Gesamtwirtschaft¹⁾													
Stundenproduktivität Gesamtwirtschaft ²⁾	+ 0,5	- 0,1	+ 2,5	- 0,2	.	.	.	- 2,7	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,5	+ 3,3	+ 1,6

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. 2022 bis 2024: Prognose (Veröffentlichung im Jänner 2023). – 1) Von Erwerbstätigen geleistete Arbeitsstunden. – 2) Produktion je geleistete Arbeitsstunde. • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

2.2 Konjunkturklima

Übersicht 10: WIFO-Konjunkturklimaindex

	2021			2022			2022					
	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	
Indexpunkte (saisonbereinigt)												
Konjunkturklimaindex Gesamtwirtschaft	+ 18,2	+ 16,2	+ 15,6	+ 20,2	+ 8,1	+ 16,7	+ 10,4	+ 8,5	+ 5,3	+ 2,9	+ 4,0	
Index der aktuellen Lagebeurteilungen	+ 21,2	+ 17,2	+ 16,6	+ 25,9	+ 13,2	+ 23,9	+ 16,7	+ 13,1	+ 9,6	+ 7,9	+ 7,4	
Index der unternehmerischen Erwartungen	+ 15,2	+ 15,2	+ 14,7	+ 14,6	+ 3,0	+ 9,6	+ 4,2	+ 3,8	+ 0,9	- 2,0	+ 0,5	
Konjunkturklimaindex Wirtschaftsbereiche												
Sachgütererzeugung	+ 19,7	+ 20,2	+ 17,5	+ 17,9	+ 5,8	+ 16,3	+ 8,1	+ 5,6	+ 3,7	- 2,2	- 1,9	
Bauwirtschaft	+ 37,1	+ 37,6	+ 39,7	+ 39,2	+ 29,6	+ 33,4	+ 32,3	+ 28,7	+ 27,8	+ 29,8	+ 26,6	
Dienstleistungen	+ 17,2	+ 14,1	+ 14,3	+ 23,3	+ 9,7	+ 18,9	+ 12,2	+ 10,8	+ 6,2	+ 3,9	+ 6,3	

Q: WIFO-Konjunkturtest; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. <https://konjunktur.wifo.ac.at/>. WIFO-Konjunkturklimaindex: Werte zwischen -100 (pessimistisches Konjunkturklima) und +100 (optimistisches Konjunkturklima). • Rückfragen: birgit.agnezy@wifo.ac.at, alexandros.charos@wifo.ac.at

2.3 Tourismus

Übersicht 11: Tourismusentwicklung in der laufenden Saison

	Umsätze im Gesamtreise- verkehr	Sommerseason 2021			Umsätze im Gesamtreise- verkehr ¹⁾	Sommerseason 2022		
		Insgesamt	Übernachtungen Aus dem Inland	Aus dem Ausland		Insgesamt	Übernachtungen ²⁾ Aus dem Inland	Aus dem Ausland
		Veränderung gegen den Vergleichszeitraum der Vorkrisensaison 2019 in %						
Österreich	- 20,8	- 15,9	+ 3,4	- 23,9	+ 0,8	- 1,4	+ 4,4	- 3,8
Wien	- 62,0	- 60,3	- 36,0	- 65,1	- 13,2	- 17,2	+ 0,4	- 20,7
Niederösterreich	- 23,4	- 22,2	- 10,0	- 42,5	- 6,5	- 9,9	- 4,6	- 18,7
Burgenland	- 1,3	+ 1,4	+ 11,2	- 25,9	- 0,4	- 3,5	- 0,7	- 11,3
Steiermark	- 0,4	+ 0,9	+ 2,4	- 13,6	+ 10,9	+ 6,5	+ 6,5	+ 1,3
Kärnten	- 4,4	- 3,5	+ 19,3	- 18,8	+ 8,2	+ 2,9	+ 11,5	- 3,0
Oberösterreich	- 9,7	- 14,5	- 1,1	- 29,0	+ 5,0	- 0,9	+ 3,9	- 6,2
Salzburg	- 17,2	- 14,4	+ 8,0	- 21,3	+ 5,5	+ 0,5	+ 8,8	- 2,0
Tirol	- 10,8	- 10,5	+ 10,4	- 12,0	+ 8,3	+ 1,2	+ 0,1	+ 6,5
Vorarlberg	- 7,4	- 7,3	- 0,7	- 8,3	+ 11,0	+ 2,3	+ 5,5	+ 1,9

Q: OeNB; Statistik Austria; WIFO-Berechnungen; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Unbereinigte Werte. Wintersaison: 1. November bis 30. April des Folgejahres, Sommerseason: 1. Mai bis 31. Oktober. Umsätze einschließlich des internationalen Personentransportes. – 1) Schätzung. – 2) Endgültige Werte. • Rückfragen: sabine.ehn-fragner@wifo.ac.at, anna.burton@wifo.ac.at

2.4 Außenhandel

Übersicht 12: Warenexporte und Warenimporte

	2021		2022		2019	2020	2021		2022		Mai	Juni	2022 Juli	August	Septem- ber
	Mrd. €	Jänner bis Sep- tember	Mrd. €	Jänner bis Sep- tember			Mrd. €	Jänner bis Sep- tember	Mai	Juni					
	Veränderung gegen das Vorjahr in %														
Warenexporte insgesamt	165,6	144,3	100,0	100,0	+ 2,3	- 7,1	+ 16,1	+ 18,7	+ 29,0	+ 19,0	+ 11,7	+ 19,4	+ 19,6		
Intra-EU 27 (ab 2020)	112,8	99,3	68,1	68,8	+ 1,7	- 5,9	+ 17,0	+ 19,7	+ 29,0	+ 17,1	+ 12,0	+ 20,5	+ 19,1		
Deutschland	49,9	43,3	30,2	30,0	+ 0,4	- 3,6	+ 15,0	+ 16,8	+ 25,1	+ 16,6	+ 14,4	+ 25,4	+ 19,4		
Italien	11,2	10,0	6,8	6,9	- 0,1	- 9,5	+ 27,1	+ 21,7	+ 32,5	+ 19,2	+ 8,0	+ 22,4	+ 11,3		
Frankreich	6,3	5,8	3,8	4,0	+ 4,8	- 9,2	+ 2,9	+ 27,7	+ 24,5	+ 16,0	+ 10,4	+ 30,0	+ 78,4		
EU-Länder seit 2004	31,6	28,7	19,1	19,9	+ 2,7	- 5,6	+ 19,9	+ 24,1	+ 37,7	+ 20,6	+ 10,7	+ 14,7	+ 13,1		
5 EU-Länder ¹⁾	25,4	22,9	15,3	15,9	+ 3,1	- 5,5	+ 19,5	+ 23,4	+ 36,8	+ 19,9	+ 7,0	+ 13,7	+ 11,5		
Tschechien	6,0	5,3	3,6	3,7	- 4,6	- 6,0	+ 18,6	+ 19,5	+ 27,8	+ 18,1	+ 1,4	+ 10,1	+ 14,9		
Ungarn	6,1	5,8	3,7	4,0	+ 9,3	- 11,4	+ 24,0	+ 29,1	+ 45,5	+ 18,9	+ 3,8	+ 20,7	+ 3,3		
Polen	6,6	5,5	4,0	3,8	+ 8,1	+ 6,6	+ 19,3	+ 12,6	+ 20,5	+ 14,9	+ 4,7	+ 6,8	+ 3,3		
Extra-EU 27 (ab 2020)	52,8	45,0	31,9	31,2	+ 3,5	- 9,6	+ 14,4	+ 16,5	+ 28,9	+ 23,3	+ 11,0	+ 17,4	+ 20,6		
Schweiz	8,2	7,3	4,9	5,1	+ 3,6	+ 3,0	+ 9,3	+ 21,3	+ 22,4	+ 26,7	+ 7,1	+ 23,0	+ 24,4		
Vereinigtes Königreich	4,4	3,9	2,7	2,7	+ 7,1	- 9,3	+ 8,8	+ 16,7	+ 62,2	+ 1,7	- 2,1	+ 19,5	+ 3,6		
Westbalkanländer	1,7	1,5	1,0	1,0	+ 12,8	- 10,4	+ 21,4	+ 25,6	+ 38,9	+ 16,5	+ 25,2	+ 10,6	+ 18,3		
GUS-Europa	2,2	1,5	1,3	1,1	+ 11,5	- 11,6	- 3,4	- 4,8	- 12,2	+ 24,1	+ 2,9	- 14,6	- 22,8		
Russland	2,0	1,4	1,2	1,0	+ 12,3	- 10,3	- 5,7	- 3,5	- 12,2	+ 27,1	+ 5,1	- 14,9	- 22,4		
Industrieländer in Übersee	18,1	15,6	10,9	10,8	+ 0,4	- 11,9	+ 18,4	+ 18,4	+ 36,5	+ 34,4	+ 14,6	+ 16,4	+ 38,3		
USA	11,1	9,4	6,7	6,5	- 3,4	- 9,2	+ 19,4	+ 17,6	+ 43,8	+ 33,6	+ 14,4	+ 13,3	+ 30,0		
China	4,8	4,0	2,9	2,8	+ 10,0	- 12,2	+ 23,1	+ 11,9	+ 18,8	+ 15,1	+ 10,4	+ 29,3	- 0,9		
Japan	1,7	1,4	1,0	0,9	+ 5,5	- 5,6	+ 12,0	+ 7,9	+ 42,5	+ 14,5	+ 4,7	+ 8,0	+ 12,6		
Agrarwaren	13,0	11,1	7,9	7,7	+ 6,7	+ 3,1	+ 8,6	+ 15,2	+ 22,2	+ 13,3	+ 12,2	+ 23,4	+ 15,1		
Roh- und Brennstoffe	10,0	10,5	6,0	7,3	+ 2,0	- 14,8	+ 41,2	+ 47,9	+ 60,3	+ 28,8	+ 13,1	+ 22,7	+ 35,9		
Industriewaren	142,5	122,7	86,1	85,0	+ 1,9	- 7,5	+ 15,4	+ 17,0	+ 27,4	+ 18,8	+ 11,5	+ 18,8	+ 18,8		
Chemische Erzeugnisse	25,3	21,7	15,3	15,0	+ 8,4	+ 2,8	+ 14,0	+ 17,0	+ 18,5	+ 25,0	+ 10,9	+ 12,7	+ 24,1		
Bearbeitete Waren	35,3	32,9	21,3	22,8	- 3,2	- 9,9	+ 23,0	+ 25,8	+ 38,3	+ 27,3	+ 15,9	+ 19,8	+ 17,9		
Maschinen, Fahrzeuge	61,3	50,5	37,0	35,0	+ 2,5	- 11,9	+ 12,7	+ 11,6	+ 26,1	+ 14,5	+ 10,0	+ 19,0	+ 18,4		
Konsumnahe Fertigwaren	17,7	14,6	10,7	10,1	+ 1,8	- 7,3	+ 10,8	+ 14,1	+ 22,2	+ 10,1	+ 10,2	+ 17,9	+ 13,2		
Warenimporte insgesamt	178,4	158,2	100,0	100,0	+ 1,1	- 8,5	+ 23,6	+ 21,4	+ 31,8	+ 10,7	+ 13,6	+ 26,4	+ 20,5		
Intra-EU 27 (ab 2020)	118,9	104,0	66,7	65,8	+ 0,3	- 8,4	+ 20,4	+ 19,3	+ 28,2	+ 14,7	+ 13,4	+ 25,6	+ 20,7		
Deutschland	59,2	51,5	33,1	32,5	- 1,1	- 8,5	+ 17,1	+ 18,0	+ 27,2	+ 10,9	+ 11,9	+ 27,2	+ 19,8		
Italien	11,6	9,8	6,5	6,2	+ 4,1	- 12,0	+ 26,9	+ 16,1	+ 23,7	+ 15,9	+ 12,9	+ 12,7	+ 9,6		
Frankreich	4,5	3,8	2,5	2,4	- 1,4	- 11,4	+ 21,4	+ 12,1	+ 22,0	+ 15,3	+ 6,2	+ 17,5	+ 9,4		
EU-Länder seit 2004	28,5	25,8	16,0	16,3	+ 1,2	- 6,6	+ 26,6	+ 25,2	+ 32,1	+ 19,7	+ 21,3	+ 32,0	+ 29,0		
5 EU-Länder ¹⁾	24,2	22,1	13,6	13,9	+ 1,1	- 8,6	+ 25,7	+ 26,5	+ 34,3	+ 20,4	+ 22,4	+ 36,7	+ 31,0		
Tschechien	7,8	7,3	4,3	4,6	- 2,4	- 9,3	+ 29,1	+ 33,9	+ 49,6	+ 21,6	+ 30,2	+ 53,8	+ 31,5		
Ungarn	4,7	4,1	2,6	2,6	+ 2,5	- 9,9	+ 21,0	+ 19,9	+ 34,8	+ 15,0	+ 19,0	+ 31,6	+ 16,3		
Polen	5,8	5,1	3,2	3,2	+ 11,0	- 3,4	+ 28,3	+ 21,2	+ 25,7	+ 17,7	+ 28,0	+ 22,8	+ 18,6		
Extra-EU 27 (ab 2020)	59,5	54,1	33,3	34,2	+ 2,8	- 8,7	+ 30,3	+ 25,8	+ 39,3	+ 3,1	+ 13,9	+ 28,0	+ 20,2		
Schweiz	9,7	7,6	5,5	4,8	- 10,8	+ 25,5	+ 27,7	+ 3,4	+ 25,4	- 2,7	- 18,8	+ 53,8	+ 7,4		
Vereinigtes Königreich	2,8	2,9	1,6	1,8	- 1,3	- 24,2	+ 29,6	+ 50,7	+ 187,0	- 62,2	+ 156,8	+ 30,4	+ 4,2		
Westbalkanländer	1,6	1,6	0,9	1,0	+ 16,0	- 10,3	+ 25,0	+ 31,7	+ 47,8	+ 25,7	+ 22,4	+ 28,8	+ 18,2		
GUS-Europa	4,7	5,8	2,7	3,7	- 15,9	- 20,7	+ 110,5	+ 100,2	+ 156,4	+ 61,2	+ 11,7	+ 25,9	- 3,5		
Russland	4,7	5,8	2,6	3,7	- 16,1	- 21,4	+ 115,1	+ 102,3	+ 159,2	+ 62,5	+ 11,9	+ 26,2	- 3,0		
Industrieländer in Übersee	10,0	8,4	5,6	5,3	+ 10,6	- 19,4	+ 12,2	+ 12,5	+ 25,6	- 16,0	+ 18,3	+ 15,5	+ 29,0		
USA	5,7	4,7	3,2	3,0	+ 18,5	- 25,9	+ 8,4	+ 9,6	+ 23,6	- 28,7	+ 23,5	+ 4,1	+ 38,4		
China	13,1	12,5	7,3	7,9	+ 7,9	+ 3,7	+ 28,7	+ 32,5	+ 21,1	+ 35,8	+ 35,8	+ 49,2	+ 43,9		
Japan	2,2	1,9	1,3	1,2	+ 0,2	- 8,7	+ 9,4	+ 11,8	+ 6,6	+ 14,5	- 3,8	+ 15,4	+ 8,7		
Agrarwaren	12,6	10,8	7,0	6,8	+ 4,7	- 0,4	+ 8,1	+ 17,9	+ 25,8	+ 14,3	+ 11,7	+ 21,1	+ 10,4		
Roh- und Brennstoffe	22,1	25,5	12,4	16,1	- 4,0	- 23,4	+ 57,3	+ 69,9	+ 79,1	+ 48,6	+ 44,2	+ 52,0	+ 42,8		
Industriewaren	143,7	121,9	80,5	77,0	+ 1,6	- 7,1	+ 21,1	+ 14,9	+ 25,8	+ 5,5	+ 9,1	+ 22,4	+ 17,7		
Chemische Erzeugnisse	26,2	22,1	14,7	13,9	+ 3,1	- 4,1	+ 25,2	+ 12,8	+ 24,0	+ 3,3	+ 3,6	+ 18,6	+ 15,7		
Bearbeitete Waren	29,1	26,8	16,3	17,0	- 2,2	- 6,1	+ 26,9	+ 25,1	+ 42,5	+ 20,0	+ 9,9	+ 21,1	+ 11,0		
Maschinen, Fahrzeuge	59,1	47,9	33,1	30,3	+ 3,7	- 11,2	+ 17,1	+ 8,9	+ 13,9	+ 6,3	+ 8,8	+ 17,7	+ 18,6		
Konsumnahe Fertigwaren	24,6	20,0	13,8	12,7	+ 3,1	- 7,9	+ 12,8	+ 12,4	+ 20,0	+ 5,9	+ 6,0	+ 18,1	+ 11,7		

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Monatsdaten für das aktuelle Jahr werden laufend revidiert. – 1) Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. • Rückfragen: irene.langer@wifo.ac.at

2.5 Landwirtschaft

Übersicht 13: Markt- und Preisentwicklung von Agrarprodukten

	2018	2019	2020	2021	2021			2022			2022		
					II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	April	Mai	Juni	Juli
	1.000 t				Veränderung gegen das Vorjahr in %								
Marktentwicklung													
Milchanlieferung ¹⁾	3.391	3.378	3.384	3.403	+ 0,6	+ 0,9	+ 3,3	+ 4,6	+ 2,2	+ 3,5	+ 2,0	+ 1,1	+ 2,3
Marktleistung Getreide insgesamt ²⁾	2.493	2.691	2.962	2.734									
BEE ³⁾ Rindfleisch	218	215	205	200	- 0,2	- 1,3	+ 0,3	- 3,1	+ 1,0	+ 2,0	+ 4,4	- 3,7	-22,8
BEE ³⁾ Kalbfleisch	7	7	7	7	-10,6	+13,2	+17,6	+11,8	+19,8	+52,3	+14,2	- 6,7	-12,5
BEE ³⁾ Schweinefleisch	468	468	475	479	+ 4,2	- 0,8	- 1,1	- 4,7	- 4,0	- 5,9	+ 1,9	- 8,0	- 6,4
Geflügelschlachtungen ⁴⁾	110	116	125	129	- 0,1	+ 3,9	+ 3,8	- 2,0	- 5,3	-16,5	+ 3,1	- 2,4	- 2,2
	€ je t				Veränderung gegen das Vorjahr in %								
Erzeugerpreise (ohne Umsatzsteuer)													
Milch (4% Fett, 3,3% Eiweiß)	359	359	366	384	+ 4,7	+ 5,5	+ 5,5	+12,3	+24,3	+21,7	+24,6	+26,6	+32,5
Qualitätsweizen ⁵⁾	159	166	161	225	+24,5	+55,8	+70,0	+85,1	+83,4	+95,4	+88,2	+68,4	+32,6
Körnermais ⁶⁾	149	143	143	204	+37,8	+61,6	+51,0	+44,0	+55,2	+62,8	+57,0	+46,6	+34,2
Jungstiere (Handelsklasse R3) ⁴⁾⁷⁾	3.868	3.703	3.650	3.990	+10,0	+ 9,5	+14,9	+20,2	+26,1	+29,5	+29,1	+19,7	+20,4
Schweine (Handelsklasse E) ⁴⁾	1.487	1.757	1.678	1.565	- 3,3	+ 2,1	+ 4,2	+10,1	+22,5	+27,1	+22,3	+18,1	+22,6
Masthühner bratfertig, lose ⁸⁾	2.731	2.665	2.385	2.419	+ 5,3	- 0,1	+ 1,3	+ 4,3	+10,9	+ 6,4	+12,5	+13,7	+24,0

Q: Agrarmarkt Austria; Statistik Austria; Bundesanstalt für Agrarwirtschaft; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Milchlieferung an die Be- und Verarbeitungsbetriebe. – 2) Wirtschaftsjahre, Summe der Marktleistung von Juli bis Juni des nächsten Jahres, Körnermais von Oktober bis September (Wirtschaftsjahr 2019/20 = Jahr 2019). – 3) Bruttoeigenerzeugung (BEE) von Fleisch: untersuchte Schlachtungen in Österreich einschließlich Exporte und abzüglich Importe von lebenden Tieren. – 4) Schlachtungen von Brat-, Back- und Suppenhühnern in Betrieben mit mindestens 5.000 Schlachtungen im Vorjahr. – 5) Preise der ersten Handelsstufe; für das laufende Wirtschaftsjahr Mischpreise aus A-Konto-Zahlungen und zum Teil endgültigen Preisen. – 6) € je t Schlachtgewicht. – 7) Preis frei Rampe Schlachthof, gemäß Viehmeldeverordnung. – 8) Verkaufspreis frei Filiale. • Rückfragen: diemar.weinberger@wifo.ac.at

2.6 Herstellung von Waren

Übersicht 14: Produktion, Beschäftigung und Auftragslage

	2019	2020	2021	2021			2022			2022			
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Produktionsindex (arbeitsstagsbereinigt)													
Insgesamt	+ 0,0	- 7,0	+ 11,0	+ 8,1	+ 8,1	+ 7,7	+ 5,0	+ 8,3	+ 8,3	+ 3,2	+ 5,5	+ 6,3	+ 4,4
Vorleistungen	- 1,1	- 4,6	+ 10,9	+ 7,5	+ 10,6	+ 8,5	+ 4,9	+ 11,3	+ 7,5	+ 4,7	+ 6,1	+ 3,9	+ 6,4
Investitionsgüter	+ 2,5	- 12,4	+ 15,4	+ 10,8	+ 5,4	+ 7,8	+ 8,4	+ 7,9	+ 11,0	+ 4,8	+ 7,3	+ 12,8	+ 4,5
Kfz	+ 5,0	- 17,7	+ 8,3	- 14,0	- 17,5	+ 2,7	+ 10,2	+ 3,8	+ 16,7	+ 5,0	+ 0,2	+ 23,6	+ 8,9
Konsumgüter	- 1,5	- 3,0	+ 4,4	+ 4,8	+ 7,3	+ 5,8	+ 3,0	+ 7,4	+ 3,9	- 1,7	+ 5,7	+ 5,4	+ 4,3
Langlebige Konsumgüter	- 2,2	- 0,5	+ 13,4	+ 1,9	+ 10,6	+ 5,0	+ 4,0	+ 5,3	+ 3,2	- 8,0	+ 14,8	+ 8,8	+ 7,3
Kurzlebige Konsumgüter	- 1,4	- 3,6	+ 2,1	+ 5,5	+ 6,6	+ 6,1	+ 2,7	+ 7,5	+ 4,5	+ 0,3	+ 3,7	+ 4,1	+ 3,7
Arbeitsmarkt													
Beschäftigte	+ 1,6	- 1,3	+ 0,6	+ 1,7	+ 2,0	+ 2,0	.	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,0	.	.
Geleistete Stunden	+ 2,2	- 4,6	+ 5,5	+ 1,7	+ 2,0	+ 1,4	.	+ 7,4	- 2,0	- 0,9	+ 1,9	.	.
Produktion pro Kopf (Beschäftigte)	- 1,5	- 5,8	+ 10,3	+ 6,2	+ 6,0	+ 5,6	.	+ 6,2	+ 6,2	+ 1,1	+ 3,5	.	.
Produktion (unbereinigt) je geleistete Stunde	- 1,9	- 2,1	+ 5,2	+ 6,3	+ 6,8	+ 6,3	.	+ 7,8	+ 7,1	+ 0,7	+ 4,0	.	.
Aufträge													
Auftragseingänge	- 2,1	- 7,4	+ 30,0	+ 22,1	+ 13,5	+ 7,3	.	+ 16,1	+ 2,8	+ 5,1	+ 19,7	.	.
Inland	- 0,9	- 4,5	+ 28,7	+ 18,0	+ 21,1	+ 11,5	.	+ 11,8	+ 8,9	- 2,6	+ 10,7	.	.
Ausland	- 2,5	- 8,3	+ 30,4	+ 23,4	+ 11,3	+ 6,0	.	+ 17,5	+ 1,0	+ 7,8	+ 22,6	.	.
Auftragsbestand	+ 2,5	- 1,6	+ 20,4	+ 29,9	+ 28,9	+ 25,2	.	+ 25,6	+ 22,1	+ 20,0	+ 20,3	.	.
Inland	+ 2,1	+ 6,2	+ 23,5	+ 35,3	+ 34,0	+ 31,0	.	+ 30,5	+ 27,7	+ 23,0	+ 20,3	.	.
Ausland	+ 2,6	- 3,2	+ 19,7	+ 28,6	+ 27,7	+ 23,8	.	+ 24,4	+ 20,8	+ 19,3	+ 20,3	.	.

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Ab 2022: vorläufig. • Rückfragen: tim.slickers@wifo.ac.at

Übersicht 15: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests für die Sachgütererzeugung

	2021		2022		2022							
	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	
	Indexpunkte (saisonbereinigt) ¹⁾											
Konjunkturklimaindex Sachgütererzeugung												
Index der aktuellen Lagebeurteilungen	+19,7	+20,2	+17,5	+17,9	+ 5,8	+16,3	+ 8,1	+ 5,6	+ 3,7	- 2,2	- 1,9	
Index der unternehmerischen Erwartungen	+22,3	+21,7	+20,6	+25,4	+12,6	+26,0	+15,8	+11,6	+10,4	+ 5,8	+ 3,8	
	+17,2	+18,7	+14,4	+10,4	- 1,0	+ 6,6	+ 0,4	- 0,3	- 2,9	-10,1	- 7,6	
In % der Unternehmen (saisonbereinigt)												
Auftragsbestände zumindest ausreichend	79,6	80,8	81,8	87,8	80,3	88,0	82,6	79,3	79,0	75,0	74,2	
Auslandsauftragsbestände zumindest ausreichend	72,2	75,2	76,2	81,3	74,8	81,2	77,2	74,1	73,2	71,3	68,5	
Salden aus positiven und negativen Antworten in % aller Antworten (saisonbereinigt)												
Fertigwarenlager zur Zeit	- 9,3	- 9,3	- 6,3	- 4,4	+ 1,8	- 5,0	+ 1,8	+ 2,7	+ 1,1	+ 6,2	+ 5,2	
Produktion in den nächsten 3 Monaten	+16,6	+20,9	+16,4	+12,8	+ 0,6	+ 7,2	+ 1,4	+ 1,9	- 1,6	- 6,1	- 4,7	
Geschäftslage in den nächsten 6 Monaten	+16,0	+12,4	+ 8,0	+ 1,5	-13,7	- 3,2	-11,0	-13,4	-16,6	-26,7	-21,6	
Verkaufspreise in den nächsten 3 Monaten	+49,4	+56,5	+59,1	+67,3	+54,1	+57,4	+56,8	+51,0	+54,6	+58,5	+50,9	

Q: WIFO-Konjunkturtest; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Werte zwischen -100 (pessimistisches Konjunkturklima) und +100 (optimistisches Konjunkturklima). • Rückfragen: birgit.agneyz@wifo.ac.at, alexandros.charos@wifo.ac.at

2.7 Bauwirtschaft

Übersicht 16: Bauwesen

	2019	2020	2021	2021	2022	2022	2022	2022	2022	2022	2022	2022	
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juni	Juli	August	Septem- ber	Oktober	Novem- ber
Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Konjunkturdaten¹⁾													
Produktion ²⁾													
Bauwesen insgesamt	+ 7,3	- 1,7	+16,7	+12,5	+13,1	+11,1	.	+ 7,2	+ 4,8	+ 7,9	.	.	.
Hochbau	+ 9,6	- 2,9	+20,8	+16,8	+13,8	+10,9	.	+ 5,5	+ 2,5	+ 1,2	.	.	.
Tiefbau	+ 5,9	- 2,4	+14,5	+11,5	+13,8	+ 6,1	.	+ 4,2	+ 6,6	+ 8,5	.	.	.
Baunebengewerbe ³⁾	+ 6,2	- 0,6	+14,7	+10,1	+12,5	+12,8	.	+ 9,3	+ 5,8	+12,8	.	.	.
Auftragsbestände	+ 4,8	- 0,9	+18,4	+17,8	+ 8,7	+ 4,8	.	+ 2,0	+ 3,2	+ 7,0	.	.	.
Auftragsgänge	- 1,7	+ 2,3	+33,0	+ 9,3	-38,1	- 0,3	.	- 7,1	+13,2	+13,9	.	.	.
Arbeitsmarkt													
Unselbständig aktiv Beschäftigte	+ 3,8	- 0,1	+ 5,1	+ 3,6	+ 4,5	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,6	.
Arbeitslose	- 8,6	+29,9	-18,7	-17,1	-17,2	-19,9	-10,6	-17,6	-13,9	- 9,1	- 8,6	- 4,1	- 6,4
Offene Stellen	+10,5	+ 2,2	+24,9	+33,5	+28,1	+ 2,3	- 6,7	- 1,1	- 2,1	- 8,2	- 9,7	-12,8	- 5,6
Baupreisindex													
Hoch- und Tiefbau	+ 3,1	+ 2,6	+ 5,3	+ 7,4	+ 8,7	+ 9,9	+10,3
Hochbau	+ 3,4	+ 3,2	+ 8,2	+11,8	+14,1	+15,9	+16,4
Wohnhaus-, Siedlungsbau	+ 3,3	+ 3,2	+ 8,0	+11,4	+13,5	+15,3	+15,8
Sonstiger Hochbau	+ 3,4	+ 3,1	+ 8,6	+12,5	+14,9	+16,8	+17,3
Tiefbau	+ 2,7	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,1

Q: Statistik Austria; Arbeitsmarktservice Österreich; Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Konjunkturerhebung auf Betriebsebene (Grundgesamtheit). Ab 2022: vorläufig. – 2) Abgesetzte Produktion nach Aktivitätsansatz. – 3) Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe. • Rückfragen: michael.weingaertler@wifo.ac.at

2.8 Binnenhandel

Übersicht 17: Umsätze und Beschäftigung

	2019	2020	2021	2021	2022	2022	2022	2022	2022	2022	2022	2022	
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	April	Mai	Juni	Juli	August	Septem- ber
Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Nettoumsätze nominell	+ 1,2	- 5,3	+11,2	+11,3	+15,2	+11,0	+11,8	+11,7	+14,7	+ 6,7	+ 8,6	+13,2	+13,5
Kfz-Handel und -Reparatur	+ 0,6	-10,7	+12,1	- 1,1	- 1,8	- 9,0	+ 0,1	-11,1	- 6,0	- 9,9	- 7,0	+ 3,9	+ 3,9
Großhandel	+ 0,9	- 7,0	+14,9	+18,9	+24,1	+18,7	+16,6	+17,6	+26,4	+12,5	+14,9	+18,8	+16,3
Einzelhandel	+ 2,1	+ 0,1	+ 5,1	+ 5,3	+ 8,3	+ 7,1	+ 8,2	+12,6	+ 4,8	+ 4,3	+ 4,5	+ 7,5	+12,7
Nettoumsätze real ¹⁾	+ 0,6	- 4,8	+ 4,7	+ 2,2	+ 3,5	- 3,3	- 2,2	- 2,1	- 0,3	- 7,2	- 5,5	- 0,9	- 0,2
Kfz-Handel und -Reparatur	- 1,2	-12,5	+ 9,2	- 5,1	- 8,5	-17,2	-10,6	-18,3	-14,8	-18,6	-16,6	- 7,2	- 7,6
Großhandel	+ 0,6	- 5,3	+ 4,6	+ 4,5	+ 7,7	- 0,3	- 0,2	- 1,5	+ 6,1	- 5,1	- 2,7	+ 1,9	+ 0,2
Einzelhandel	+ 1,2	- 0,2	+ 3,0	+ 1,7	+ 2,2	- 1,6	- 2,0	+ 4,4	- 3,6	- 5,3	- 5,4	- 2,6	+ 2,3
Beschäftigte ²⁾	+ 0,2	- 1,7	+ 0,7	+ 0,9	+ 2,8	+ 1,4	+ 0,6	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,2	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,7
Kfz-Handel und -Reparatur	+ 0,9	- 1,8	- 0,6	- 0,6	+ 1,4	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,5	+ 1,1
Großhandel	+ 0,9	- 1,5	+ 0,4	+ 1,2	+ 2,8	+ 2,4	+ 1,7	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,6
Einzelhandel	- 0,4	- 1,8	+ 1,1	+ 1,0	+ 3,1	+ 1,0	+ 0,0	+ 1,4	+ 0,8	+ 0,7	- 0,2	+ 0,1	+ 0,2

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. ÖNACE 2008, 2015 = 100. – 1) Die Preisbereinigung der nominellen Umsatzindizes erfolgt mit den Messzahlen jener Waren des Großhandelspreisindex und des Verbraucherpreisindex, die den einzelnen Gliederungsbereichen entsprechen. – 2) Unselbständige und selbständige Beschäftigungsverhältnisse. • Rückfragen: marfina.einsiedl@wifo.ac.at

2.9 Private Haushalte

Übersicht 18: Privater Konsum, Sparquote, Konsumklima

	2019	2020	2021	2021	2022	2022	2022	2022	2022	2022	2022	2022	
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juni	Juli	August	Septem- ber	Oktober	Novem- ber
Veränderung gegen das Vorjahr in %, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)													
Privater Konsum	+ 0,5	- 8,0	+ 3,6	+ 6,6	+12,4	+ 6,5	- 2,0						
Dauerhafte Konsumgüter	+ 0,2	- 2,2	+ 4,4	-13,6	- 4,2	- 4,8	- 1,2						
In % des persönlichen verfügbaren Einkommens													
Sparquote ¹⁾	8,6	13,3	12,0	12,0	10,3	9,0	.						
Saldo aus positiven und negativen Antworten in % aller Antworten (saisonbereinigt)													
Konsumklimaindikator	- 2,5	-10,0	- 4,9	- 7,0	-13,1	-23,2	-32,2	-24,2	-33,2	-31,1	-32,3	-31,0	-29,8
Finanzielle Situation in den letzten 12 Monaten	+ 1,9	- 2,8	- 5,6	- 5,6	- 8,4	-14,3	-21,2	-17,2	-20,6	-21,9	-21,0	-22,2	-23,4
Finanzielle Situation in den nächsten 12 Monaten	+ 6,4	+ 0,3	+ 2,7	- 0,4	- 7,6	-17,8	-26,6	-18,9	-26,3	-25,8	-27,7	-26,2	-21,3
Allgemeine Wirtschaftslage in den nächsten 12 Monaten	- 4,2	-21,4	- 3,1	- 4,7	-17,2	-37,0	-47,4	-35,1	-50,0	-43,6	-48,6	-44,5	-43,1
Größere Anschaffungen in den nächsten 12 Monaten	-14,0	-16,0	-13,6	-17,4	-19,2	-23,6	-33,7	-25,8	-36,1	-33,2	-31,8	-31,0	-31,3

Q: Statistik Austria; Europäische Kommission; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Gleitende Summen über jeweils vier Quartale ("rolling years" bzw. "gleitende Jahre"). • Rückfragen: marfina.einsiedl@wifo.ac.at

2.10 Verkehr

Übersicht 19: Güter- und Personenverkehr

	2019	2020	2021	2021		2022			2022				
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juni	Juli	August	September	Oktober	November
Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Güterverkehr													
Verkehrsleistung													
Straße	+ 1,7	- 0,9	+ 4,4	- 5,7	+ 0,3	- 2,5	- 4,8
Schiene	- 0,4	- 5,7	+ 6,3	+ 1,7	+ 6,7	+ 0,3
Luffahrt ¹⁾	- 4,6	- 26,6	+ 19,4	+ 22,3	+ 2,5	- 8,4	- 1,3	- 5,4	- 9,3	+ 4,1	+ 2,4	- 2,3	.
Binnenschifffahrt	+ 20,7	- 10,2	- 1,5	- 11,1	- 2,5	+ 6,4	.	- 5,6	- 40,0
Lkw-Fahrleistung ²⁾	+ 0,9	- 4,6	+ 8,8	+ 2,9	+ 2,3	+ 0,5	- 1,0	- 1,8	- 4,0	+ 1,3	- 0,0	- 0,5	- 1,0
Neuzulassungen Lkw ³⁾	+ 1,5	- 17,1	+ 60,5	+ 39,9	- 55,1	- 72,0	- 68,2	- 79,3	- 68,8	- 69,7	- 66,0	- 82,7	- 22,5
Personenverkehr													
Straße (Pkw-Neuzulassungen)	- 3,4	- 24,5	- 3,6	- 26,7	- 17,5	- 20,7	- 1,6	- 12,7	- 19,3	+ 0,5	+ 16,1	+ 8,9	+ 3,8
Bahn (Personenkilometer)	+ 1,1	- 44,4	+ 13,7
Luftverkehr (Passagiere ⁴⁾)	+ 14,0	- 74,3	+ 20,1	+371,4	+542,2	+383,2	+ 71,3	+250,6	+ 91,1	+ 57,5	+ 68,7	+ 56,0	.
Arbeitsmarkt Verkehr und Lagerei													
Unselbständig aktiv Beschäftigte	+ 1,6	- 3,8	- 0,4	+ 3,5	+ 5,7	+ 2,6	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,8
Arbeitslose	- 1,0	+ 52,0	- 22,6	- 33,1	- 35,2	- 26,5	- 14,9	- 23,7	- 18,5	- 13,9	- 12,0	- 6,6	- 7,6
Offene Stellen	+ 6,0	- 31,4	+ 63,8	+130,6	+115,3	+ 63,9	+ 26,1	+ 49,0	+ 31,6	+ 32,0	+ 15,5	+ 14,3	+ 6,3
Kraftstoffpreise													
Dieselmotorkraftstoff	- 1,4	- 12,8	+ 17,4	+ 36,4	+ 41,6	+ 60,1	+ 55,8	+ 67,4	+ 65,7	+ 48,7	+ 53,0	+ 48,5	+ 34,8
Normalbenzin	- 2,0	- 12,4	+ 17,9	+ 32,2	+ 35,7	+ 48,9	+ 42,0	+ 63,4	+ 57,9	+ 37,8	+ 30,5	+ 27,6	+ 18,1

Q: Statistik Austria; BMK; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Aufkommen im Fracht- und Postverkehr. – 2) Lkw mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von 3,5 t oder mehr im hochrangigen mautpflichtigen Straßennetz. – 3) Lkw mit einer Nutzlast von 1 t oder mehr. – 4) Ankünfte und Abflüge. • Rückfragen: michael.weingaertler@wifo.ac.at

2.11 Bankenstatistik

Übersicht 20: Zinssätze, Bankeinlagen und -kredite

	2019	2020	2021	2021		2022			2022				
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November
In %													
Geld- und Kapitalmarktzinssätze													
Basiszinssatz	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	0,3	- 0,5	- 0,1	0,3	0,6	1,4
Taggeldsatz (€STR)	- 0,5	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	0,4	- 0,5	- 0,1	0,4	0,7	1,4
Dreimonatszinssatz	- 0,4	- 0,4	- 0,5	- 0,5	- 0,6	- 0,5	- 0,2	1,0	0,0	0,4	1,0	1,4	1,7
Sekundärmarktzinssätze													
Benchmark	0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,0	0,7	2,1	2,5	1,7	1,7	2,5	2,9	2,7
Umlaufgewichtete Durchschnittszinssätze	- 0,1	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,2	0,3	1,4	1,8	1,5	1,3	1,8	2,4	2,6
Soll-Zinssätze der inländischen Kreditinstitute													
An private Haushalte													
Für Konsum: 1 bis 5 Jahre	4,0	4,0	4,3	4,5	4,2	4,5	4,7	5,2	5,1	5,2	5,2	5,3	.
Für Wohnbau: über 10 Jahre	1,9	1,5	1,3	1,3	1,4	1,4	2,0	2,4	2,1	2,3	2,4	2,8	.
An nichtfinanzielle Unternehmen													
Bis 1 Mio. €: bis 1 Jahr	1,7	1,7	1,6	1,7	1,6	1,6	1,6	2,1	1,8	1,9	2,1	2,8	.
Über 1 Mio. €: bis 1 Jahr	1,2	1,3	1,3	1,5	1,0	1,3	1,3	2,0	1,4	1,6	2,0	2,5	.
An private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen													
In Yen	1,5	1,4	1,3	1,1	1,2	1,2	1,2	1,4	1,3	1,5	1,4	2,0	.
In Schweizer Franken	1,0	1,0	1,0	0,9	0,9	0,8	1,1	1,0	1,0	1,1	1,0	1,4	.
Haben-Zinssätze der inländischen Kreditinstitute													
Einlagen von privaten Haushalten													
Bis 1 Jahr	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,8	0,2	0,4	0,8	1,2	.
Über 2 Jahre	0,5	0,5	0,4	0,3	0,6	0,6	0,8	1,1	0,7	1,0	1,1	1,9	.
Spareinlagen von privaten Haushalten													
Bis 1 Jahr	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,8	0,2	0,4	0,8	1,2	.
Über 2 Jahre	0,5	0,4	0,5	0,5	0,7	0,6	1,0	1,3	1,1	1,2	1,3	1,9	.
Veränderung der Endstände gegen das Vorjahr in %													
Einlagen und Kredite													
Einlagen insgesamt	+ 3,7	+ 8,6	+ 3,9	+ 4,9	+ 3,9	+ 3,0	+ 2,7	+ 4,8
Spareinlagen	+ 0,3	+20,0	+ 0,7	+21,4	+ 0,7	+ 0,1	- 1,3	- 1,0
Einlagen ohne Bindung	+ 6,4	+13,5	+ 8,6	+ 9,2	+ 8,6	+ 7,6	+ 5,6	+ 7,1
Einlagen mit Bindung	- 1,8	- 2,2	- 7,9	- 5,4	- 7,9	- 9,0	- 5,1	- 1,8
Forderungen an inländische Nichtbanken													
	+ 4,4	+ 3,8	+ 6,5	+ 4,2	+ 6,5	+ 6,3	+ 7,4	+ 7,7

Q: OeNB; EZB; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at, cornelia.schobert@wifo.ac.at

2.12 Arbeitsmarkt

Übersicht 21: Saisonbereinigte Arbeitsmarktindikatoren

	2021				2022				2022				
	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juni	Juli	August	September	Oktober	November
	Veränderung gegen die Vorperiode in %												
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	- 0,9	+ 2,4	+ 1,3	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3
Arbeitslose	- 0,3	- 9,5	- 11,2	- 7,5	- 5,9	- 2,5	+ 1,1	± 0,0	+ 0,8	+ 1,4	- 1,5	- 0,1	- 3,2
Offene Stellen	+ 8,3	+ 27,5	+ 19,4	+ 10,3	+ 6,4	+ 1,4	- 1,3	- 1,4	- 1,0	+ 0,5	- 1,2	+ 0,5	+ 4,4
Arbeitslosenquote													
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	9,4	8,4	7,4	6,9	6,5	6,3	6,3	6,3	6,3	6,4	6,3	6,3	6,1
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat)	7,1	6,8	5,6	5,3	4,6	4,4	4,9	4,2	4,6	5,2	5,1	4,6	.

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; Eurostat; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. • Rückfragen: stefan.fuchs@wifo.ac.at, christoph.lorenz@wifo.ac.at

Übersicht 22: Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und offene Stellen

	2019	2020	2021	2021	2022	2022	2022	2022	2022	2022	2022	2022	
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juni	Juli	August	September	Oktober	November
	In 1.000												
Unselbständig Beschäftigte	3.797	3.717	3.805	3.846	3.859	3.910	3.964	3.945	3.970	3.961	3.961	3.939	3.934
Männer	2.034	1.991	2.042	2.061	2.058	2.103	2.133	2.121	2.131	2.132	2.134	2.121	2.115
Frauen	1.763	1.726	1.763	1.785	1.801	1.807	1.832	1.824	1.839	1.829	1.827	1.818	1.819
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	3.720	3.644	3.734	3.776	3.788	3.840	3.897	3.874	3.903	3.894	3.894	3.872	3.866
Männer	2.026	1.983	2.035	2.055	2.051	2.095	2.125	2.112	2.123	2.125	2.127	2.114	2.109
Frauen	1.694	1.661	1.699	1.721	1.737	1.745	1.772	1.763	1.779	1.769	1.767	1.757	1.758
Ausländische Arbeitskräfte	799	777	840	868	894	922	953	947	947	952	959	945	945
Herstellung von Waren	629	620	623	627	629	634	643	635	644	642	643	641	644
Bauwesen	271	271	285	285	269	299	303	301	302	303	305	304	300
Private Dienstleistungen	1.781	1.707	1.756	1.787	1.810	1.818	1.865	1.848	1.874	1.868	1.853	1.832	1.828
Öffentliche Dienstleistungen ²⁾	963	970	993	1.004	1.007	1.008	1.003	1.006	1.001	997	1.009	1.016	1.018
Arbeitslose	301	410	332	298	299	240	241	229	235	249	237	249	258
Männer	167	224	181	166	177	123	126	123	124	129	126	133	140
Frauen	135	186	151	132	122	118	114	106	111	121	111	116	117
Personen in Schulung	62	57	70	71	73	72	63	69	61	60	69	70	73
Offene Stellen	77	63	95	105	117	136	133	141	138	133	129	123	113
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000												
Unselbständig Beschäftigte	+ 55,8	- 80,1	+ 87,8	+ 130,1	+ 184,5	+ 104,2	+ 71,2	+ 86,1	+ 74,8	+ 70,5	+ 68,3	+ 67,6	+ 80,4
Männer	+ 33,9	- 43,1	+ 51,4	+ 70,2	+ 98,2	+ 52,0	+ 35,8	+ 43,8	+ 37,6	+ 35,5	+ 34,2	+ 33,7	+ 37,6
Frauen	+ 22,0	- 37,1	+ 36,4	+ 59,9	+ 86,3	+ 52,1	+ 35,4	+ 42,3	+ 37,2	+ 35,0	+ 34,1	+ 33,8	+ 42,8
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	+ 58,9	- 76,1	+ 90,4	+ 130,7	+ 184,7	+ 105,9	+ 72,9	+ 87,9	+ 76,6	+ 71,8	+ 70,3	+ 70,0	+ 82,4
Männer	+ 34,1	- 43,0	+ 51,6	+ 69,9	+ 97,9	+ 51,6	+ 35,5	+ 43,2	+ 37,5	+ 35,2	+ 33,9	+ 34,0	+ 37,5
Frauen	+ 24,8	- 33,1	+ 38,8	+ 60,9	+ 86,8	+ 54,2	+ 37,4	+ 44,7	+ 39,1	+ 36,6	+ 36,5	+ 36,1	+ 44,8
Ausländische Arbeitskräfte	+ 46,6	- 22,2	+ 62,4	+ 91,2	+ 125,7	+ 83,5	+ 68,8	+ 77,7	+ 70,7	+ 69,7	+ 65,8	+ 65,3	+ 73,9
Herstellung von Waren	+ 9,9	- 9,5	+ 3,9	+ 9,7	+ 14,9	+ 12,5	+ 12,9	+ 12,4	+ 13,1	+ 12,1	+ 13,5	+ 13,2	+ 14,5
Bauwesen	+ 9,9	- 0,3	+ 13,9	+ 9,9	+ 11,7	+ 3,2	+ 1,7	+ 2,5	+ 2,0	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,1
Private Dienstleistungen	+ 29,9	- 73,6	+ 48,7	+ 88,5	+ 135,3	+ 75,2	+ 45,7	+ 60,3	+ 51,0	+ 44,9	+ 41,1	+ 40,1	+ 51,2
Öffentliche Dienstleistungen ²⁾	+ 7,8	+ 7,1	+ 23,1	+ 21,9	+ 21,9	+ 13,2	+ 11,9	+ 11,4	+ 10,6	+ 11,6	+ 13,6	+ 13,7	+ 14,1
Arbeitslose	- 10,8	+ 108,3	- 77,9	- 104,6	- 129,6	- 79,9	- 38,8	- 60,0	- 47,2	- 37,3	- 31,8	- 20,2	- 31,8
Männer	- 8,2	+ 57,3	- 43,1	- 54,3	- 66,5	- 45,9	- 18,6	- 29,4	- 23,0	- 18,1	- 14,7	- 8,5	- 13,3
Frauen	- 2,6	+ 51,0	- 34,8	- 50,3	- 63,1	- 34,1	- 20,2	- 30,5	- 24,2	- 19,1	- 17,1	- 11,7	- 18,5
Personen in Schulung	- 6,8	- 4,9	+ 13,2	+ 6,3	+ 1,4	- 3,0	- 0,4	- 1,8	- 0,1	- 0,6	- 0,5	- 1,7	- 1,2
Offene Stellen	+ 5,5	- 14,3	+ 32,3	+ 47,2	+ 51,5	+ 40,1	+ 19,8	+ 32,2	+ 24,9	+ 19,6	+ 14,9	+ 10,6	+ 12,4

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ²⁾ ÖNACE 2008 Abschnitte O bis Q. • Rückfragen: stefan.fuchs@wifo.ac.at, christoph.lorenz@wifo.ac.at

Übersicht 23: Arbeitslosenquote und Stellenandrang

	2019	2020	2021	2021	2022	2022	2022	2022	2022	2022	2022	2022	
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juni	Juli	August	September	Oktober	November
	In % der unselbständigen Erwerbspersonen												
Arbeitslosenquote	7,4	9,9	8,0	7,2	7,2	5,8	5,7	5,5	5,6	5,9	5,7	6,0	6,1
Männer	7,6	10,1	8,1	7,5	7,9	5,5	5,6	5,5	5,5	5,7	5,6	5,9	6,2
Frauen	7,1	9,7	7,9	6,9	6,4	6,1	5,9	5,5	5,7	6,2	5,7	6,0	6,1
Erweiterte Arbeitslosenquote ¹⁾	8,7	11,2	9,6	8,8	8,8	7,4	7,1	7,0	7,0	7,2	7,2	7,5	7,7
	In % der Arbeitslosen insgesamt												
Unter 25-jährige Arbeitslose	10,0	10,6	9,1	9,4	8,9	9,3	10,5	9,4	10,0	10,6	10,8	10,3	10,1
Langzeitbeschäftigungslose ²⁾	32,7	28,5	39,7	38,2	35,3	37,9	34,5	38,4	35,8	34,1	33,6	31,4	29,6
	Arbeitslose je offene Stelle												
Stellenandrang	3,9	6,5	3,5	2,8	2,5	1,8	1,8	1,6	1,7	1,9	1,8	2,0	2,3

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Einschließlich Personen in Schulung. – ²⁾ Geschäftsfalldauer über 365 Tage. • Rückfragen: stefan.fuchs@wifo.ac.at, christoph.lorenz@wifo.ac.at

2.13 Preise und Löhne

Übersicht 24: Verbraucherpreise und Großhandelspreise

	2019	2020	2021	2021	2022					2022			
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juni	Juli	August	September	Oktober	November
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Harmonisierter VPI	+ 1,5	+ 1,4	+ 2,8	+ 3,9	+ 5,5	+ 7,9	+ 9,9	+ 8,7	+ 9,4	+ 9,3	+11,0	+11,6	+11,2
Verbraucherpreisindex	+ 1,5	+ 1,4	+ 2,8	+ 4,1	+ 5,8	+ 7,9	+ 9,8	+ 8,7	+ 9,4	+ 9,3	+10,6	+11,0	+10,6
Ohne Saisonwaren	+ 1,6	+ 1,4	+ 2,8	+ 4,1	+ 5,8	+ 7,8	+ 9,8	+ 8,6	+ 9,3	+ 9,2	+10,7	+11,0	+10,6
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	+ 1,0	+ 2,3	+ 0,8	+ 1,5	+ 5,0	+ 9,6	+13,1	+11,3	+12,2	+13,1	+13,9	+14,4	+15,2
Alkoholische Getränke, Tabak	+ 1,0	+ 1,2	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,3	+ 3,7	+ 3,9	+ 4,2	+ 4,0	+ 4,1	+ 3,8	+ 4,1	+ 4,0
Bekleidung und Schuhe	+ 0,8	- 0,1	+ 0,7	- 0,4	+ 1,5	+ 1,1	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,1	+ 1,0	- 0,7	+ 3,9	+ 4,5
Wohnung, Wasser, Energie	+ 2,7	+ 2,4	+ 3,6	+ 5,1	+ 7,6	+ 9,7	+15,4	+10,3	+12,5	+13,9	+19,8	+19,2	+18,2
Hausrat und laufende Instandhaltung	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,8	+ 2,2	+ 4,3	+ 6,3	+ 8,4	+ 6,9	+ 7,8	+ 8,6	+ 8,7	+11,8	+11,3
Gesundheitspflege	+ 1,1	+ 2,0	+ 1,7	+ 2,2	+ 2,7	+ 2,2	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,7	+ 2,5	+ 2,3	+ 3,6	+ 3,6
Verkehr	+ 0,2	- 1,7	+ 6,6	+11,9	+12,6	+19,7	+18,7	+21,9	+21,8	+16,8	+17,5	+16,6	+14,4
Nachrichtenübermittlung	- 3,1	- 3,0	- 2,9	- 2,3	+ 1,3	- 0,1	- 1,4	- 0,5	- 1,1	- 1,4	- 1,5	- 1,9	- 2,5
Freizeit und Kultur	+ 1,4	+ 1,8	+ 2,4	+ 3,7	+ 4,5	+ 3,2	+ 4,1	+ 3,0	+ 4,2	+ 4,4	+ 3,6	+ 3,2	+ 2,9
Erziehung und Unterricht	+ 2,6	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,9	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,5	+ 3,8	+ 3,9	+ 4,0
Restaurants und Hotels	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,3	+ 4,2	+ 6,6	+ 7,4	+ 9,9	+ 8,7	+ 9,3	+ 9,9	+10,6	+11,0	+11,3
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	+ 1,7	+ 2,2	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,8	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,4	+ 3,9	+ 4,6	+ 4,8
Großhandelspreisindex	± 0,0	- 4,1	+10,4	+16,0	+19,2	+25,9	+21,6	+26,5	+22,8	+21,3	+20,6	+21,2	+16,5
Ohne Saisonprodukte	- 0,1	- 4,3	+10,5	+16,2	+19,4	+26,1	+21,8	+26,6	+23,0	+21,5	+20,8	+21,3	+16,5

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauningner@wifo.ac.at

Übersicht 25: Tariflöhne

	2019	2020	2021	2021	2022					2022			
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juni	Juli	August	September	Oktober	November
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Beschäftigte	+ 3,0	+ 2,3	+ 1,7	+ 1,8	+ 2,6	+ 2,9	+ 3,2	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,6
Ohne öffentlichen Dienst	+ 3,1	+ 2,3	+ 1,8	+ 1,8	+ 2,5	+ 2,9	+ 3,2	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,3	+ 3,6
Arbeiter und Arbeiterinnen	+ 3,1	+ 2,4	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,7	+ 3,1	+ 3,5	+ 3,4	+ 3,5	+ 3,5	+ 3,5	+ 3,6	+ 4,1
Angestellte	+ 3,0	+ 2,3	+ 1,7	+ 1,7	+ 2,4	+ 2,8	+ 3,0	+ 3,0	+ 3,0	+ 3,0	+ 3,0	+ 3,0	+ 3,4
Bedienstete													
Öffentlicher Dienst	+ 3,1	+ 2,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,2

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Tariflohnindex 2016. • Rückfragen: doris.steininger@wifo.ac.at

Übersicht 26: Effektivverdienste

	2019	2020	2021	2021	2022					2022			
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	März	April	Mai	Juni	Juli	August
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Gesamtwirtschaft¹⁾													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	+ 4,4	- 0,2	+ 4,8	+ 6,7	+ 9,9	+ 8,7	+ 6,2						
Lohn- und Gehaltssumme, netto	+ 4,5	+ 0,5	+ 4,0										
Pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten													
Brutto	+ 2,9	+ 2,2	+ 2,5	+ 3,2	+ 4,4	+ 4,9	+ 4,2						
Netto	+ 3,0	+ 3,0	+ 1,7										
Netto, real ²⁾	+ 1,4	+ 1,6	- 1,1										
Herstellung von Waren³⁾													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto ⁴⁾	+ 4,1	- 1,1	+ 4,1	+ 3,6	+ 6,9	+ 6,2		+ 7,8	+ 7,1	+ 5,8	+ 5,9	+ 5,7	+ 6,3
Pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten ⁴⁾	+ 2,5	+ 0,2	+ 3,5	+ 1,8	+ 4,8	+ 4,1		+ 5,6	+ 5,0	+ 3,7	+ 3,9	+ 3,6	+ 4,3
Stundenverdienste der Beschäftigten pro Kopf ⁴⁾	+ 2,9	+ 1,2	+ 2,7	+ 1,8	+ 4,8	+ 4,4		+ 6,0	+ 7,9	+ 1,6	+ 4,0	+ 6,4	+ 2,7
Bauwesen³⁾													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto ⁴⁾	+ 8,4	+ 4,6	+ 6,8	+ 5,5	+ 8,7	+10,3		+ 7,4	+ 5,1	+ 9,0	+ 7,7	+ 3,7	+ 8,8
Pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten ⁴⁾	+ 3,2	+ 2,4	+ 2,7	+ 2,7	+ 4,1	+ 7,6		+ 3,8	+ 2,8	+ 6,7	+ 5,7	+ 2,0	+ 7,1
Stundenverdienste der Beschäftigten pro Kopf ⁴⁾	+ 3,4	+ 3,1	+ 1,8	+ 2,7	+ 3,9	+ 7,0		+ 4,0	+ 5,1	+ 4,4	+ 4,8	+ 5,2	+ 4,8

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Laut ESVG 2010. – ²⁾ Referenzjahr 2015. – ³⁾ Konjunkturerhebung auf Betriebsebene (Primärerhebung). – ⁴⁾ Einschließlich Sonderzahlungen. • Rückfragen: doris.steininger@wifo.ac.at

2.14 Soziale Sicherheit

Übersicht 27: Pensionen nach Pensionsversicherungsträgern

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	Zahl der Pensionen in 1.000						Durchschnittspension in €					
Bestand insgesamt	2.324	2.341	2.364	2.380	2.419	2.450	1.124	1.143	1.175	1.212	1.213	1.307
Pensionsversicherung der Unselbständigen	1.929	1.945	1.966	1.980	2.016	2.078	1.136	1.155	1.187	1.224	1.277	1.321
Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter und Arbeiterinnen	1.066	1.069	1.073	1.076	1.086	1.089	878	892	917	945	986	1.021
Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten	864	877	893	904	930	954	1.443	1.464	1.500	1.543	1.602	1.649
Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen	359	360	362	364	368	372	1.057	1.079	1.110	1.145	1.195	1.233
Gewerbliche Wirtschaft ¹⁾	185	188	193	196	202	208	1.296	1.315	1.344	1.377	1.423	1.455
Landwirtschaft ²⁾	174	171	170	168	166	164	795	811	835	863	912	945
Neuzuerkennungen insgesamt	115	117	123	132	145	146	1.089	1.073	1.032	1.124	1.154	1.213
Pensionsversicherung der Unselbständigen	96	97	102	111	121	122	1.092	1.072	1.027	1.128	1.162	1.224
Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter und Arbeiterinnen	53	54	56	58	62	68	831	824	797	877	902	943
Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten	43	44	47	52	60	54	1.398	1.372	1.317	1.427	1.472	1.543
Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen	18	18	19	20	22	22	1.070	1.077	1.058	1.098	1.108	1.154
Gewerbliche Wirtschaft ¹⁾	11	12	12	13	16	16	1.236	1.233	1.191	1.222	1.230	1.268
Landwirtschaft ²⁾	6	6	6	6	6	6	777	832	810	884	856	938

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Ohne Versicherungsanstalt des österreichischen Notariats. – 1) Bis 2019: Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft. – 2) Bis 2019: Sozialversicherungsanstalt der Bauern. • Rückfragen: anna.albert@wifo.ac.at

Übersicht 28: Pensionen nach Pensionsarten

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	Zahl der Pensionen in 1.000						Durchschnittspension in €					
Bestand insgesamt	2.324	2.341	2.364	2.396	2.436	2.467	1.124	1.143	1.175	1.212	1.264	1.308
Direktpensionen	1.822	1.841	1.867	1.902	1.944	1.977	1.244	1.265	1.298	1.338	1.394	1.440
Invaliditätspensionen ¹⁾	165	159	153	147	142	133	1.150	1.158	1.179	1.197	1.230	1.255
Alle Alterspensionen ²⁾	1.656	1.682	1.714	1.755	1.803	1.844	1.254	1.275	1.309	1.349	1.407	1.454
Normale Alterspensionen	1.569	1.603	1.639	1.680	1.720	1.759	1.219	1.242	1.276	1.317	1.367	1.410
Vorzeitige Alterspensionen	88	79	74	75	83	85	1.871	1.933	2.026	2.080	2.250	2.364
Beilanger Versicherungsdauer	3	2	2	2	2	2	2.022	2.275	2.340	2.400	2.462	2.515
Korridorpensionen	17	18	20	21	23	24	1.717	1.869	1.890	1.924	1.995	2.047
Für Langzeitversicherte ³⁾	53	18	20	21	25	26	1.915	1.990	2.224	2.345	2.685	2.875
Schwerarbeitspensionen ⁴⁾	9	11	14	18	21	24	1.932	2.004	1.658	2.135	2.221	2.291
Witwen- bzw. Witwerpensionen	455	452	449	447	444	443	738	747	742	762	787	808
Waisenpensionen	48	47	47	47	47	47	368	373	382	393	407	422
Neuzuerkennungen insgesamt	115	117	123	132	145	143	1.124	1.154	1.213	1.275	1.422	1.429
Direktpensionen	84	86	91	101	113	108	1.300	1.329	1.194	1.453	1.620	1.654
Invaliditätspensionen ¹⁾	19	17	16	17	17	13	1.137	1.122	1.155	1.162	1.197	1.256
Alle Alterspensionen ²⁾	65	69	75	84	96	95	1.347	1.382	1.452	1.514	1.696	1.710
Normale Alterspensionen	37	42	46	56	62	65	984	1.035	1.098	1.232	1.327	1.386
Vorzeitige Alterspensionen	28	27	29	28	34	30	1.833	1.916	2.020	2.078	2.371	2.417
Bei langer Versicherungsdauer	3	1	0	0	0	1	1.491	1.694	2.376	2.432	2.463	2.542
Korridorpensionen	7	8	9	9	10	10	1.803	1.838	1.879	1.919	1.951	2.015
Für Langzeitversicherte ³⁾	12	11	11	9	15	11	1.900	2.001	2.197	2.300	2.801	2.880
Schwerarbeitspensionen ⁴⁾	3	4	5	6	6	1	2.032	2.061	1.645	2.181	2.270	2.354
Witwen- bzw. Witwerpensionen	26	26	26	26	27	30	725	732	745	769	801	800
Waisenpensionen	5	5	5	5	5	5	297	300	286	305	320	326

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger. Ohne Versicherungsanstalt des österreichischen Notariats. – 1) Vor dem vollendeten 60. bzw. 65. Lebensjahr. – 2) Einschließlich Invaliditätspensionen (Berufsunfähigkeits-, Erwerbsunfähigkeitspensionen) ab dem vollendeten 60. bzw. 65. Lebensjahr. Einschließlich Knappschaftssold. – 3) Langzeitversichertenregelung ("Hacklerregelung"). – 4) Schwerarbeitspension gemäß Allgemeinem Pensionsgesetz. • Rückfragen: anna.albert@wifo.ac.at

Übersicht 29: Durchschnittsalter bei Neuzuerkennung der Pension in Jahren

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	Männer						Frauen					
Alle Pensionsversicherungsträger, Direktpensionen	60,9	61,1	61,5	61,3	61,6	61,9	59,1	59,2	59,4	59,5	59,5	59,9
Invaliditätspensionen	55,4	55,1	55,7	55,0	54,5	55,8	52,5	51,9	52,2	51,4	50,4	51,6
Alle Alterspensionen	63,3	63,3	63,2	63,3	62,2	63,2	60,3	60,4	60,4	60,5	60,6	60,7

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger. Alle Pensionsversicherungsträger. • Rückfragen: anna.albert@wifo.ac.at

Übersicht 30: Beiträge des Bundes zur Pensionsversicherung

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2015	2016	2017	2018	2019	2020
	Ausfallhaftung des Bundes in Mio. €						In % des Pensionsaufwandes					
Pensionsversicherung der Unselbständigen	4.752,6	4.665,7	3.515,1	4.055,0	3.981,1	5.136,8	15,9	15,3	11,3	12,5	11,8	14,4
Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen – gewerbliche Wirtschaft ¹⁾	1.272,2	1.230,6	1.251,4	1.279,2	1.347,1	1.755,0	40,2	37,6	37,0	36,1	36,1	44,2
Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen – Landwirtschaft ²⁾	1.464,1	1.496,7	1.495,5	1.496,6	1.540,4	1.613,7	86,3	87,0	86,2	84,1	83,9	84,6

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Bis 2019: Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft. – 2) Bis 2019: Sozialversicherungsanstalt der Bauern. • Rückfragen: anna.albert@wifo.ac.at

2.15 Entwicklung in den Bundesländern

Übersicht 31: Tourismus – Übernachtungen

	2019	2020	2021	2021	2022				2022				
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Österreich	+ 1,9	- 35,9	- 18,7	+182,0	+1.222,5	+ 135,2	+ 4,7	+ 147,8	+ 61,1	+ 15,3	- 0,2	- 0,6	+ 4,1
Wien	+ 6,8	- 73,9	+ 8,9	+333,4	+557,1	+ 496,3	+ 75,1	+ 693,5	+ 256,5	+ 135,1	+ 56,2	+ 53,4	+ 41,5
Niederösterreich	+ 3,5	- 40,5	+ 9,4	+ 46,2	+ 85,3	+ 70,1	+ 3,6	+ 95,3	+ 33,3	+ 6,9	+ 1,1	+ 3,1	+ 5,0
Burgenland	+ 3,1	- 27,3	+ 9,6	+ 68,2	+241,9	+ 58,1	- 15,4	+ 83,1	+ 2,0	- 13,4	- 15,3	- 18,3	- 10,6
Steiermark	+ 1,7	- 24,6	- 10,6	+ 79,2	+618,2	+ 71,9	- 3,2	+ 91,8	+ 20,5	+ 4,3	- 6,4	- 7,8	- 2,8
Kärnten	+ 0,2	- 17,0	- 7,8	+ 71,3	+539,0	+ 66,9	- 3,2	+ 109,2	+ 38,9	+ 2,5	- 4,9	- 9,7	- 4,4
Oberösterreich	+ 4,6	- 36,4	+ 5,2	+ 70,7	+186,2	+ 81,0	+ 5,5	+ 108,0	+ 34,0	+ 12,5	+ 3,6	- 0,8	+ 0,9
Salzburg	+ 1,6	- 32,3	- 31,1	+206,9	+2.752,2	+ 157,8	+ 5,8	+ 150,6	+ 74,9	+ 20,3	- 0,8	- 2,1	+ 1,9
Tirol	+ 0,5	- 33,5	- 28,9	+435,5	+4.659,1	+ 179,1	+ 2,5	+ 143,6	+ 74,3	+ 13,9	- 1,8	- 4,5	- 1,9
Vorarlberg	+ 0,5	- 30,5	- 28,4	+311,3	+4.084,1	+ 160,2	- 1,8	+ 124,6	+ 73,7	+ 8,7	- 6,7	- 5,8	- 0,6

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 32: Abgesetzte Produktion der Sachgütererzeugung

	2019	2020	2021	2021		2022				2022			
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	März	April	Mai	Juni	Juli	August
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Österreich	+ 1,0	- 8,8	+18,3	+17,7	+17,3	+19,2	+18,7	+16,7	+11,8	+29,2	+15,9	+ 9,1	+15,5
Wien	- 3,0	+ 8,4	+18,0	+17,9	+21,4	+ 5,2	+ 2,9	+10,6	- 5,8	+17,6	- 1,6	- 2,0	+10,4
Niederösterreich	- 1,5	-13,8	+20,8	+23,4	+27,5	+30,7	+24,4	+29,0	+22,4	+36,0	+15,7	+ 8,3	+16,4
Burgenland	- 0,8	-11,7	+10,0	+ 0,9	+ 4,5	+12,0	+13,8	+ 8,8	+ 1,2	+21,9	+18,9	+11,3	+26,5
Steiermark	+ 4,1	-12,9	+16,8	+17,6	+12,8	+ 9,8	+19,9	+ 8,6	+11,9	+30,2	+18,4	+11,1	+ 6,5
Kärnten	- 1,7	- 4,8	+22,3	+25,1	+21,3	+24,3	+25,3	+20,8	+13,3	+34,1	+28,3	+14,4	+25,0
Oberösterreich	+ 1,1	- 9,2	+18,0	+14,8	+13,8	+20,9	+20,3	+16,1	+ 9,9	+31,4	+20,2	+11,5	+18,5
Salzburg	+ 3,7	- 5,8	+18,1	+17,7	+20,6	+29,2	+20,5	+28,6	+18,5	+26,9	+16,4	+13,9	+22,7
Tirol	+ 1,9	- 6,7	+16,5	+16,9	+11,5	+17,1	+12,7	+12,4	+ 7,5	+23,7	+ 7,7	+ 0,8	+ 8,2
Vorarlberg	+ 4,4	- 7,9	+17,9	+13,2	+16,8	+16,0	+12,9	+ 9,1	+13,8	+17,8	+ 7,6	+ 7,3	+18,0

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Konjunkturerhebung auf Betriebsebene (Grundgesamtheit). Ab 2022: vorläufig. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 33: Abgesetzte Produktion im Bauwesen

	2019	2020	2021	2021		2022				2022			
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	März	April	Mai	Juni	Juli	August
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Österreich	+ 7,3	- 1,7	+16,7	+13,0	+12,5	+13,1	+11,1	+ 8,4	+ 6,7	+19,8	+ 7,2	+ 4,8	+ 7,9
Wien	+ 8,4	- 6,2	+16,3	+11,1	+13,2	+16,7	+ 5,4	+ 0,6	+ 5,1	+16,6	- 4,6	+ 1,0	- 0,9
Niederösterreich	+ 8,2	+ 0,1	+15,6	+15,6	+ 9,3	+18,0	+13,0	+16,3	+ 9,7	+18,7	+10,6	+ 9,5	+ 1,9
Burgenland	+16,3	- 0,7	+11,5	+16,7	+11,4	+33,7	+13,9	+42,2	+ 9,5	+16,1	+15,8	+ 2,9	+ 8,1
Steiermark	+ 7,3	- 0,4	+16,8	+15,7	+12,5	+10,5	+11,2	+ 9,7	- 0,1	+23,0	+11,2	+ 5,1	+13,6
Kärnten	+ 6,0	- 4,5	+13,5	+ 7,7	+ 6,7	+ 2,2	+15,4	+ 0,0	+15,3	+16,9	+14,2	+ 5,9	+10,1
Oberösterreich	+ 4,8	- 2,9	+21,8	+13,5	+20,0	+10,9	+ 9,8	+ 9,2	+ 3,2	+22,5	+ 4,2	+ 2,5	+ 9,7
Salzburg	+ 5,8	+ 3,7	+14,3	+10,7	+ 3,6	+ 9,1	+14,7	+ 9,2	+10,5	+23,0	+11,0	+ 8,6	+20,5
Tirol	+12,3	- 0,8	+12,7	+ 9,9	+11,4	+ 4,6	+12,9	- 2,6	+11,0	+16,7	+11,1	+ 5,8	+12,3
Vorarlberg	+ 0,1	+ 5,6	+19,2	+15,9	+13,5	+20,9	+16,0	+16,3	+13,5	+21,5	+13,3	+ 3,2	+ 9,3

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Konjunkturerhebung auf Betriebsebene (Grundgesamtheit). Ab 2022: vorläufig. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 34: Beschäftigung

	2019	2020	2021	2021	2022				2022				
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juni	Juli	August	September	Oktober	November
	In 1.000												
Österreich	3.720	3.644	3.734	3.776	3.788	3.840	3.897	3.874	3.903	3.894	3.894	3.872	3.866
Wien	852	831	858	871	873	888	893	891	890	890	898	901	903
Niederösterreich	615	611	625	629	624	642	647	645	646	646	649	647	645
Burgenland	104	103	107	107	106	111	113	112	113	112	112	112	110
Steiermark	520	510	523	527	526	537	544	541	543	544	546	542	540
Kärnten	211	206	212	212	210	220	226	224	229	226	222	219	216
Oberösterreich	660	651	666	672	669	682	689	685	690	688	690	690	689
Salzburg	256	248	252	257	263	259	267	264	270	267	263	259	259
Tirol	336	322	327	335	346	336	349	345	353	351	345	335	336
Vorarlberg	165	161	164	166	170	166	169	168	170	169	168	167	167
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000												
Österreich	+ 58,9	- 76,1	+ 90,4	+130,7	+184,7	+105,9	+ 72,9	+ 87,9	+ 76,6	+ 71,8	+ 70,3	+ 70,0	+ 82,4
Wien	+ 15,9	- 20,5	+ 26,9	+ 33,2	+ 37,1	+ 30,9	+ 23,7	+ 26,5	+ 23,4	+ 23,5	+ 24,2	+ 24,7	+ 26,0
Niederösterreich	+ 10,1	- 3,9	+ 14,2	+ 14,2	+ 18,1	+ 14,4	+ 9,6	+ 11,2	+ 9,3	+ 9,5	+ 10,1	+ 10,1	+ 10,8
Burgenland	+ 1,5	- 0,9	+ 3,5	+ 3,1	+ 3,9	+ 3,5	+ 2,5	+ 3,1	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,7	+ 2,8
Steiermark	+ 8,0	- 10,0	+ 12,8	+ 14,7	+ 20,1	+ 13,0	+ 8,9	+ 10,8	+ 8,9	+ 9,8	+ 8,1	+ 8,6	+ 9,2
Kärnten	+ 2,2	- 5,9	+ 6,5	+ 7,1	+ 10,0	+ 5,9	+ 3,0	+ 4,4	+ 3,6	+ 2,6	+ 2,9	+ 2,9	+ 3,7
Oberösterreich	+ 10,4	- 8,9	+ 15,0	+ 17,0	+ 21,3	+ 15,5	+ 10,7	+ 13,5	+ 11,6	+ 9,7	+ 10,8	+ 11,2	+ 11,9
Salzburg	+ 3,1	- 8,4	+ 4,1	+ 12,9	+ 23,7	+ 8,0	+ 5,4	+ 7,0	+ 6,6	+ 5,2	+ 4,5	+ 3,9	+ 6,6
Tirol	+ 5,4	- 14,4	+ 5,1	+ 22,3	+ 39,8	+ 11,4	+ 6,9	+ 8,7	+ 8,1	+ 6,9	+ 5,6	+ 4,4	+ 9,3
Vorarlberg	+ 2,2	- 3,2	+ 2,4	+ 6,2	+ 10,7	+ 3,3	+ 2,1	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,3	+ 1,8	+ 1,4	+ 2,1

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Ohne Personen in aufrechter Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 35: Arbeitslosigkeit

	2019	2020	2021	2021	2022				2022				
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juni	Juli	August	September	Oktober	November
	In 1.000												
Österreich	301	410	332	298	299	240	241	229	235	249	237	249	258
Wien	115	150	127	115	115	99	100	99	97	103	99	100	100
Niederösterreich	51	65	52	47	49	37	37	36	37	39	36	36	37
Burgenland	8	11	9	8	9	6	7	6	7	7	6	7	7
Steiermark	34	48	37	34	36	26	27	25	27	28	26	27	28
Kärnten	21	27	21	20	21	14	14	13	14	14	14	16	17
Oberösterreich	34	47	36	32	33	25	27	24	27	29	26	26	26
Salzburg	13	20	15	12	11	10	9	8	8	9	9	11	12
Tirol	16	29	23	19	16	15	11	11	10	11	12	18	19
Vorarlberg	9	14	12	10	9	9	9	8	8	9	9	9	10
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000												
Österreich	- 10,8	+108,3	- 77,9	-104,6	-129,6	- 79,9	- 38,8	- 60,0	- 47,2	- 37,3	- 31,8	- 20,2	- 31,8
Wien	- 3,6	+ 34,8	- 23,0	- 29,9	- 32,8	- 28,3	- 16,3	- 23,0	- 19,8	- 15,2	- 13,9	- 8,8	- 10,3
Niederösterreich	- 1,7	+ 14,2	- 13,0	- 15,1	- 17,6	- 12,8	- 7,4	- 10,3	- 8,4	- 7,3	- 6,3	- 5,6	- 6,5
Burgenland	- 0,3	+ 2,5	- 1,9	- 2,2	- 2,9	- 1,9	- 0,9	- 1,5	- 1,1	- 0,8	- 0,8	- 0,5	- 0,8
Steiermark	- 1,0	+ 13,9	- 10,7	- 11,6	- 13,8	- 8,0	- 3,9	- 6,0	- 4,5	- 3,7	- 3,4	- 2,0	- 3,0
Kärnten	- 0,9	+ 6,0	- 5,8	- 6,7	- 8,5	- 4,5	- 1,3	- 2,8	- 1,8	- 1,2	- 1,0	- 0,6	- 2,3
Oberösterreich	- 1,1	+ 12,5	- 10,6	- 12,1	- 14,0	- 8,4	- 4,0	- 6,5	- 4,8	- 3,8	- 3,4	- 2,0	- 3,5
Salzburg	- 0,8	+ 7,4	- 5,0	- 8,5	- 12,4	- 4,9	- 1,5	- 3,0	- 2,1	- 1,5	- 0,8	- 0,2	- 1,5
Tirol	- 1,2	+ 12,6	- 5,8	- 14,2	- 21,7	- 8,0	- 2,3	- 4,7	- 3,1	- 2,3	- 1,4	- 0,2	- 3,1
Vorarlberg	- 0,0	+ 4,4	- 2,2	- 4,3	- 5,8	- 3,0	- 1,2	- 2,1	- 1,5	- 1,4	- 0,8	- 0,3	- 0,8

Q: Arbeitsmarktservice Österreich; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 36: Arbeitslosenquote

	2019	2020	2021	2021	2022				2022				
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juni	Juli	August	September	Oktober	November
	In % der unselbständigen Erwerbspersonen												
Österreich	7,4	9,9	8,0	7,2	7,2	5,8	5,7	5,5	5,6	5,9	5,7	6,0	6,1
Wien	11,7	15,1	12,7	11,6	11,5	10,0	10,0	9,9	9,8	10,3	9,9	9,9	9,9
Niederösterreich	7,5	9,4	7,5	6,8	7,2	5,3	5,4	5,1	5,3	5,6	5,2	5,2	5,4
Burgenland	7,3	9,4	7,7	7,2	7,8	5,4	5,5	5,2	5,5	5,7	5,3	5,4	5,9
Steiermark	6,0	8,4	6,5	5,9	6,2	4,6	4,7	4,3	4,7	4,9	4,5	4,7	4,9
Kärnten	8,8	11,3	8,8	8,5	9,1	5,9	5,7	5,2	5,6	5,9	5,7	6,6	7,3
Oberösterreich	4,8	6,5	5,0	4,5	4,6	3,4	3,7	3,3	3,7	3,9	3,5	3,5	3,6
Salzburg	4,6	7,3	5,6	4,5	4,0	3,5	3,0	2,8	2,9	3,1	3,2	4,0	4,4
Tirol	4,5	8,1	6,5	5,3	4,3	4,1	3,0	3,0	2,7	3,0	3,3	4,9	5,3
Vorarlberg	5,3	7,7	6,5	5,6	5,0	4,8	4,8	4,4	4,6	4,9	4,9	5,3	5,4

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

2.16 Staatshaushalt

Übersicht 37: Staatsquoten

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
		In % des Bruttoinlandsproduktes											
Staatsquoten													
Staatsausgabenquote	54,1	52,8	50,9	51,2	51,6	52,4	51,1	50,1	49,3	48,8	48,6	56,7	56,0
Staatseinnahmenquote	48,8	48,4	48,3	49,0	49,7	49,7	50,1	48,5	48,5	48,9	49,2	48,7	50,0
Abgabenquote Staat und EU													
Indikator 4	42,0	41,9	42,0	42,6	43,4	43,5	43,9	42,4	42,5	42,9	43,2	42,6	43,7
Indikator 2	41,1	41,1	41,2	41,9	42,7	42,8	43,2	41,8	41,9	42,3	42,7	42,1	43,3
Budgetsalden													
Finanzierungssaldo (Maastricht)													
Gesamtstaat	- 5,3	- 4,4	- 2,6	- 2,2	- 2,0	- 2,7	- 1,0	- 1,5	- 0,8	0,2	0,6	- 8,0	- 5,9
Bund	- 4,3	- 3,3	- 2,3	- 2,1	- 2,0	- 2,8	- 1,2	- 1,2	- 0,9	- 0,1	0,4	- 7,2	- 5,4
Länder	0,1	0,2	- 0,5	- 0,5
Gemeinden	- 0,0	- 0,1	- 0,1	0,1
Wien	0,0	0,0	- 0,2	- 0,2
Sozialversicherungsträger	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	- 0,0	0,0
Struktureller Budgetsaldo laut Europäischer Kommission ¹⁾	- 3,8	- 3,2	- 2,6	- 1,9	- 1,1	- 0,7	- 0,1	- 1,2	- 1,1	- 0,9	- 0,7	- 5,0	- 4,9
Primärsaldo	- 2,2	- 1,5	0,2	0,5	0,7	- 0,3	1,3	0,5	1,0	1,8	2,0	- 6,7	- 4,8
Schuldenstand (Maastricht)													
Gesamtstaat	79,9	82,7	82,4	81,9	81,3	84,0	84,9	82,8	78,5	74,1	70,6	82,9	82,3
Bund	.	.	.	70,9	70,6	73,5	74,2	71,9	68,0	63,9	60,9	71,7	71,1
Länder	5,6	5,3	5,9	6,0
Gemeinden	2,3	2,3	2,6	2,5
Wien	1,9	1,9	2,2	2,4
Sozialversicherungsträger	.	.	.	0,5	0,5	0,4	0,3	0,3	0,2	0,3	0,3	0,5	0,3

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Daten gemäß Maastricht-Notifikation. Indikator 2 ohne, Indikator 4 einschließlich imputierter Sozialbeiträge. Länder und Gemeinden ohne Wien. – ¹⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der mittelfristigen WIFO-Prognose, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission. • Rückfragen: andrea.sutrich@wifo.ac.at

2/2022 Inflation zur Hälfte von globalen Faktoren bestimmt • Vierte COVID-19-Welle dämpft Konjunkturschätzungen. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2022 • Kräftige Erholung im europäischen Bauwesen. Euroconstruct-Prognose bis 2024 • Familienleistungen der öffentlichen Hand in Österreich. Längerfristige Entwicklungen und aktuelle Reformen

3/2022 Heimische Wirtschaft vor Kriegsausbruch in der Ukraine in guter Verfassung • Der Wirtschaftshistoriker des WIFO mit breiter Forschungsagenda – Felix Butschek zum 90. Geburtstag • Europäische Wirtschaftspolitik 2021/22. Zwischen Konjunkturerholung und Unsicherheit • Kräftiger Anstieg der Innovationsausgaben österreichischer Unternehmen im zweiten Jahr der COVID-19-Pandemie • Gesundheitsleistungen und Pflegegeldbezug • Österreichs Standortqualität im Executive Opinion Survey 2021

4/2022 Negative Angebotsschocks treffen auf kräftige Konjunktur. Prognose für 2022 und 2023 • Ukraine-Krieg trübt die mittelfristigen Wirtschaftsaussichten. Update der mittelfristigen Prognose 2022 bis 2026 • COVID-19-Pandemie, Materialengpässe und Preissteigerungen prägen die Konjunktur. Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2021 • Hohe Liquiditätszufuhr im Kreditwesen 2021 nur teilweise durch lebhaftere Kreditnachfrage absorbiert

5/2022 Wirtschaftliche Unsicherheit weiterhin hoch • Konjunkturschätzungen verbessern sich trotz erhöhter Unsicherheit. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom April 2022 • Österreichischer Arbeitsmarkt seit Frühjahr 2021 auf Erholungskurs • Industriekonjunktur trotz Lieferengpässen und kräftigem Preisauftrieb. Entwicklung von Warenproduktion, Außenhandel und Investitionen im Jahr 2021

6/2022 Konjunkturaufschwung verlangsamt sich • Unternehmensinvestitionen wachsen 2022 nur gedämpft. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2022 • Digitalisierung in Österreich: Fortschritt, Breitbandinfrastruktur und die Rolle der Open-Access-Netze • Schwächerer Aufschwung in tourismusintensiven Regionen. Die Wirtschaft in den Bundesländern 2021

7/2022 Wirtschaftliche Erholung verliert an Schwung. Prognose für 2022 und 2023 • Ukraine-Krieg bremst Erholung Mittel-, Ost- und Südosteuropas von der COVID-19-Krise • Qualifizierung als Mittel zur Hebung der Beschäftigungsquote • Herausforderungen und Bestimmungsfaktoren der Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Industrieunternehmen. Ergebnisse der WIFO-Industriebefragung 2022

8/2022 Konjunkturindikatoren gehen zurück • Konjunkturerwartungen verschlechtern sich. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Juli 2022 • Kräftige Erholung der Ertragskraft der österreichischen Sachgütererzeugung 2021 • Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2022

9/2022 Kräftiger Aufschwung im 1. Halbjahr 2022 • Schadenversicherungen deckten 2021 hohe Schäden aus Naturkatastrophen • Die österreichische Land- und Forstwirtschaft in einem neuen agrarpolitischen Umfeld • Landwirtschaft und Ernährungssicherheit im Kontext des Klimawandels

10/2022 Stagflation in Österreich. Prognose für 2022 und 2023 • Energiepreisschock trübt auch mittelfristig die Wirtschaftsaussichten. Mittelfristige Prognose 2023 bis 2027 • Verbesserung der Lohnstückkostenposition im Jahr 2021 • Wissensproduktion und Wissensverwertung in Österreich im internationalen Vergleich

11/2022 Österreichs Wirtschaft im Sog des internationalen Konjunkturabschwungs • Abschwung setzt sich fort. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Oktober 2022 • Teuerung und geopolitische Unsicherheit belasten Tourismus • Unterstützungsmaßnahmen für Unternehmen zur Abfederung hoher Energiekosten • Welcher Kurs wirkt für wen? Effektivität der Qualifizierungsförderungen des Arbeitsmarktservice Österreich

Präsident

Dr. Harald Mahrer, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich

Vizepräsidentin

Renate Anderl, Präsidentin der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien und der Bundesarbeitskammer

Vorstand**Dr. Hannes Androsch**

Kommerzialrat Peter Hanke, Amtsführender Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke

Univ.-Prof. Dr. Robert Holzmann, Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank

Wolfgang Katzian, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

Georg Knill, Präsident der Vereinigung der Österreichischen Industrie

Abg.z.NR Karlheinz Kopf, Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich

Kuratorium

Andreas Brandstetter, Andrea Faast, Johannes Fankhauser, Günther Goach, Markus Gratzer, Marcus Grausam, Erwin Hameseder, Peter Haubner, Gerhard K. Humpeler, Robert Leitner, Ferdinand Lembacher, Johannes Mayer, Johanna Mikl-Leitner, Helmut Naumann, Christoph Neumayer, Peter J. Oswald, Josef Plank, Günther Platter (bis Oktober 2022), Ranja Reda Kouba, Walter Ruck, Ingrid Sauer, Heinrich Schaller, Tobias Schweitzer, Hermann Schultes, Andreas Stangl, Michael Strugl, Andreas Treichl, Franz Vranitzky, Christoph Walser, Kurt Weinberger, Thomas Weninger, Josef Wöhner, Norbert Zimmermann

Direktorium

Direktor: Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD

Stellvertretende Direktorin und Direktoren:

Priv.-Doz. MMag. Dr. Ulrike Famira-Mühlberger, PhD, Mag. Alexander Loidl, MSc, Priv.-Doz. Mag. Dr. Michael Peneder

Ökonominnen und Ökonomen

Johannes Amann, Stefan Angel, Julia Bachtrögler-Unger, Susanne Bärenthaler-Sieber, Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Benjamin Bittschi, Julia Bock-Schappelwein, Michael Böheim, Anna Burton, Elisabeth Christen, Alexander Daminger, Stefan Ederer, Rainer Eppel, Katharina Falkner, Ulrike Famira-Mühlberger, Marian Fink, Klaus S. Friesenbichler, Oliver Fritz, Christian Glocker, Werner Hölzl, Thomas Horvath, Peter Huber, Alexander Hudetz, Ulrike Huemer, Jürgen Janger, Serguei Kaniovski, Claudia Kettner-Marx, Daniela Kletzan-Slamanig, Michael Klien, Angela Köppl, Agnes Kügler, Simon Loretz, Helmut Mahringer, Peter Mayerhofer, Christine Mayrhuber, Bettina Meinhart, Birgit Meyer, Ina Meyer, Asjad Naqvi, Klaus Nowotny, Harald Oberhofer, Atanas Pekanov, Michael Peneder, Michael Pfaffermayr, Isabel Pham, Philipp Piribauer, Hans Pitlik, Anna Renhart, Silvia Rocha-Akis, Marcus Scheiblecker, Stefan Schiman-Vukan, Margit Schratzenstaller-Altzinger, Franz Sinabell, Mark Sommer, Martin Spielauer, Gerhard Streicher, Thomas Url, Corina van Dyck, Philipp Warum, Yvonne Wolfmayr, Christine Zulehner

Konsulentinnen und Konsulenten

Harald Badinger, René Böheim, Jesús Crespo Cuaresma, Peter Egger, Stefan Schleicher, Philipp Schmidt-Dengler, Andrea Weber, Hannes Winner

Vizepräsidentin

Univ.-Prof. DDr. Ingrid Kubin, Universitätsprofessorin für Internationale Wirtschaft am Department Volkswirtschaft der Wirtschaftsuniversität Wien

Dr. Markus Marterbauer, Leiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Josef Moosbrugger, Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich

Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny, Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik

Mag. Harald Waiglein, MSc, Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen

Mag. Markus Wallner, Landeshauptmann von Vorarlberg

WIFO-Partner und Goldene Förderer

A1 Telekom Austria AG, AIC Androsch International Management Consulting GmbH, Berndorf AG, Energie-Control Austria, Julius Blum GmbH, Österreichische Hagelversicherung VVaG, Österreichische Hotelierversammlung, Raiffeisen-Holding NÖ-Wien reg.Gen.mbH, Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG, Raiffeisen Bank International AG, UNIQA Insurance Group AG, Verbund AG

WIFO Associates

Jarko Fidrmuc, Matthias Firgo, Georg Fischer, Markus Leibrecht, Peter Mooslechner, Ewald Nowotny, Karl Pichelmann, Gertrude Tumpel-Gugerell, Josef Zweimüller

Wissenschaftliche Assistentinnen und Assistenten

Anna Albert, Elisabeth Arnold, Astrid Czaloun, Sabine Ehn-Fragner, Martina Einsiedl, Nathalie Fischer, Stefan Fuchs, Fabian Gabelberger, Ursula Glauningner, Andrea Grabmayer, Lydia Grandner, Kathrin Hofmann, Christine Kaufmann, Katharina Köberl-Schmid, Irene Langer, Christoph Lorenz, Susanne Markytan, Maria Riegler, Nicole Schmidt-Padickakudy, Cornelia Schobert, Birgit Schuster, Tim Slickers, Johannes Stattmann, Martha Steiner, Doris Steininger, Anna Strauss-Kollin, Andrea Sutrich, Dietmar Weinberger, Michael Weingärtler, Stefan Weingärtner, Eva Wretschitsch

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Dienstleistungsbereich

Birgit Agnezy, Bettina Bambas, Tobias Bergsmann, Georg Böhs, Alexandros Charos, Tamara Fellinger, Lucia Glinsner, Claudia Hirnschall, Gabriela Hötzer, Markus Kiesenhofer, Annemarie Klozar, Gwendolyn Kremser, Bernhard Lang, Thomas Leber, Florian Mayr, Anja Mertinkat, Elisabeth Neppl-Oswald, Birgit Novotny, Robert Novotny, Lorenz Pahr, Peter Reschenhofer, Gabriele Schiessel, Lukas Schmoigl, Gabriele Schober, Kristin Smeral, Klara Stan, Karin Syböck, Agnes Tischler-Lechthaler, Fabian Unterlass, Tatjana Weber, Sabine Wiesmühler, Michaela Zinner-Doblhofer

Emeriti Consultants

Karl Aiginger, Kurt Bayer, Fritz Breuss, Alois Guger, Heinz Handler, Gunther Tichy, Ewald Walterskirchen

